

Jahrbuch

Projekte und Veröffentlichungen 2007-2010

Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung (RISP) e.V.

Jahrbuch 2007-2010

Geschäftsführender Direktor:

Prof. Dr. Dieter Grunow

Wissenschaftlicher Direktor:

Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange

Verwaltungsgeschäftsführerin:

Monika Schneider-Borgetto

Leiter der Forschungs- und Projektgruppen:

Prof. Dr. Manfred Bayer (mikom)

Prof. Dr. Udo Göttlich (PuK)

Prof. Dr. Dieter Grunow (SVP)

Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange (polikon)

Dipl. Soz.-Wiss. Joachim Liesenfeld (ABS)

Dr. Ute Pascher (B&C)

Dr. Thomas Schweer (ASK)

Dr. Hans Uske (Prolog)

Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung (RISP) e.V.

an der Universität Duisburg-Essen, Campus Duisburg

Heinrich-Lersch-Str. 15

47057 Duisburg

Tel. ++49 (0)203-28099-0

Fax ++49 (0)203-28099-22

E-Mail: risp@uni-duisburg-essen.de

<http://www.risp-duisburg.de>

Impressum

Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung (RISP) e.V.

Stand Oktober 2010

Inhalt

9 Vorwort

Arbeitsbereich I: Politik, Bürger und Verwaltung

13 I.1 Forschungsgruppe Systemanalyse für Verwaltung und Politik (SVP)

14 *Dieter Grunow, Margit Dickert-Laub*

Forschungen zur EU-Dienstleistungsrichtlinie: Expertenpositionen, Akteursinteressen und Implementationsvarianten in Deutschland

15 *Dieter Grunow, Hildegard Pamme, Karola Köhling, Jens Lanfer*

DFG-Forschungsprojekt: "Herstellung und Sicherung kollektiv verbindlicher politisch-administrativer Entscheidungen im Rahmen eines Kommunalisierungsprozesses"

17 *Thomas Heberer, Dieter Grunow*

Kommunalverwaltung in China und Deutschland

18 *Joachim Liesenfeld, Dieter Grunow, Armin Keivandarian*

Klimzug-Dynaklim: Politik, Planung und Verwaltung

19 *Tobias Debiel, Markus Hilz, Dieter Grunow*

Verwaltungswissenschaftliche Problemstellungen in der Entwicklungs-Zusammenarbeit in Post-Konflikt-Situationen

Arbeitsbereich II: Arbeit und Wirtschaft

23 II.1 Projektgruppe Arbeit, Beruf und sozialer Wandel (ABS)

25 *Joachim Liesenfeld, Kay Loss, Karla Osinski*

Verbundprojekt: E-Health@Home – Entwicklung von Geschäftsmodellen zur Unterstützung eines selbstbestimmten Lebens in einer alternden Gesellschaft, Teilvorhaben Governance von Telemedizin und AAL und Koordination des Verbundes

28 *Dieter Grunow, Joachim Liesenfeld, Armin Keivandarian*

DynAKlim - Dynamische Anpassung regionaler Planungs- und Entwicklungsprozesse an die Auswirkungen des Klimawandels am Beispiel der Emscher-Lippe-Region

31 *Joachim Liesenfeld, Kay Loss*

Umweltwirtschaft und Dienstleistungsexport (ProWaDi)

36 *Joachim Liesenfeld, Waldemar Mathejczyk*

Sicherheit und Gesundheitsschutzkonzepte für Polizeiboote auf See- und Binnenwasserstraßen

37 *Joachim Liesenfeld/Hans Uske*

Evaluation der EP „Brücken in Beschäftigung – Gelsenkirchener Initiative für Ausbildung und Arbeit“

38 *Joachim Liesenfeld/Kay Loss/Karla Osinski/Hans Uske*

Projekt „Integration macht Schule“ Kreis Wesel

40 II.2 Projektgruppe Beschäftigung und Chancengleichheit (B&C)

- 40 *Katrin Jansen, Ute Pascher, Hans Uske*
Aktives Altwerden in der Migration
- 41 *Ute Pascher, Ursula Kreft*
Integrationsmaßnahmen für Drittstaatenangehörige in Duisburger Sportvereinen
- 43 *Ute Pascher, Türkan Yilmaz*
Kulturelle Angebote für Ältere mit Zuwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen (KÄZ)
- 44 *Katrin Jansen, Ute Pascher, Gabriele Thiesbrummel*
Gründerinnen in der Chemiebranche (ExiChem)
- 45 *Ute Pascher, Dagmar Wäscher*
Selbstständige Erwerbstätigkeit – eine Chance für Berufsrückkehrerinnen
- 45 *Inga Conteh, Ute Pascher*
Gender Living Library – Online-Bibliothek zu "Gender und Arbeitsmarkt"
- 46 *Ute Pascher, Türkan Yilmaz*
Patenschaften zwischen Unternehmen und Vereinen
- 48 II.3 Projektgruppe Logistik und Dienstleistung (Prolog)
- 48 *Hans Uske*
Erstellung einer Branchen- und Ausbildungspotentialanalyse für das JOBSTARTER-Projekt
„Zukunft Ausbildung“ der Stadt Mülheim
- 49 *Ursula Kreft, Hans Uske*
Kulturkompetente Pflege in Ausbildung und Praxis (KAP)
- 50 *Hans Uske, Ursula Kreft*
Präventiver Gesundheitsschutz in der IT-Branche (ITG)
- 50 *Hans Uske, Ursula Kreft, Türkan Yilmaz*
Bausteine zur Entwicklung kulturkompetenter Pflege
- 51 *Hans Uske, Ursula Kreft*
Ausbilden im Stadtteil (AiS)

Arbeitsbereich III: Kultur, Medien und Interkulturelle Kommunikation

- 55 III.1 Forschungsgruppe Politik und Kommunikation (PuK)
- 55 *Udo Göttlich*
Auf dem Weg zur Unterhaltungsöffentlichkeit? Zur Rolle kultureller Öffentlichkeiten in der
Zivilgesellschaft
- 57 III.2 Forschungsgruppe Migration und interkulturelle Kommunikation (mikom)
- 66 *Manfred Bayer, Peter Krumpholz und Alexander Schmidt*
Ideenführer Europa: Reise nach Jerusalem, Athen, Rom und Paris
- 70 *Manfred Bayer, Raphael Gareis, Peter Krumpholz, Björn Ochs und Alexander Schmidt*
Die Internationale Stadt Mülheim an der Ruhr auf dem Weg von der multikulturellen zu
einer inter- und transkulturellen Stadtgesellschaft – Wissenschaftliche Begleitforschung

- 73 *Manfred Bayer, Peter Krumpholz, Alexander Schmidt, Björn Ochs und Lukas Twardowski*
Entwicklung und Erprobung eines Master-DUOStudienmodells für die Universitäten Danzig und Duisburg im Rahmen Internationaler Studiengänge mit Master-Abschluss in der EU unter Einbeziehung der Studienkomponente ‚Interkulturelle Kommunikation/Cultural Studies‘

Arbeitsbereich IV: Sicherheit, Kriminalität und Polizei

- 79 IV.1 Forschungsgruppe Politische Steuerung und Konfliktregelung (polikon)
- 82 *Hans-Jürgen Lange*
Forschungsdokumentation Innere Sicherheit
- 82 *Hans-Jürgen Lange, Christian Endress, Jasmin Seiwert*
Forschungsprojekt zum Katastrophenschutz
- 84 IV.2 Projektgruppe Abweichendes Verhalten und soziale Kontrolle (ASK)
- 84 *Thomas Schweer, Sascha Hodjati, Armin Keivandarian, Carola Raffel, Christina Slomka, Jutta Thomas-Biefang*
Extremismen in biographischer Perspektive (EbiP) – Auftragsarbeit für das Bundeskriminalamt Wiesbaden
- 85 *Thomas Schweer*
Organized Crime in the common criminal-geographical area of belgium, the netherlands and north rhine-westphalia: A European interdisciplinary analysis project (TRIAS) – Kooperationsprojekt mit dem Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen
- 85 *Thomas Schweer, Pia Sabrina Wagner, Jutta Thomas-Biefang*
14plus – Gesellschaftliche und berufliche Integration von jungen Menschen aus Zuwandererfamilien
- 87 *Thomas Schweer, Jutta Thomas-Biefang*
Rauschfaktor Onlinespiele – Kooperationsprojekt mit der ginko Stiftung für Prävention
- 87 *Thomas Schweer, Pia Sabrina Wagner*
„RE + PRO“ – Wissenschaftliche Begleituntersuchung eines Gesprächskonzeptes für straffällig gewordene Jugendliche und Heranwachsende mit dem Ziel der nachhaltigen Selbstkontrolle

Literatur und Forschungsberichte

- 91 Forschungsgruppe Systemanalyse für Verwaltung und Politik (SVP)
- 91 Projektgruppe Arbeit, Beruf und sozialer Wandel (ABS)
- 93 Projektgruppe Beschäftigung und Chancengleichheit (B&C)
- 93 Projektgruppe Logistik und Dienstleistung (Prolog)
- 94 Forschungsgruppe Politik und Kommunikation (PuK)
- 95 Forschungsgruppe Migration und interkulturelle Kommunikation (mikom)
- 97 Forschungsgruppe Politische Steuerung und Konfliktregelung (polikon)
- 98 Projektgruppe Abweichendes Verhalten und soziale Kontrolle (ASK)

Vorwort

Das 30jährige Bestehen des Rhein-Ruhr-Instituts für Sozialforschung und Politikberatung (RISP e.V.) als An-Institut der Universität Duisburg-Essen im Oktober 2010 gibt Anlass, sich und Dritten mit einer aktuellen Übersicht über wichtige Forschungsarbeiten der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart Rechenschaft abzulegen. Dies betrifft die thematischen Schwerpunkte sowie die Entwicklung der Expertise.

Dafür ist diese Broschüre gedacht, die Arbeiten der Forschungs- und Projektgruppen für den Zeitraum 2007 bis 2010 zusammenfasst.

Ein ausschließlich auf Drittmittelbasis arbeitendes Forschungsinstitut wie das RISP macht indirekt auch die Verschiebungen in den gesellschaftlichen Problemstellungen und Forschungsmustern sichtbar. So gibt es eine ständige Verlagerung von Themen und eine Entwicklung hin zu komplexen Forschungskonsortien.

Kontinuität zeigt – trotz vieler Globalisierungseffekte – die starke regionale Verankerung des RISP hinsichtlich der Forschungsthemen sowie hinsichtlich der Kooperationspartner. Dies drückt sich u.a. im Engagement des RISP im Rahmen des Wissenschaftsforums Ruhr (e.V.) aus. Die Verflechtung und Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen ist nach wie vor sehr eng und erfolgreich. So ist das RISP beispielsweise ein Mitglied des Forschungsrates, der den sozialwissenschaftlichen Profilschwerpunkt der Universität – „Wandel von Gegenwartsgesellschaften“ steuert.

Erst kürzlich wurde in gemeinsamen Gesprächen mit dem Rektorat festgestellt, dass das Modell des An-Institutes nicht nur erfolgreich, sondern auch zukunftsfähig in der sich stets wandelnden Forschungslandschaft ist. Natürlich kann die Broschüre nicht alle Forschungs- und Beratungsaktivitäten berücksichtigen. Umfassend und aktuell informiert – wie immer – die Homepage des RISP (www.risp-duisburg.de). Bitte besuchen Sie uns dort.

Dieter Grunow

Arbeitsbereich I: Politik, Bürger und Verwaltung

beschäftigt sich sowohl mit grundlegenden als auch mit aktuellen Problemen des Politik- und Verwaltungssystems. Im Vordergrund der Arbeiten stehen Fragen der lokalen Verwaltungsmodernisierung, der Bürgernähe und der Legitimation im europäischen Mehrebenensystem.

I.1 Forschungsgruppe Systemanalyse für Verwaltung und Politik (SVP)

Die Forschungsgruppe Systemanalyse für Verwaltung und Politik (SVP) hat sich im WS 1987/88 an der damaligen Universität Duisburg (heute Universität Duisburg-Essen) konstituiert. Grundlage war die Übernahme einer Professur für Politik- und Verwaltungswissenschaft durch Dieter Grunow. Damit wurde die Forschungstätigkeit fortgesetzt, die im Rahmen der "Projektgruppe Verwaltung und Publikum" 1972 in Bielefeld begonnen wurde und in deren Rahmen theoretische und empirische Analysen in verschiedenen Politikfeldern entstanden sind.

Die Forschungsgruppe ist gleichermaßen an der Universität und am RISP angebunden, in dessen Rahmen vor allem (empirische) Forschungsarbeiten und Beratungsaufgaben durchgeführt werden. Die Forschungsgruppe beschäftigt sich sowohl mit grundlegenden Architekturen des öffentlichen Sektors als auch mit aktuellen Problemen des Politik- und Verwaltungssystems und seiner Modernisierung. Ein wichtiger Bezugspunkt blieb dabei die Bürgernähe-Thematik, das heißt die Wechselbeziehung von öffentlicher Verwaltung mit der gesellschaftlichen Umwelt. Daher spielen Politikfeldanalysen wie die Untersuchung von Implementationsprozessen und ihren Wirkungen eine zentrale Rolle. Systemanalyse bedeutet, hierbei den Gesamtzusammenhang im Auge zu behalten; dafür werden vor allem systemtheoretische Konzepte benutzt.

Dies erleichtert auch die in den letzten Jahren verstärkte Berücksichtigung internationaler Vergleiche: vor allem die Fragen nach den Auswirkungen der EU-Politiken auf die Verwaltungsarchitekturen und -prozesse der Mitgliedsländer stehen dabei im Vordergrund. Derzeit wird diese Perspektive durch den internationalen Vergleich von Verwaltungsstrukturen, z.B. China – Deutschland (Europa), ergänzt.

Für die Entwicklung der Forschungsfragen ist demnach eine Kombination von Grundlagenforschung und Anwendungsforschung für die SVP konstitutiv. Ein neueres Beispiel ist die Begleitung eines Kommunalisierungsprojektes in Hessen, das anschließend zu einem durch die DFG geförderten Grundlagenprojekt entwickelt wurde. Hieraus ergibt sich auch die Notwendigkeit, theoretische, methodische und empirische Fragestellungen durch Austausch, Beratung und Kooperation mit ForscherInnen wie mit "Praktikern" in und außerhalb der öffentlichen Verwaltung, den Verbänden und regionalen Institutionen zu bearbeiten. Nach der Emeritierung von Dieter Grunow im Frühjahr 2010 ist die SVP zukünftig vor allem im RISP angesiedelt.

Leiter der Forschungsgruppe: Prof. Dr. Dieter Grunow

Die Mitglieder der Forschungsgruppe: Dipl.pol. Frederik Brandenstein; Dr. Michael Felder, M.A.; Dr. Vera Grunow-Lutter (Düsseldorf); Dipl.soz.wiss Markus Hilz; Dipl.soz.wiss Armin Keivandarian; Dipl.soz.wiss Karola Köhling; Dipl.soz.wiss Jens Lanfer; Daniela Strüngmann, MA; Prof. Dr. Norbert Wohlfahrt (Bochum).

Forschungen zur EU-Dienstleistungsrichtlinie: Expertenpositionen, Akteursinteressen und Implementationsvarianten in Deutschland (2005-2006; 2009-2010)

Dieter Grunow, Margit Dickert-Laub

Ein Schwerpunkt der Forschung in den vergangenen Jahren (seit 2004) war die "Dienstleistungsrichtlinie", die erstmals im Februar 2004 von der EU-Kommission "Dienstleistungen im Binnenmarkt" (KOM (2004) 2 endg.) vorgelegt wurde.

Sie verfolgte einen umfassenden (sparten- und tätigkeitsübergreifenden) horizontalen Ansatz zur Sicherung der Dienstleistungsfreiheit, der auf eine gemeinschaftsweite Koordinierung der einzelstaatlichen Modernisierungsprozesse zielt. Die Richtlinie sollte, von wenigen Ausnahmen abgesehen, das gesamte als Dienstleistungen gekennzeichnete Tätigkeitsspektrum erfassen. Dadurch würden eine systematische Überprüfung der nationalen Rechtsordnungen und eine wechselseitige Evaluierung durch die Mitgliedstaaten in Gang gesetzt, die zur Beseitigung von Diskriminierungen bei der Aufnahme und Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit führen soll. Weiterhin wären die Mitgliedstaaten künftig bei neuen rechtlichen Regelungen, die Anforderungen an die Aufnahme oder Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit formulieren, äußerst restriktiven Bedingungen unterworfen.

Die SVP hat zunächst in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (Speyer) ein Gutachten für das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen erstellt, das eine *Überprüfung des Richtlinienentwurfs aus rechts-, verwaltungs- und politikwissenschaftlicher Perspektive* vornimmt. Unter Leitung von Prof. Dr. Carl Böhret, Prof. Dr. Dieter Grunow und Prof. Dr. Jan Ziekow wurden drei Module erarbeitet, mit denen die Veränderung gegenüber der bisherigen Rechtslage analysiert, eine Folgenabschätzung hinsichtlich der Umsetzbarkeit vorgenommen und schließlich die Positionen unterschiedlicher Akteure (stakeholder) zur Richtlinie dargestellt wurden. Damit konnte eine der ersten wissenschaftlichen Untersuchungen vorgelegt werden, die es erlaubte, die in der Öffentlichkeit äußerst kontrovers geführte Debatte zu bewerten und zu versachlichen. Diese Debatten haben zu einer markanten Veränderung der endgültigen Fassung der Richtlinie (Ende 2006) beigetragen. Vor allem wurde das „Herkunftslandprinzip“ bei der Festlegung von Standards der Dienstleistungsproduktion aufgegeben.

Eine weitere Untersuchung wurde 2006 abgeschlossen. Dabei ging es um ein wesentliches – in diesem Fall aber politisch nicht umstrittenes - Element der Dienstleistungsrichtlinie: den Einheitlichen Ansprechpartner (gem. Art. 6). Der Einheitliche Ansprechpartner soll die Niederlassung ausländischer Dienstleister erleichtern und insgesamt einen Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung leisten. Die Untersuchung thematisierte diesbezügliche Gestaltungsoptionen im Rahmen der deutschen föderalen Verwaltungsarchitektur. Die durchgeführten Befragungen

(insb. eine Delphi-Umfrage unter Experten) zeigen, dass die Bewertung der Optionen stark von den Beteiligungsinteressen der Akteure (Kommunen, Kammern, Berufsverbände) geprägt ist.

Mit dem Inkrafttreten der Dienstleistungsrichtlinie war die Notwendigkeit des Aufbaus von Einheitlichen Ansprechpartnern für die Erledigung von Niederlassungsformalitäten (auch auf elektronischem Wege) weitgehend beibehalten worden. Für deren Umsetzung wurde der Zeitraum bis Ende 2009 festgelegt. Es ist also nicht überraschend, dass auch in Deutschland besonders in zeitlicher Nähe zum Stichtag intensiv an organisatorischen und elektronischen Lösungen gearbeitet wird. Die dabei – angesichts geringer Vereinheitlichungsimpulse durch den Bund - auftretende föderale Vielfalt übertrifft fast jedes Vorstellungsvermögen – ganz zu schweigen von den kostenträchtigen Parallelarbeiten der Bundesländer und der Städte und Kreise bei dem Bemühen um eine tragfähige Umsetzung der Richtlinie. Mit diesem Umsetzungsprozess hinsichtlich des Einheitlichen Ansprechpartners (EA), der dem „one window principle“ entspricht, befasst sich nun ein Forschungsprojekt, das von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wird. Das Ziel der gegenwärtig durchgeführten empirischen Arbeiten ist eine Bestandsaufnahme wichtiger EA-Varianten mit ihren Stärken und Schwächen. Die Ergebnisse werden in der Buchreihe des Sigma-Verlages zur „Modernisierung des öffentlichen Sektors“ publiziert. Inzwischen ist aber schon klar, dass die Ergebnisse nicht nur aus einem Vergleich von Gestaltungsoptionen bestehen werden, sondern auch ein Lehrstück über die verschlungenen Wege der Implementation einer (im weiten Sinne) verwaltungspolitischen Richtlinie der EU im deutschen Föderalismus darstellen. In diesem Projekt arbeitet die SVP mit Frau Dickert-Laub, der ehemaligen Europabeauftragten der Stadt Essen, zusammen.

DFG-Forschungsprojekt: "Herstellung und Sicherung kollektiv verbindlicher politisch-administrativer Entscheidungen im Rahmen eines Kommunalisierungsprozesses"
(2005-2009)

Dieter Grunow, Hildegard Pamme, Karola Köhling, Jens Lanfer

Nachdem die SVP das Modellprojekt zur Kommunalisierung sozialer Hilfen in Hessen (2000-2004) wissenschaftlich begleitet hatte, wurde der weitere Verlauf (die Umsetzung der Ergebnisse "in die Fläche") zu einem grundlagenbezogenen Forschungsprojekt. Im Oktober 2005 startete das von der DFG geförderte Projekt "Herstellung und Sicherung kollektiv verbindlicher politisch-administrativer Entscheidungen im Rahmen eines Kommunalisierungsprozesses". 2008 wurde es abgeschlossen und 2009 wurde der Forschungsbericht vorgelegt.

Die Publikation (2010) widmet sich insbesondere den Fragen, wie die Verbindlichkeit von neuen Praktiken in einem Prozess mit heterogenen Akteursgruppen und divergierenden Interessen gesichert werden kann und wie neue Muster der verbindlichen Erledigung öffentlicher Aufgaben bei Verschiebungen von Implementationszuständigkeiten im Mehrebenensystem gesichert werden können. Nach Abschluss des Projektes wurden als erstes sichtbares Ergebnis zu den Erkenntnissen des Projektes Berichte für die teilnehmenden Kommunen verfasst, um diesen eine Einschätzung zur untersuchten Implementation der kommunalisierten sozialen Hilfen vor Ort zu bieten. Im Weiteren wurde dann die Vielfalt des gesammelten Materials (Interviews, Beobachtungsprotokolle, Schriftstücke etc.) gesichtet und Überlegungen angestellt, in welcher Form diese Materialien im Rahmen eines Buches fruchtbar gemacht werden könnten. Der Umfang war einerseits ein Vorteil, da eine Reihe sowohl praktischer Darstellungen zum Ablauf des Prozesses (insbesondere in vergleichender Perspektive) als auch verschiedener theoretischer Analysen vorgenommen werden konnten. Auf der anderen Seite stellte sich die Vielfalt aber auch als Nachteil heraus, da die Sichtung und Analyse, trotz arbeitsteiliger Herangehensweise, sehr viel Zeit in Anspruch nahm. Letztendlich sind wir aber überzeugt, eine interessante Mischung einerseits praxisrelevanter und andererseits theoretisch interessanter Themen zusammengestellt zu haben.

Zu den Inhalten des Buches im Einzelnen zählen folgende Themenbereiche: Auf Basis des systemtheoretischen Untersuchungsansatzes werden der Analysezusammenhang, d.h. die Kommunalisierung sozialer Hilfen, die Herstellung bindender Entscheidungen im politisch-administrativen Mehrebenensystem, Output- und Throughputbedingungen unter dem Focus von Governance und Legitimation, die Integration von Landesinteressen in lokale Kommunikations- und Entscheidungsprozesse, Pfadabhängigkeit als Restriktion für die Angleichung von Praktiken, die Bedeutung von Vernetzung für die Vereinbarung von Verbindlichkeit, die Bedeutung personalen Vertrauens in kommunalen Netzwerken und die Funktion von Kommunikation für die Veränderung von Cognitive Maps thematisiert.

Daneben wird der Prozessverlauf unter verschiedenen Blickwinkeln dargestellt und analysiert. Dazu gehört auch die Vorgeschichte der landesweiten Kommunalisierung mit ihren weitreichenden Zielen und den Restriktionen, die bereits im vorgeschalteten Modellprojekt und bei Berücksichtigung der politischen Rahmenbedingungen sichtbar werden. Ein zentraler Punkt der Darstellung sind fallbezogene Interpretationen für jede der untersuchten Kommunen. Dabei wird analysiert, in welcher Weise die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, die Entwicklung der Randbedingungen sowie die heterogenen Implementationsstrategien den Verlauf des Prozesses und die Erzeugung von Verbindlichkeit in den sechs beobachteten Fallbeispielen beeinflussen. Es geht um eine typisierende Aufarbeitung der Kommunalisierungsprozesses in den einzelnen Kommunen und zusammenfassend um eine Gesamtinterpretation der Entwicklungen.

Das abschließende Kapitel widmet sich der theoretischen Fundierung von Erfolgsfaktoren und Hemmnissen mit Blick auf vereinbarte Verbindlichkeit im Mehrebenensystem. Neben der zusammenfassenden Darstellung der empirischen Ergebnisse wird die Relevanz der systemtheoretisch begründeten Analysekategorien (Netzwerke, Wissen und Lernen, Vertrauen, grenzüberschreitende Kommunikation, Verbindlichkeit) in den Blick genommen.

Kommunalverwaltung in China und Deutschland (2005-2010)

Thomas Heberer (In-East), Dieter Grunow

Nachdem 2005 chinesische Wissenschaftler Duisburg besucht hatten, um die Kommunalverwaltung in Deutschland und ihre Modernisierung kennen zu lernen, fand 2006 eine knapp 4 Wochen dauernde Forschungsreise nach China statt. Zusammen mit dem Kollegen Prof. Thomas Heberer und begleitet durch Frau Ran Ran (als Organisatorin und Dolmetscherin) hat Dieter Grunow verschiedene Praxisbeispiele der Verwaltungsreform auf lokaler Ebene besucht. Mit der Vorlage eines Policy-Papiers (deutsch-chinesischer Vergleich kommunaler Reformen) wurde dieses Teil-Projekt 2006 abgeschlossen.

Im Rahmen eines erneut von der Haniel-Stiftung geförderten Folgeprojektes wurden reformbezogene Fragestellungen nun auf den Bereich Umweltpolitik und ihre örtliche Implementation konzentriert. Die erste Forschungsreise führte im Herbst 2007 in städtische Regionen (Xiamen, Shihezi, Yinkou). Eine weitere Reise (im März 2009) führte - in Fortsetzung der früheren empirischen Untersuchungen in städtischen Räumen - diesmal mit vergleichbaren Fragen in drei ländliche Regionen: in den Kreisen Deqing (Gemüseanbau), Shouguang (Teeanbau) und Nanfeng (Mandarinenanbau) wurden erneut Besichtigungen durchgeführt und Interviews mit den für den Umweltschutz zuständigen Ämtern und Funktionsträgern geführt. Das Problembewusstsein für Umweltfragen hatte sich zwar gegenüber der Untersuchung von 2007 verändert (erweitert), die Implementationspraxis aber nicht. In den ländlichen Regionen sind zudem andere Problemschwerpunkte zu beobachten als in den Großstädten. Wasserqualität und vor allem Müllbeseitigung, aber auch die Überdüngung des Bodens sind Kernprobleme der ländlichen Regionen. Ähnlich wie in den städtischen Beispielen fehlte es auch hier an einer wirksamen Verwaltungsorganisation und hinreichend breiten Kenntnissen und Kompetenzen des Personals sowie an dem Interesse der lokalen Parteiführungen an einer strikten Umsetzung der durchaus vorhandenen Gesetze und Vorschriften. Das von der Hanielstiftung geförderte Projekt wurde im Mai 2010 durch eine internationale Fach-Konferenz zum Thema "Implementation of Environmental Policies in Urban and Rural China - Successes, Problems and Deficits" abgeschlossen.

Es wurden ca. 18 Vorträge gehalten – davon etwa die Hälfte von chinesischen WissenschaftlerInnen. Derzeit sind eine englische und eine chinesische Publikation der Konferenzbeiträge in Vorbereitung.

Klimzug-Dynaklim: Politik, Planung und Verwaltung (2009-2014)

Joachim Liesenfeld, Dieter Grunow, Armin Keivandarian

Die SVP erweitert ihre Forschungsaktivitäten im Politikfeld Umweltschutz und bringt dabei erneut ihre Kompetenzen in der Politikfeldanalyse und Verwaltungswissenschaft ein.

Im Rahmen des Programms „Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten (KLIMZUG)“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) entwickelt das auf fünf Jahre (2009-2014) angelegte Vorhaben gemeinsam mit Akteuren aus der Region die Basis und wichtige Bausteine für eine zukünftige pro-aktive und antizipative Anpassung der Region Emscher-Lippe an die Auswirkungen des Klimawandels. Das RISP und die SVP arbeiten hier in einem Konsortium von 13 Projektpartnern, die breit interdisziplinär aufgestellt sind. Die Koordination des Konsortiums liegt beim FIW (Forschungsinstitut für Wasser- und Abfallwirtschaft an der RWTH Aachen).

Im Mittelpunkt des DynAKlim-Vorhabens stehen die möglichen Auswirkungen des prognostizierten Klimawandels auf die Verfügbarkeit und Nutzung des Wassers in der Region Emscher-Lippe und die damit verbundenen Folgewirkungen auf Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt. Mit dem Aufbau eines langfristig tragfähigen regionalen Netzwerks und einem regionsumfassenden Roadmap-Prozess unterstützt DynAKlim die Projektregion bei der Entwicklung zu einem pro-aktiv handelnden, zukunftsfähigen Ballungsraum mit einer wesentlich verbesserten Anpassungs- und Innovationsfähigkeit.

Mit der Erarbeitung und nachhaltigen Umsetzung der Roadmap 2020 „Regionale Klimaadaptation“ erhält die Region den Orientierungsrahmen für eine zukünftige regionale Adaptationsstrategie, der bisher isolierte Einzelthemen bündelt, Ziele und Maßnahmen der regionalen Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft programmatisch und strategisch koordiniert, Prioritäten mit bedeutenden Akteuren festlegt und diese zeitlich strukturiert. In die Roadmap-Arbeit des Netzwerks werden kontinuierlich die Erfahrungen und Arbeitsergebnisse aus den fünf thematischen Plattformen des Projekts eingebracht.

Die Plattform bzw. der Themenschwerpunkt „Politik, Planung und Verwaltung“ wird in enger Zusammenarbeit mit den Entscheidungs- und Verantwortungsträgern der Kommunen, mit den Institutionen auf regionaler Ebene und mit zivilgesellschaftlichen Akteuren konkrete Wege für eine verbesserte regionale Governance

und ein wirksames Anpassungsmanagement entwickeln und umsetzen. Für das Teilziel Politik, Planung und Verwaltung ist das RISP der ergebnisverantwortliche Projektpartner. (Leitung: Dipl.soz.wiss Joachim Liesenfeld; Prof. Dr. Dieter Grunow); von der SVP ist Herr Keivandarian an dem Projekt beteiligt.

Das Teilvorhaben des RISP zielt auf die Verbesserung der politischen und administrativen Adaptationsfähigkeit der Region Emscher-Lippe. Es wird Möglichkeiten analysieren und Instrumente entwickeln, mit denen der von DynAKlim einzuleitende Paradigmenwechsel auf der Ebene der Politik, Planung und Verwaltung im allgemeinen und auf der Ebene des regionalen Wassermanagements im besonderen vollzogen werden kann. Die Forschungsarbeiten haben bereits mit einer Bestandsaufnahme von Implementationsstrukturen und Programmen zur adaptiven Klimafolgenpolitik begonnen. Für das Frühjahr ist eine erste Welle einer repräsentativen BürgerInnenbefragung in der Region in Vorbereitung.

Verwaltungswissenschaftliche Problemstellungen in der Entwicklungs- Zusammenarbeit in Post-Konflikt-Situationen (2009-2011)

Tobias Debiel (INEF), Markus Hilz, Dieter Grunow

Die SVP ist seit Mitte 2009 an einem Forschungsprojekt beteiligt, das unter der Leitung von Professor Tobias Debiel im INEF durchgeführt wird. Das vom BMZ geförderte Forschungs- und Beratungsvorhaben trägt den Titel „Instrumente und Verfahren der deutschen EZ in Postkonflikt-Situationen“. Es beschreibt und analysiert die „Programmbestände“ des BMZ zu diesem Aufgabenfeld und prüft die Kompatibilität untereinander. Bei der Programmgestaltung sind besondere Schwierigkeiten zu bewältigen, die einerseits in der Implementation vor Ort liegen und andererseits in der ressortübergreifenden Abstimmung in Berlin(Bonn) verankert sind.

Die SVP bringt vor allem ihre Erfahrungen in der Analyse und Gestaltung von so genannten Backoffice-Abläufen bei der Programmgestaltung ein und wird am Ende des Projektes das „verwaltungswissenschaftliche Laboratorium“ nutzen, um Alternativen zu den bestehenden Koordinations- und Steuerungspraktiken des BMZ zu erproben. Derzeit werden in den Ministerien und in Organisationen, die vor Ort die Aufgaben durchführen (wie GTZ), Experteninterviews durchgeführt, die dabei helfen, das Politikfeld präziser zu beschreiben und für die Backoffice- und Koordinations-Themen vertiefende Einsichten zu gewinnen.

Arbeitsbereich II: Arbeit und Wirtschaft

befasst sich thematisch mit gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen in der Arbeitswelt sowie mit darauf gerichteten Politikfeldern wie der Arbeitsmarkt-, der Struktur- und der Bildungspolitik.

II.1 Projektgruppe Arbeit, Bildung und sozialer Wandel (ABS)

Das wissenschaftliche Arbeitsprogramm von ABS für die Jahre 2010 bis 2015 befasst sich mit drei thematischen Schwerpunkten, zugleich maßgeblichen Herausforderungen der Gegenwartsgesellschaft:

1. **Der demografische Wandel als Herausforderung für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik:** der demografische Wandel ist mittlerweile in verschiedener Hinsicht – den Folgen für Betriebe und Belegschaften, Arbeitsmärkte, Gesundheitswesen und Pflege, Kommunen, soziale Lebensräume, Märkte, Nachfrageveränderungen und Produktinnovationen, gut beforscht. Gleichwohl befinden sich die Reaktionen in einer gesellschaftlichen Perspektive noch in einem frühen, wenig ausgereiften Stadium und viele der demografiebedingten Veränderungen bedürfen noch innovativer und integrierender Anpassungskonzepte.
2. **Klimawandel und Sicherung der natürlichen Ressource Wasser:** Industrialisierung und Globalisierung bedrohen die natürlichen Grundlagen der Zivilisation weltweit. Der Klimawandel ist eine der großen Herausforderungen, das Verhindern seiner Beschleunigung wie auch die gesellschaftliche Anpassung an die Folgen des Klimawandels weltweit, national, aber auch regional bedürfen neuartiger Antworten. ABS ist hier zum ersten im Kontext von Adaptationsprojekten tätig. Zum anderen ist die Umwelt- und Water-Governance ein wichtiges Handlungsfeld.
3. **Neue Wege der beruflichen Bildung und Kompetenzentwicklung:** Der Schwerpunkt ist auf die Veränderungen gerichtet, die das System der beruflichen Bildung in den nächsten Jahren durchlaufen wird, um Veränderungsprozessen wie EU-Harmonisierung, Wissensgesellschaft, globalem Wettbewerb, Fachkräftemangel etc. zu begegnen. Er umfasst die Bildungsübergänge, das duale System der Ausbildung, die Fort- und Weiterbildung auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene sowie neue Lernarrangements.

Die Projektgruppe ist im Jahr 2002 gebildet worden, um eine seit annähernd 25 Jahren vom RISP verfolgte Forschungs- und Beratungskonzeption noch deutlicher zu betonen. Thematischer Ausgangspunkt von ABS waren die gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse auf der Ebene von Unternehmen und Arbeitswelt sowie den darauf gerichteten Politikfeldern wie der Arbeits-, der Struktur- und Technologiepolitik, die zumeist von der funktionalen Verflechtung zwischen Land, Bund, EU sowie den Kommunen und den Regionen gekennzeichnet sind. Seit 2006 ist diese Ausrichtung um ein zweites Themenfeld ergänzt worden, das gesellschaftliche und politische Modernisierungserfordernisse systematischer fokussiert. Dieses zweite Themenfeld lässt sich als Forschung zu gesellschaftlichen und politischen Innovationsprozessen angesichts neuer Megatrends (Klimawandel, demografischer Wan-

del) wie auch zu Innovationsrestriktionen für Politik und Verwaltung charakterisieren.

ABS verfolgt in betrieblicher Perspektive die Strategie einer am Humankapital orientierten Modernisierung. Diese Strategie ist Mitte der 80er Jahre entwickelt worden und hat vielfältige Impulse bis hin zur Ausrichtung des Europäischen Sozialfonds ausgeübt. Die Bezüge des Konzeptes, das in den 80er Jahren noch stark als Technikgestaltungs- und Arbeitsschutzkonzept in Abgrenzung von Konzepten der „mensenleeren Fabrik“ entwickelt worden ist, sind seitdem systematisch ausgeweitet worden. In den 90er Jahren ist die am Humankapital orientierte Modernisierung als Strategie entwickelt worden, die ganzheitlich ausgerichtet ist und neben der technologischen Komponente Gestaltungsfaktoren wie Arbeit, Organisation, Prozesse, Führung, Kompetenzen, Informations- und Wissensmanagement, Sicherheit und Gesundheit, etc. einbezieht und als solche Leitbildcharakter für betriebliche und gesellschaftliche Innovationsprozesse hat.

Auf der betrieblichen Ebene folgen wir mit unseren Projekten einem TQM-Ansatz. Wir orientieren uns methodisch an ganzheitlichen Managementsystemen wie z. B. dem der EFQM (European Foundation for Quality Management). Diese berücksichtigen alle wesentlichen Parameter für Unternehmen und ihre Steuerung, bewerten Qualität von Unternehmen auch ergebnisbezogen auf Grundlage von Daten und Kennzahlen, fördern zugleich die Qualitätsentwicklung über die Analyse von Stärken und Verbesserungsbereichen einer Organisation sowie durch die Bestimmung von Verbesserungsmaßnahmen.

Modernisierung begreifen wir nicht als einen nur auf der Unternehmensebene angesiedelten Prozess. Um Wettbewerbsfähigkeit sichern oder fördern zu können, sind ebenso Modernisierungsprozesse und insbesondere auch Netzworkebildungen auf der Ebene von Politik, öffentlichen Dienstleistern und intermediären Instanzen wie den Kammern, Verbänden, den Gewerkschaften u. a. m. erforderlich. Wettbewerbsfähigkeit auf der Unternehmensebene ist systematisch verknüpft mit Prozessen gesellschaftlicher Innovationen, z. B. im Bildungsbereich im Nachgang zu PISA, mit der Bewältigung des demografischen Wandels, mit der Innovationsfähigkeit im System der Forschung und Entwicklung, mit der Neuausrichtung der beruflichen Fort- und Weiterbildung und mit neuen Geschäftsstrategien im Kontext der Globalisierung.

Leiter der Projektgruppe: Joachim Liesenfeld

Die Mitglieder der Projektgruppe: Dr. Michael Böckler, Armin Keivandarian, Waldemar Mathejczyk, Kay Loss, Karla Osinski, Angelika Stefes, Manfred Wolgramm.

Verbundprojekt: E-Health@Home – Entwicklung von Geschäftsmodellen zur Unterstützung eines selbstbestimmten Lebens in einer alternden Gesellschaft, Teilvorhaben Governance von Telemedizin und AAL und Koordination des Verbundes (2008–2011)

Joachim Liesenfeld, Kay Loss, Karla Osinski

In den letzten Jahren sind im Bereich des Ambient Assisted Living auf der Grundlage der Mikrosystemtechnik vielfältige Anwendungen entwickelt worden, die einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der wachsenden Anforderungen des demografischen Wandels leisten können. Neben der unmittelbaren Förderung der Mikrosystemtechnik setzt das BMBF mit dem Förderschwerpunkt „Technologien und Dienstleistungen im demografischen Wandel“ Akzente durch Vorhaben, die die gesellschaftliche Diffusion der Technologien fokussieren. In dieser Förderlinie und seinen Verbundvorhaben liegt einer der thematischen Schwerpunkte auf der Entwicklung von Geschäftsmodellen für Anwendungen im Bereich von AAL und E-Health, die dazu beitragen sollen, dass die technischen Entwicklungen und Anwendungen auch in wirtschaftlicher Hinsicht erfolgreich werden, also mit Erträgen vermarktet werden. Eine wesentliche These ist dabei, dass erfolgreiche Geschäftsmodelle für Technologien und Dienstleistungen so ausgerichtet sein müssen, dass nicht nur die Marktposition eines Anbieters, sondern auch die der „Partner“ in der Wertschöpfungsarchitektur berücksichtigt werden und so eine Ertragsperspektive für alle beteiligten Wirtschaftspartner erschlossen wird. Eine weitere These beinhaltet, dass das Entstehen einer solchen neuen von AAL und E-Health getragenen Wertschöpfungsarchitektur insbesondere von Dienstleistungsinnovationen abhängig ist, was allen beteiligten Akteuren in systematischer Weise Veränderungen in ihren strategischen Positionierungen abverlangen könnte.

Im Verbundvorhaben „E-Health@Home“ (www.e-health-at-home.de) sind im Kontext der Erfassung bisheriger Telemedizin-, E-Health- und AAL-Projekte für eine Datenbank („E-Health@Home Landkarte“) eine Vielzahl von Entwicklungen, Anwendungen und Projekten dokumentiert und ausgewertet worden. Dabei hat sich bei einer ersten Auswertung bestätigt, dass sich die Diffusionsrestriktionen vier Bereichen zuordnen lassen:

1. Technischen und technologischen Restriktionen
2. Problemen der Nutzer- und Kundenakzeptanz
3. Unzureichenden Geschäftsmodellen
4. Unterschätzung von Diffusionsrestriktionen in komplexen Systemen

1. Eine nicht zu unterschätzende Restriktion für einige Telemedizin- und AAL-Projekte war in der Vergangenheit das Inseldasein in technischer Perspektive. Einzelne Anwendungen waren zwar häufig in spezifischer Weise nutzbringend angelegt für

den Patienten, den Pflegebedürftigen oder den älteren Kunden. Doch war die Funktionalität begrenzt, weil diese singulär nützlichen Anwendungen nicht integriert worden sind. Dem stand z. B. die fehlende Telematikinfrastruktur oder auch die beschränkte Kompatibilität (medizin-)technischer Produkte und Verfahren entgegen. In Verlängerung dieser Konstellationen ergab sich dann häufig das ökonomische Folgeproblem hoher Kostenintensität bei „Immer-wieder-neu-Investitionen“. Hiervon sind selbst telemedizinisch avancierte und elaborierte Projekte wie z.B. die Behandlung von Herzinsuffizienzpatienten betroffen. Hieraus leitet sich das Erfordernis im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Telematikinfrastruktur wie auch eines Frameworks ab, das Interoperabilität verschiedener Anwendungen zu gewährleisten vermag.

2. Auch Probleme der Kunden- und Nutzerakzeptanz haben zumindest teilweise einen technologischen Bias. Usability ist eine grundlegende Anforderung an moderne IKT-Technik und hier insbesondere auch an die Mikrosystemtechnik. Dass die Forderung nach Usability auch konsequent eingelöst werden kann, dafür liefert die die Automobilindustrie gute Beispiele. In gleich systematischer Weise ist es noch nicht (annähernd) gelungen, E-Health- und AAL-Anwendungen nutzerfreundlich zu machen. Dies hängt einerseits damit zusammen, dass technische Innovationen im Automobil (z. B. mit seinen Lebenszyklen) einfacher zu realisieren sind als etwa in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft. Andererseits ist aber auch zu konstatieren, dass viele technische Entwicklungen der Differenziertheit der Kunden und Nutzer nicht gerecht werden. AAL und erst recht E-Health-Technologien müssen darauf eingestellt sein, dass die Nutzer unterschiedlich techniksozialisiert sind, ihre Bildung und Bildungsfähigkeit variiert, verschiedenste Kombinationen gesundheitliche Beeinträchtigungen bis hin zur Multimorbidität auftreten, die Unterstützung durch Lebenspartner, Familie und professionelle Dienstleister sehr unterschiedlich ist. Hierauf haben sich die Entwickler, Hersteller und Anbieter im Sinne eines ergebnisorientierten Serviceengineerings einzustellen. Diese Anforderung lässt sich am besten unter dem Begriff „user centered design“ zusammenfassen.

3. Im Bereich personenbezogener Dienstleistungen, insbesondere im Gesundheits- und Pflegebereich, werden E-Health- Entwicklungen und –anwendungen besonders an der Schnittstelle von medizinischer bzw. pflegerischer und technischer Leistungserbringung mit der Perspektive von Qualitätsverbesserung und Effektivitätssteigerung generiert, die dann auch folgerichtig zur Unterstützung im Rahmen öffentlicher Forschungs- und Entwicklungsförderung führen. Für solche Projekte wird dann der Übergang zur Vermarktung in der Nachförderphase auch empirisch häufig zum kritischen Punkt. Es fehlt an der rechtzeitigen Entwicklung von tragfähigen Geschäftssystemen. Geschäftssystem ist dabei definiert als unternehmensspezifische Konkretisierung eines allgemeinen Geschäftsmodells.

Ein erfolgreiches Geschäftssystem realisiert sich auf drei Ebenen, dies gilt auch für Technologie- und Dienstleistungsinnovationen im demografischen Wandel. Das konkrete Geschäftssystem gibt ein klares kundenbezogenes Leistungsversprechen ab, das eine Innovation gegenüber dem Status Quo enthält, also z. B. Vermeidung von stationärer Versorgung bei einer spezifischen Krankheit. Es gewährleistet

die Umsetzung der Dienstleistung in einem arbeitsteiligen System oder einer Wertschöpfungskette und das Geschäftssystem ermöglicht schließlich dem Unternehmen eine Dienstleistungserbringung mit Erträgen.

Empirisch scheint insbesondere die Ebene der Wertschöpfungsarchitektur für personenbezogene Dienstleistungsinnovationen kritisch. Wenn sich Technologien nur mittels Dienstleistungstransformation realisieren können und darüber hinaus von vor- und nachgelagerten Dienstleistungen in der Wertschöpfungskette abhängen (funktional und ertragsbezogen), dann wird deutlich, dass der Erfolg solcher Geschäftssysteme vom gleichzeitigen Erfolg anderer Geschäftssysteminnovatoren abhängt.

Die sich daraus ergebende zentrale These lässt sich an einem Beispiel erläutern: Eine telemedizinische Innovation, die ein selbst bestimmtes Leben Älterer im eigenen „Zuhause“ unterstützt, wird insbesondere in dem Maße wettbewerbsfähig werden, in dem die Wertschöpfungskette dieser Dienstleistung mitreflektiert und organisiert wird und die Wertschöpfungsarchitektur um den „Gesundheitsstandort Zuhause“ gefördert wird. Auch unter dem Vorzeichen des demografischen Wandels sind Innovationen im Gesundheitswesen und in der Pflege insbesondere dann ökonomisch erfolgversprechend, wenn sie mit ihrem neuartigen Dienstleistungsversprechen in ein Innovationsmilieu integriert sind oder ein solches zu initiieren vermögen. Ob sich unter Ertragsperspektiven Innovationen dann am Markt durchsetzen können, wird allerdings nicht nur im Wettbewerb entschieden, denn über medizinische Versorgung und Pflege wird nicht zuletzt auf regulierten Märkten oder anders formuliert in einer gesellschaftlich komplexen Arena entschieden.

Die Diffusion von AAL- und E-Health-Anwendungen würde forciert, wenn die Anbieter präziser an ihrer Geschäftssystementwicklung und damit auch an den Schnittstellen zu anderen Dienstleistungsanbietern in der Wertschöpfungsarchitektur von Gesundheit, Pflege und Wohnen als zentralen Determinanten der Lebenssituation älterer Menschen im demografischen Wandel arbeiten würden. Dies ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung. Denn als weitere Dimension im System von Innovationsförderung und –restriktion ist die strukturelle Komplexität dieses Systems selbst zu sehen, die zu berücksichtigen ist, wann immer innovative Dienstleistungen erfolgreich platziert werden sollen.

4. Verschiedene Ebenen des Systems Gesundheit und Pflege, die die komplexe Struktur für Dienstleistungsinnovationen in einer alternden Gesellschaft ausmachen, sind im Verlauf der bisherigen Ausführungen bereits angesprochen worden. Neben den differenzierten Kunden- und Nutzeranforderungen sowie den qualitativen Merkmalen von Technik und technikbasierten Dienstleistungen sei ergänzend noch auf die Dimensionen der Finanzierung (marktförmig/reguliert) und die verschiedenen politischen Arenen (Mehrebenensystem des Bundes, der Länder, der Regionen und Gemeinden) hingewiesen, in denen Innovationen durchgesetzt werden müssen. Gerade die Separierung und Interdependenz von erstem und zweitem Gesundheitsmarkt und der drei Gesundheitsstandorte im Rahmen der integrierten Versorgung verweisen auf sehr komplexe Strukturen, in denen sich Innovationen durchsetzen müssen. Erfolg stellt sich nicht automatisch für effektive und effiziente Lösungen ein. Neben der Wertschöpfungsarchitektur ist auch maßgeblich, ob sich Innovationen im politischen Governancesystem durchsetzen können,

also in der flexiblen Abstimmung und Problemlösung zwischen politischer Administration und den wirtschaftlichen und sozialen Akteuren, die immer auch von Machtkonstellationen gekennzeichnet ist.

Innovative Dienstleistungen im Bereich AAL und E-Health verbessern ihre Erfolgsperspektiven, wenn sie nicht nur ein klares Leistungsversprechen beinhalten, das eine Qualitätsverbesserung beinhaltet, sondern deren Realisierung auch in der Wertschöpfungskette mitbetreibt. Denn Innovationen finden immer seltener als singuläre ins Ziel, sondern sind auf vor- und nachgelagerte Innovationen in der Wertschöpfung, also bei medizinischer Versorgung und pflegerischer Betreuung angewiesen. Erfolgreiche Geschäftssysteme berücksichtigen dies und sind deshalb integrierte Dienstleistungsinnovationen. Weitere Erfolgsbedingungen sind das „user centered design“ zur Gewährleistung von Kundenzufriedenheit und die strategische Handlungsfähigkeit im Governancesystem.

DynAKlim - Dynamische Anpassung regionaler Planungs- und Entwicklungsprozesse an die Auswirkungen des Klimawandels am Beispiel der Emscher-Lippe-Region (2009-2014)

Dieter Grunow, Joachim Liesenfeld, Armin Keivandarian

Im Rahmen des Programms „Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten (KLIMZUG)“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) entwickelt das auf fünf Jahre (2009-2014) angelegte Vorhaben gemeinsam mit Akteuren aus der Region die Basis und wichtige Bausteine für eine zukünftige pro-aktive und antizipative Anpassung der Region Emscher-Lippe an die Auswirkungen des Klimawandels. Das RISP arbeitet hier in einem Konsortium von 13 Projektpartnern, die breit interdisziplinär aufgestellt sind. Die Koordination des Konsortiums liegt beim FIW (Forschungsinstitut für Wasser- und Abfallwirtschaft an der RWTH Aachen).

Im Mittelpunkt des DynAKlim-Vorhabens stehen die möglichen Auswirkungen des prognostizierten Klimawandels auf die Verfügbarkeit und Nutzung des Wassers in der Region Emscher-Lippe und die damit verbundenen Folgewirkungen auf Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt. Mit dem Aufbau eines langfristig tragfähigen regionalen Netzwerks und einem regionsumfassenden Roadmap-Prozess unterstützt DynAKlim die Projektregion bei der Entwicklung zu einem pro-aktiv handelnden, zukunftsfähigen Ballungsraum mit einer wesentlich verbesserten Anpassungs- und Innovationsfähigkeit.

Mit der Erarbeitung und nachhaltigen Umsetzung der Roadmap 2020 „Regionale Klimaadaptation“ erhält die Region den Orientierungsrahmen für eine zukünftigen regionalen Adaptationsstrategie, der bisher isolierte Einzelthemen bündelt, Ziele und Maßnahmen der regionalen Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft programmatisch und strategisch koordiniert, Prioritäten mit bedeutenden Akteuren

festlegt und diese zeitlich strukturiert. In die Roadmap-Arbeit des Netzwerks werden kontinuierlich die Erfahrungen und Arbeitsergebnisse aus den fünf thematischen Plattformen des Projekts eingebracht.

Die Plattform bzw. der Themenschwerpunkt „Politik, Planung und Verwaltung“ wird in enger Zusammenarbeit mit den Entscheidungs- und Verantwortungsträgern der Kommunen, mit den Institutionen auf regionaler Ebene und mit zivilgesellschaftlichen Akteuren konkrete Wege für eine verbesserte regionale Governance und ein wirksames Anpassungsmanagement entwickeln und umsetzen. Für das Teilziel Politik, Planung und Verwaltung ist das RISP der ergebnisverantwortliche Projektpartner.

Das Teilvorhaben des RISP zielt auf die Verbesserung der politischen und administrativen Adaptationsfähigkeit der Region Emscher-Lippe. Es wird Möglichkeiten analysieren und Instrumente entwickeln, mit denen der von DynAKlim einzuleitende Paradigmenwechsel auf der Ebene der Politik, Planung und Verwaltung im allgemeinen und auf der Ebene des regionalen Wassermanagements im besonderen vollzogen werden kann.

Die definierten Zielsetzungen der ersten Phase (bis Ende 2010) sind:

- Bewertung der regionalen Handlungsfähigkeit von Politik, Planung und Verwaltung im Hinblick auf den Klimawandel (Potenzialanalyse der Adaptationskompetenz, SWOT-Analyse), IST-Analyse der Water Governance.
- Initiierung/Weiterentwicklung eines regionalen Netzwerks der Governance-Akteure (Institutionen des Mehrebenensystems, also Kommunen, regionale, staatliche und sonstige Institutionen sowie zivilgesellschaftliche Akteure).
- Durchführung flankierender Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, wie theoretisch-konzeptionelle Grundlagen, Vergleich in internationaler Perspektive.
- Beteiligung von Zivilgesellschaft und Durchführung einer Bevölkerungsbefragung.

Folgende Aktivitäten sind seitens des RISP im ersten Jahr der Laufzeit des Projektes durchgeführt worden:

- Vorbereitung, Moderation und Dokumentation der internen Meetings in AB 7 und Beteiligung an allen internen Sitzungen der Projektkoordination im Verbund (PTM)
- Screening der laufenden Adaptationsaktivitäten der 53 kommunalen Gebietskörperschaften in der Gebietsregion im Rahmen einer schriftlichen Befragung.
- Förderung der Netzwerkbildung der öffentlicher Institutionen in der Region,, speziell Konzeption, Bewerbung, Durchführung. Moderation und Dokumentation der Plattformsitzungen „Politik, Planung und Verwaltung“ an denen rund

30 Institutionen des Mehrebenensystems, insbesondere Kommunalverwaltungen, aber auch von zivilgesellschaftlichen Akteure beteiligt sind.

- Literatur- und Dokumentenanalysen sowie theoretisch-systematische Arbeiten zu Fragen der Governance im Hinblick auf die regionale Ebene und die umweltpolitische Arena.
- Durchführung und Auswertung einer repräsentativen CATI-Befragung der Bevölkerung in der Projektregion zu Klimawandel und Umweltpolitik, deren Ergebnisse kurz resümiert werden.

Eine erfolgreiche Klimaanpassung in der Region setzt die Einbeziehung der Bevölkerung voraus. Das mit Fragen der Klimaanpassung befasste Forschungs- und Entwicklungsprojekt Dynaklim verfolgt deshalb unterschiedliche methodische Ansätze, um dem Beteiligungserfordernis der Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen, z.B. durch Zukunftswerkstätten. Ein weiterer Ansatzpunkt ist die repräsentative Bevölkerungsbefragung zum Klimawandel und zur Umweltpolitik.

Diese Befragung zielt darauf ab, die Einstellungen der Bevölkerung der Region zum Klimawandel und zur örtlichen und regionalen Klimaanpassung in der Breite zu erfassen. Welche Orientierungen gehen von der Bevölkerung aus, welche Erwartungen richten sie an die Politik? Im Zeitverlauf von 5 Jahren soll zudem erfasst werden, welche Veränderungen sich in der Sichtweise der Bevölkerung ergeben haben. Mit den Ergebnissen sollen auch für Politik und Verwaltung im Ruhrgebiet wichtige Erkenntnisse gewonnen werden.

Dreimal – 2010/2012/2014 – führt das Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung (RISP), An-Institut der Universität Duisburg-Essen repräsentative Bevölkerungsbefragungen durch. Die Ergebnisse der 1. repräsentativen Bevölkerungsbefragung in der Region, bei der 1002 Bürgerinnen und Bürger telefonisch befragt worden sind, weisen interessante Ergebnisse im Hinblick auf drei zentrale Fragen auf (Informationsstand und Stellenwert des Klimawandels für die Bevölkerung, Bewertung von Klimabezogener Umweltpolitik, Bereitschaft der Bürger zum Handeln) und können auf der Homepage des RISP eingesehen werden.

Die Befragungsergebnisse weisen vergleichsweise homogene Einschätzungen auf. Innerhalb der Bevölkerung des Ruhrgebiets und der Emscher-Lippe-Region besteht ein breiter Konsens im Hinblick auf den Klimawandel und die Klimaanpassungserfordernisse. Politik, Planung und Verwaltung finden hier eine gute Akzeptanz- und Legitimationsgrundlage für eine sich regional aufstellende Klimaanpassungspolitik mit hoher Reichweite.

Weiterhin wirkt das RISP (hier Joachim Liesenfeld) am Arbeits- und Ergebnisbereich 5 mit. Ziel ist die Entwicklung einer Anpassungsstrategie "Klimafokussierte Wirtschaftsförderung" für die Region mit Hilfe eines zu entwickelnden regional-ökonomischen Wirkungs- und Beeinflussungsmodells zur Anpassung an den Klimawandel. Die abzuleitenden Strategien und Instrumente einer klimafokussierenden Wirtschaftsförderung setzen neben den Risiken einen besonderen Schwer-

punkt auf die Chancen, die der Klimawandel für Unternehmen mit sich bringen kann. Schwerpunkt der RISP-Aktivitäten ist hier die Wasserwirtschaft als Branche und als Teil der Umweltwirtschaft. Das Teilvorhaben des RISP zielt auf die Verbesserung der Innovationsfähigkeit des Regionalen Wassermanagements in der Region Emscher-Lippe. Es wird Möglichkeiten analysieren und Instrumente entwickeln, wie bzw. mit denen der von DynAKlim einzuleitende Paradigmenwechsel auf der Ebene der Politik, Planung und Verwaltung im allgemeinen und auf der Ebene des regionalen Wassermanagements im besonderen vollzogen werden kann.

„Umweltwirtschaft und Dienstleistungsexport“ (ProWaDi) (2005-2009)

Joachim Liesenfeld, Kay Loss

Wasser ist ein universelles Gut. Alle Menschen benötigen täglich ihr Trinkwasser. Die sanitäre Versorgung ist konstitutiv für Hygiene und Gesundheit. Wasser wird in großen Mengen in der landwirtschaftlichen Produktion von Lebensmitteln, aber auch in der industriellen Fertigung verbraucht. Und schließlich ist Wasser ein Zivilisationsgut, das wir im Alltag wie selbstverständlich einsetzen, sei es zur Bewässerung unserer Gärten oder zur Reinigung unseres Automobilbestandes.

Wasser zieht gerade deshalb so großes Interesse auf sich, weil die Versorgung der Menschen und der Wirtschaft mit Wasser in vielen Regionen der Welt nicht oder nur schlecht gewährleistet wird, also Mangel und/oder Nutzungskonflikte bestehen. Die Versorgung mit Wasser ist deshalb eine Aufgabe, die vom Gemeinwesen geregelt und über Versorgungsunternehmen gewährleistet wird. Wasser ist mit der Zeit von einer natürlichen Ressource zum einem Produkt geworden, das mit hohem Aufwand aufbereitet, transportiert und in einem System vertrieben wird, das sowohl Mechanismen der öffentlichen Daseinsfürsorge als auch des Marktes folgt, wobei die Merkmale international variieren.

Der (partielle) Wassermangel und die Internationalisierung der Wasserwirtschaft haben Wasser des Weiteren zu einem höchst relevanten strategischen Thema auf der internationalen Bühne mit hohem Konfliktpotenzial gemacht. Das Bevölkerungswachstum und der Klimawandel sind zwei treibende Faktoren dafür, dass Wasser nicht nur langfristig „in aller Munde bleiben wird“, sondern dass die Fragen der Gewinnung, Verteilung und Nutzung von Wasser einen hohen Innovationsbedarf ausweisen. Die Versorgung mit Wasser in ausreichendem Umfang und guter Qualität wird auch weiterhin Gegenstand von Forschung, technologischer Entwicklung und nicht zuletzt von Dienstleistungsinnovationen sein. Zur Faszination Wasser gehört letztlich auch das über Jahrtausende entstandene und in den letzten 150 Jahren beschleunigt gewachsene Know-how im Hinblick auf die Infra-

struktur für Versorgung und Entsorgung sowie die Technologien, Produkte, Verfahren und Services, die für die Beherrschung des Wasserkreislaufs entwickelt worden sind.

Die deutsche Wasserwirtschaft setzt dabei in mancher Hinsicht international Maßstäbe. Es gibt nur ganz wenige Länder (Schweiz, Niederlande), die wie Deutschland über eine fast 100%ige Anschlussdichte an die öffentliche Wasserversorgung verfügen und eine flächendeckende Versorgung auf Trinkwasserniveau an 365 Tagen im Jahr gewährleisten. Angesichts der hohen deutschen Standards einerseits und des weltweiten Bedarfs an Wasser und an Lösungen für Wasserversorgungsprobleme andererseits liegt die Schlussfolgerung nahe, dass die deutsche Wasserwirtschaft eine Branche mit hoher Exportorientierung sein müsse bzw. Strategien entfalten müsste, um das hohe Exportpotenzial auszuschöpfen.

Diesem Themenkomplex geht das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) von 2005 bis 2009 geförderte Projekt ProWaDi „Umweltwirtschaft und Dienstleistungsexport“ nach. Das Projekt ist im Rahmen des BMBF-Programms „Innovationen mit Dienstleistungen“ und des Förderschwerpunktes „Exportfähigkeit und Internationalisierung von Dienstleistungen“ gefördert worden. Dem Programm sind zwei auch für das Projekt konstitutive Thesen hinterlegt, nämlich zum ersten, dass Deutschland seine Spitzenstellung im Export längerfristig nur aufrecht erhalten kann, wenn sich auch die Dienstleistungsbranchen stärker internationalisieren, und zum zweiten, dass Innovationen im Dienstleistungsbereich in spezifischer Weise initiiert und voran zu treiben sind und anderer Instrumente in methodischer sowie anderer Geschäftsmodelle in ökonomischer Hinsicht bedürfen könnten. Im speziellen Fall des Projektes ProWaDi geht es somit um die Chancen und Pfade, die die deutsche Wasserwirtschaft ergreifen bzw. beschreiten könnte, um ihre Internationalisierungsperspektiven und ihre Innovationskraft noch weiter verbessern zu können.

Die Wasserversorgung ist eine für alle Länder maßgebliche Infrastrukturvoraussetzung. Sie ist durch die Umweltfolgen des Bevölkerungswachstums, der Industrialisierung und der industrialisierten Landwirtschaft sowie durch die Globalisierung in vielen Regionen in Turbulenzen geraten. In der Welt herrscht vielfach „Wasserstress“. Ergebnis der angesprochenen Faktoren ist die zunehmende Internationalisierung der Wasserwirtschaft, wobei in der Regel nicht Wasser, sondern unterschiedlichstes Engineering-Know-how, Betreiberwissen, Technologien, Maschinen und Anlagen sowie nicht zuletzt auch Anlagevermögen gehandelt werden.

ProWaDi ist auf drei Ebenen angesiedelt. Zum ersten wird auf dem Hintergrund von Expertengesprächen, einer standardisierten Befragung von Unternehmen und einer Reihe von betrieblichen Fallstudien die Bedeutung von Dienstleistungen in der Wasserwirtschaft untersucht. Zum zweiten werden parallel zu diesen analytischen Arbeitsschritten Unternehmensnetzwerke unterstützt, die auf den Export von Dienstleistungen im Kontext konkreter Infrastrukturprojekte in den Zielländern aus-

gerichtet werden. Diese werden von Experten in einzelnen Ländern Ost- bzw. Südosteuropas durch Kontaktbörsen, Messen und den Aufbau von Partnerschaften erschlossen. Die praktischen Initiativen werden ergänzt durch eine Untersuchung zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) in der Zielregion, um auch die Dimension der politischen Regulierung der Wasserwirtschaft bewerten zu können. Durch einen Internetauftritt werden zum dritten die für die Umsetzung des Projektes erforderlichen Informations- und Kommunikationsprozesse intensiviert.

Als Forschungs- und Entwicklungsprojekt im Kontext des oben angesprochenen Förderschwerpunktes hatte ProWaDi zum ersten ein wissenschaftliches Forschungsziel und zum zweiten eine Entwicklungsaufgabe. Die Forschungsaufgabe bestand in der Analyse der Ist-Situation der deutschen in der internationalen Wasserwirtschaft sowie in der Analyse der Faktoren, die die Exportorientierung fördern bzw. restriktiv auf sie wirken. Basierend auf den Ergebnissen wurden exemplarische Initiativen entwickelt, die die Exportorientierung insbesondere im Dienstleistungsbereich unterstützen sollten. Als geförderte Partner arbeiteten am Projekt zwei Forschungsinstitute, eine Bildungseinrichtung sowie zwei Ingenieurbüros mit langjähriger Erfahrung im Auslandsgeschäft mit. Als Unternehmens- und Valuepartner waren des Weiteren mehrere Unternehmen der Wasserwirtschaft, überwiegend kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) sowie German Water e.V. als exportorientierter Interessenverband der deutschen Wasserwirtschaft mit ca. 70 Mitgliedern beteiligt.

Die methodischen Schwerpunkte des Projektes lagen zum ersten auf empirischen betrieblichen Analysen, einer Unternehmensbefragung, an der rund 260 Unternehmen teilgenommen haben, und ergänzenden betrieblichen Studien. Diese empirischen Grundlagen haben nicht zuletzt in eine Typologie wasserwirtschaftlicher Dienstleistungen Eingang gefunden und sind des Weiteren im Hinblick auf die Identifizierung möglicher Innovationsfelder im Dienstleistungsbereich wichtig gewesen.

Da das Projekt insbesondere Ost- und Südosteuropa als Region für das internationale Engagement sondieren wollte, wurde zum zweiten eine wasserwirtschaftliche Governance- und Marktanalyse für diese Region mit dem Schwerpunkt Bulgarien vorgenommen. Aufgrund der zeitlich parallel erfolgenden Umsetzung der Umweltrahmenrichtlinie der EU lag ein systematischer Zugang zum Thema in der Analyse der Implementierung der WRRL in den neuen ost- und südosteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU. Um die Rolle der deutschen Wasserwirtschaft besser verorten zu können, wurde des Weiteren im Rahmen von ProWaDi eine Studie zur internationalen Wettbewerbssituation erarbeitet, die in besonderer Weise auf den Wettbewerber Frankreich ausgerichtet war.

Im Zentrum der praktischen Entwicklungs- und Umsetzungsaktivitäten standen länderspezifisch ausgerichtete Initiativen, mit denen internationale Erfahrungen gemacht und Kooperations- und Netzwerkbeziehungen mit der Wasserwirtschaft in

diesen Ländern aufgebaut werden sollten. An diesen Aktivitäten wie Kontaktbörsen, Messebesuchen mit begleitenden Fachtagungen, Delegationsreisen sowie an den vor- und nachbereitenden Veranstaltungen in Deutschland waren insgesamt 60 Unternehmen beteiligt. Diese Unternehmen der Wasserwirtschaft waren zugleich eine maßgebliche empirische Grundlage des Projektes ProWaDi, auch wenn das Mitwirkungsinteresse dieser Unternehmen primär nicht auf das Forschungsziel, sondern auf wirtschaftliche Ziele gerichtet war.

Aus der Sicht der beteiligten Unternehmen ging es beiden angesprochenen Auslandsaktivitäten um den Aufbau konkreter Geschäftspartnerschaften und die Akquise von Aufträgen. Ursprünglich sollten die Zielländer ausschließlich aus Ost- und Südosteuropa kommen. Hier erfolgte im Projektverlauf eine Konzentration auf Bulgarien und Rumänien, die der EU zum 01.01.2007 beigetreten waren und schon auf diesem Hintergrund von großer Bedeutung sind. Im Projektverlauf ist dann Brasilien als weiteres Zielland bestimmt worden. Ausschlag gebend hierfür war, dass Brasilien in der internationalen Wasserwirtschaft eine doch deutlich andere Stellung einnimmt als die Staaten Ost- und Südosteuropas. Dies hängt mit unterschiedlichen Faktoren zusammen wie Größe und Einwohnerzahl, Wasserverfügbarkeit, klimatischen Bedingungen, Bevölkerungswachstum, Entwicklung von Siedlungsstrukturen, Größe der Anlagen und eingesetzter Technologie für Wasseraufbereitung bzw. Abwasserbehandlung, Umweltpolitik u.a.m.

Mit diesen teils analytischen und teils praktischen Projektmodulen sollte zugleich ein Beitrag zur Netzbildung deutscher Unternehmen und Institutionen in der Wasserwirtschaft geleistet werden, die an einem verstärkten internationalen Engagement interessiert sind und zugleich offen für Kooperationen sind. Um die Netzbildung zu unterstützen, hat das Projekt des Weiteren mit www.prowadi.de eine Informations- und Kommunikationsplattform zur Verfügung gestellt. ProWaDi war mit dieser Zielsetzung ein Element neben weiteren Projekten, Initiativen und Unterstützungsstrukturen für die Internationalisierung der deutschen Wasserwirtschaft. Zu nennen sind hier insbesondere die Wasserwirtschaftsinitiativen verschiedener Bundesländer, der GTZ, der KfW und der DWA. Diesen Unterstützungsstrukturen kommt praktisch und auch aus wissenschaftlicher Perspektive hohe Relevanz zu. In diesem Zusammenhang war auch der Transformationsprozess von German Water e.V. - wie oben erwähnt ein maßgeblicher Kooperationspartner von ProWaDi - hin zur German Water Partnership e.V., deren Gründung im Jahr 2008 vollzogen wurde, bedeutsam.

Mit seinem Forschungsdesign stand ProWaDi in einem sehr engen Bezug zur Dienstleistungsforschung des BMBF, die insbesondere im Programm „Innovationen mit Dienstleistungen“ ihren Ausdruck findet. Der Beitrag, den das Projekt hier leisten konnte, besteht zum einen in der Bestimmung verschiedener Dienstleistungstypen in der Wasserwirtschaft einschließlich der „hybriden Schnittstelle“. Zum anderen sind die treibenden und die hemmenden Faktoren identifiziert wor-

den, die darauf Einfluss nehmen, ob Dienstleistungen "Made in Germany" speziell auch in der Wasserwirtschaft zu einem Exportschlager werden können. Es sei an dieser Stelle darauf verwiesen, dass eine Reihe weiterer relevanter Forschungsthemen berührt werden, ohne dass diese in diesem Beitrag in den Vordergrund gerückt werden können. Dies betrifft insbesondere die Frage eines integrierten umweltpolitischen Ressourcenmanagements.

Um die Internationalisierungsperspektiven der deutschen Wasserwirtschaft auf dem Hintergrund der wissenschaftlichen Diskussion in der Dienstleistungs- und Innovationsforschung analysierbar zu machen, haben wir uns verschiedene wissenschaftliche Forschungsansätze nutzbar gemacht. So verfolgen wir zum ersten einen ökonomischen Geschäftsmodellansatz für die außenwirtschaftliche Perspektivierung der Wasserwirtschaft und verschiedener Branchensegmente (Dienstleistungstypen). Dieser ermöglicht die Abbildung der Grundzüge der wasserwirtschaftlichen Wertschöpfungsarchitektur. Da die Wertschöpfungsarchitektur der Wasserwirtschaft national und international in vergleichsweise hohem Maße öffentlich reguliert ist, bietet sich zur Analyse der politischen Interventionsdimension und der politischen und ökonomischen Schnittstellen ein politikwissenschaftlicher Governanceansatz an. Der Governanceansatz erlaubt in nationaler und internationaler Perspektive eine integrierte Betrachtung des Zusammenwirkens unterschiedlicher Mechanismen, Handlungen und Institutionen der gesellschaftlichen Koordination, also von staatlichen Institutionen und wirtschaftlichen Akteuren, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Initiativen, Steuerung und Selbststeuerung, Macht und Wettbewerb. In dieser Hinsicht versucht er einer Komplexität gerecht zu werden, die in anderen Erklärungskonzepten häufig stark reduziert wird.

Sowohl der Geschäftsmodell- wie auch der Governanceansatz rekurren auf sich verändernde Kooperationsmuster von Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette wie auch auf die Beziehungen der Akteure und Institutionen im Rahmen einer nationalen wie internationalen Multi-Level-Water-Governance. Hier ist der Rückgriff auf die sozialwissenschaftliche Diskussion um die Genese, Funktionsweise und Bedeutung von Netzwerken hilfreich.

ProWaDi war Ausgangspunkt für weitere Projekte im Zusammenhang mit der Internationalisierung der Wasserwirtschaft, die sich zukünftig insbesondere auf Lateinamerika ausrichten werden. Im Jahr 2007 und im Jahr 2010 leitete Joachim Liesenfeld in Zusammenarbeit mit German Water bzw. German Water Partnership (GWP) jeweils Delegationsreisen der deutschen Wasserwirtschaft nach Brasilien.

„Sicherheit und Gesundheitsschutzkonzepte für Polizeiboote auf See- und Binnenwasserstraßen“

(2005–2007)

Joachim Liesenfeld, Waldemar Mathejczyk

Das Projekt hat die Arbeit der Polizisten, die ihren Dienst auf den Polizeiboote der Bundespolizei und der Polizei der Länder versehen, unter den Gesichtspunkten des Arbeits- und Gesundheitsschutzes untersucht. Empirische Grundlage des Projektes sind fünf Fallstudien von unterschiedlichen Dienststellen und auf verschiedenen Booten in verschiedenen Einsatzgebieten.

Die Arbeit auf Polizeiboote – so die zusammenfassende Bewertung – beinhaltet insbesondere im Hinblick auf schwierige Einsatzsituationen unter schlechten Witterungsbedingungen ein großes Risikopotenzial für die Sicherheit und Gesundheit der Polizisten. Die Arbeitssicherheit hat auf den von uns untersuchten Polizeiboote gleichwohl einen hohen Stellenwert. Dies resultiert insbesondere daraus, dass das polizeiliche Konzept der „Eigensicherung“ auch viele positive Effekte für den Arbeitsschutz hat.

Konkrete Ergebnisse des Projektes sind eine Gefährdungsbeurteilung, ein Präventionskonzept und ein Sicherheitstrainingskonzept. Mit den empirischen Untersuchungen wurden 18 Gefährdungsbereiche für die Sicherheit und Gesundheit der Polizisten auf Polizeiboote ausgewiesen. Bei diesen handelt es sich um Gefährdungen,

- die typisch für die Arbeit auf Schiffen insgesamt sind (z. B. klassische Sturz- und Stolpergefahren oder Schiffsbewegungen),
- die in besonderer Weise die Polizeiarbeit auf Booten/Schiffen betreffen (z. B. die Boots- bzw. Schiffsübergänge zum Zwecke von Kontrollen) und
- die mit der Arbeitsorganisation und der Personalentwicklung auf Polizeiboote zusammenhängen (z. B. Arbeitszeiten und alternde Besatzungen).

Die identifizierten Gefährdungen wurden in einer einheitlichen, die einzelnen Dienststellen und Polizeiboote übergreifenden Form dokumentiert. Dafür ist ein Standard entwickelt worden, der als innovativer Beitrag für die Nutzung von Gefährdungsbeurteilungen durch die Praxis zu betrachten ist.

**Evaluation der EP „Brücken in Beschäftigung –
Gelsenkirchener Initiative für Ausbildung und Arbeit“
(2005-2008)**

Joachim Liesenfeld/Hans Uske

Die Evaluation der EP „Brücken-in-Arbeit – Gelsenkirchener Initiative für Ausbildung und Arbeit“ im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUAL ist eine prozessbegleitende Beratung. Wie auch andere EPen im Rahmen der GI EQUAL ist die Gelsenkirchener EP ein komplexes Netzwerk, mit dem die maßgeblichen arbeitspolitischen Akteure der Region als Partner und strategische Partner nachhaltige Impulse für den Ausbildungs- und den Arbeitsmarkt setzen wollen. Patentrezepte gibt es für die Initiative nicht und sie ist auf diesem Hintergrund innovativ angelegt.

Evaluation als prozessbegleitende Beratung bedeutet, die Abstimmung zwischen den verschiedenen Beteiligten, ihren Teilprojekten und Teilaufgaben für die Projektlaufzeit unter nicht eindeutig prognostizierbaren Entwicklungsbedingungen zu moderieren. Bei dieser Moderationsfunktion ist den Teilen und dem Ganzen jeweils gebührende Aufmerksamkeit zu widmen. Wesentliches Instrument der Beratung und Moderation ist die Informations- und Datenbasis zum Projekt, den Teilprojekten und den Rahmenbedingungen bzw. zu den jeweiligen Verläufen. Die Informations- und Datenbasis ist fortlaufend sicher zu stellen.

Wichtig für die EP insgesamt wie auch für das Gelingen der Evaluation ist dabei ein gemeinsames Zielsystem. Dieses Zielsystem ist der Horizont, an dem sich die Teilprojekte und auch die Evaluation zu orientieren haben. In der Startphase der EP wird es für die Evaluation darauf ankommen, das bislang von der EP herausgearbeitete Zielsystem kennen und verstehen zu lernen und auf dieser Grundlage eine bedarfsbezogene Weiterentwicklung und auch Operationalisierung anzustoßen. Dies erfordert z. B. auch die Arbeit an Indikatoren und Kennzahlen.

Die Evaluation bezieht sich zum ersten auf die EP, zum zweiten hat sie dann ihre Funktion im Rahmen der GI EQUAL und der von dieser festgelegten Vorgehensweisen und Prozeduren. Das Evaluationskonzept des RISP funktioniert dabei im Gegenstromverfahren und versucht so ein transparentes und faires Miteinander der Beteiligten einschließlich nationaler Verantwortungsträger zu erreichen.

Projekt „Integration macht Schule“ Kreis Wesel (2009-2010)

Joachim Liesenfeld/Kay Loss/Karla Osinski/Hans Uske

In Zusammenarbeit der Projektgruppen ABS und Prolog ist der Kreis Wesel bei der Durchführung des Projektes „Integration macht Schule“ im Rahmen des NRW-Förderprogramms "KOMM-IN NRW" wissenschaftlich begleitet worden.

Das Förderkonzept "KOMM-IN NRW - Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit - " unterstützt die Kommunen bei der Aufgabe, Strukturen und Prozesse in den Kommunen zu optimieren, um die bestmöglichen Voraussetzungen für Integration zu ermöglichen. Ziel der Förderung ist es, die Angebote, Strukturen und Prozesse zur Aufnahme von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Kommunen und durch die Kommunen nachhaltig zu verbessern. Sie sollen durch Innovation effizienter und effektiver werden. Das Förderkonzept gibt hierzu konkrete Anregungen. Die Förderung konzentriert sich dabei auf drei Schwerpunkte:

1. Es soll für alle Betroffenen Transparenz über das Angebot und die Nachfrage nach Integrationshilfen hergestellt werden.
2. Die unterschiedlichen Angebote und Anbieter von Integrationshilfen sollen vernetzt und besser miteinander abgestimmt werden.
3. Über diese bewährten Ziele hinaus konzentriert sich die Förderung auf Vorhaben, die die Steuerung der Qualität und der Wirksamkeit der angebotenen Integrationshilfen beinhalten.

Übergeordnete Zielsetzung des Kommln-Projektes des Kreises Wesel ist die Verbesserung der Bildungschancen für Menschen mit Migrationshintergrund durch Herstellung von Transparenz und Vernetzung der schulischen und vorschulischen Bildungseinrichtungen innerhalb des Kreises.

Dazu wurde mit der Strukturierung und inhaltlichen Füllung eines Kennzahlenkataloges durch das RISP eine wichtige Grundlage geschaffen. Ausgehend von einer Analyse und Auswahl der „Kennzahlen Integration“ der Bertelsmann-Stiftung wurde für den Kreis und die kreisangehörigen Städte und Gemeinden eine Ergänzung der Bertelsmann-Kennzahlen durch weitere relevante Indikatoren vorgenommen. Dies betraf insbesondere Daten zum Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (die im Rahmen des Projektes in Zusammenarbeit mit dem kommunalen Rechenzentrum Niederrhein erstmalig aus den Melderegistern generiert wurden), bildungsbezogene Daten aus der Schulstatistik des Landes NRW sowie differenzierte Daten zu Jugendarbeitslosigkeit.

Im Ergebnis ist eine Datenbasis entstanden, die für Kreis und jede Kreisangehörige Gemeinde insgesamt 49 Indikatoren (in der Regel mit Daten für die Jahre 2005, 2006 und 2007) zu den folgenden Themengebieten enthält:

- Basiskennzahlen zur Integration
- Sozioökonomische Integration: Teilhabe in den Bereichen Bildung und Arbeit
- Kulturelle Integration
- Politische Integration
- Gesellschaftliche Integration

In einem iterativen Kommunikationsprozess mit dem auftraggebenden Kreis und den relevanten kommunalen und Institutionellen Akteuren – u.a. in drei zentralen Workshops - wurden auf der Basis der Auswertung der ermittelten Daten und Kennzahlen durch das RISP zentrale Handlungsfelder für die künftige bildungsbezogene Integrationspolitik und die kommunale Bildungsplanung identifiziert. Diese bestehen insbesondere

- bei der vorschulischen Erziehung,
- im Hinblick auf die schulischen Bildungsergebnisse und
- beim Übergang Schule – Beruf.

Dem letzteren Handlungsfeld wurde eine prioritäre Dringlichkeit zugemessen und entsprechend die Bestandsaufnahme und Optimierung des beruflichen Übergangssystem im Kreis Wesel zum zentralen Gegenstand eines Folgeantrages im NRW-Förderprogramm Kommln erhoben. Der Antrag wurde bewilligt, und von Herbst 2010 bis Frühjahr 2011 wird das Projekt „Bildungsbrücken bauen – berufliche Integration im Kreis Wesel“ Grundlagen für die bessere Vernetzung und Kooperation der Akteure des berufsbezogenen Bildungssystems und der arbeitsmarktlichen Akteure schaffen – wiederum unter wissenschaftlicher Begleitung durch das RISP.

II.2 Projektgruppe Beschäftigung und Chancengleichheit (B&C)

Die Projektgruppe Beschäftigung und Chancengleichheit (B&C) hat sich im Januar 2008 aus der Projektgruppe Prolog heraus gegründet. Bei den Forschungsarbeiten und Projekten der Projektgruppe geht es unter anderem um Fragen der Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt. Ein weiteres Thema ist die Chancengleichheit von Zugewanderten und Einheimischen. Beides sind Themenbereiche, die in den letzten Jahren im Bereich Arbeit und Wirtschaft des RISP immer stärker in den Mittelpunkt gerückt sind. Dies und der erfolgte Ausbau der Projektaktivitäten machte es aus Sicht der Institutsleitung erforderlich, das Management in diesem Bereich auf eine breitere Basis zu stellen.

Die Projektgruppe B&C arbeitet eng mit der Projektgruppe Prolog zusammen und kann somit die langjährige Projekterfahrung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nutzen. Die Stellvertretende Leiterin von Prolog Frau Dr. Pascher übernahm die Leitung der neuen Projektgruppe. Auch B&C arbeitet sehr eng mit Kooperationspartnern außerhalb des Instituts zusammen und bietet Forschung, Beratung, Weiterbildung und wissenschaftliche Begleitung an.

Leiterin der Projektgruppe: Dr. Ute Pascher

Weitere Mitglieder der Projektgruppe: Dipl. Soz. Wiss. Katrin Jansen, Ursula Kreft, M.A., Elke Stolpe, Diplom-Verwaltungswissenschaftlerin Gabriele Thiesbrummel
Frühere Mitglieder der Projektgruppe (2008-2010): Dipl. Soz. Wiss. Inga Conteh (bis 2008), Dipl. Soz. Wiss. Türkan Yilmaz (bis 2009), Stud. ök. Idil Al-Atat (bis 2009), Christiane Burmeister (bis 2009).

Aktives Altwerden in der Migration (2009)

Katrin Jansen, Ute Pascher, Hans Uske

Das Vorhaben hatte zwei Ausgangspunkte: Erstens, die europaweiten empirischen Beobachtungen zum Einfluss von Migrationsprozesse auf die europäischen Einwanderungsgesellschaften und zweitens die Frage danach, wie unter diesen Bedingungen das Altern von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aktiv gestaltet werden kann bzw. gestaltet wird. Die weltweiten Migrationsbewegungen der vergangenen fünf Jahrzehnte haben in ihren unterschiedlichen Ausprägungen (Flucht und Asyl, Arbeitsmigration, Internationale Retirement Migration etc.) exzeptionelle Auswirkungen auf die Aufnahmegesellschaften und tragen somit zu einer nicht vorhergesagten Form sozialer Transformation der europäischen Gesellschaften bei. Diese Transformationsprozesse sind in den europäischen Staaten recht unterschiedlich und nur in Teilen vergleichbar. Im Oktober 2008 wurde auf Initiative des MGFFI/ NRW im Rahmen der 1. Europäischen Konferenz „Active Ageing of

Migrant Elders across Europe“ (AAMEE) das „Bonn-Memorandum: Active Ageing of Migrant Elders across Europe“ entwickelt. Eine Forderung der Verfasserinnen und Verfasser besteht darin, die europäische Forschung zum Thema „Aktives Altern von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“ zu stärken, da zu beobachten sei, dass die (sozial- und politikwissenschaftliche) Forschung in diesem Themenbereich europaweit unterschiedlich weit gediehen ist und diverse thematische Aspekte bisher nur unzureichend von Sozialforscher/innen in den Blick genommen wurden. Gewünscht ist deshalb ein interdisziplinäres und praxisorientiertes Forschungsnetzwerk. Ziel des Forschungsnetzwerkes könnte es sein, mittel- und langfristig dazu beizutragen, dass eine anwachsende Bevölkerungsgruppe, die Senioren mit Zuwanderungsgeschichte, die in Europa bisher nur ansatzweise im Fokus von Politik und Gesellschaft liegt, aktiv an ihrer eigenen Integration und Partizipation und damit auch Selbstbehauptung beteiligt werden kann.

Die Anregungen des Memorandums aufnehmend, möchten wir ein Forschungsnetzwerk initiieren und konkret vorbereiten. Europaweit sind bereits interessante Einzelansätze zur Erforschung des Phänomens „Aktives Altern von Migrant/innen“ zu beobachten. Darüber hinaus erscheint uns die Etablierung eines Forschungsverbunds notwendig, der nicht nur rein anwendungsorientiert und praxisbegleitend einzelne Entwicklungen vor Ort beobachtet und vergleichend in den Blick nimmt, sondern als Netzwerk kooperative Strategien zur sozialen Integration und Teilhabe erarbeitet und dafür zunächst grundlegende vergleichende Studien initiiert und durchführt. Die Arbeiten unterstützen eine vorgesehene Antragstellung.

Integrationsmaßnahmen für Drittstaatenangehörige in Duisburger Sportvereinen (2009)

Ute Pascher, Ursula Kreft

Nach Angaben des Duisburger Sozialberichts (2008) leben in Duisburg 75.572 ausländische Einwohnerinnen und Einwohner, davon kommen allein 62.654 aus Nicht-EU-Ländern, d.h. fast 82% der Duisburger mit Ausländerstatus sind Drittstaatenangehörige. Insbesondere sie – die größte ethnische Gruppe sind Türkinnen und Türken - leben meist in bestimmten benachteiligten Stadtteilen, vor allem im Norden der Stadt. Ihre Integration in die Aufnahmegesellschaft ist nur teilweise gelungen.

Gerade in benachteiligten Stadtteilen fällt daher der Blick auf zivilgesellschaftliche Einrichtungen: Beispielsweise Sportvereine leisten einen wertvollen Beitrag zur sozialen Integration von Nicht-EU-Bürgern. In Duisburg sind 462 Sportvereine mit insgesamt 101.007 Mitgliedern aktiv, d.h. bei einer Gesamtbevölkerungszahl von zur Zeit ca. 502 Tausend, sind ein Fünftel aller Duisburger im Sport organisiert

und in den Vereinen versammeln sich unterschiedlichste Bevölkerungsgruppen. Nach einer Schätzung des LandesSportBundes NRW sind in den Vereinen ca. 4.000 Personen in der Übungsarbeit aktiv, in der Regel ehrenamtlich mit Aufwandsentschädigung.

Die Einbindung von Drittausländerinnen und -ausländern über Sportvereine gelingt jedoch nicht immer „automatisch“, z.B. dadurch, dass man sich für ein und dieselbe Sportart interessiert. Auch bei dieser Form sozialer Sportausübung besteht die Gefahr ethnischer Abschottung, kulturell verengter „Vereinsmeierei“ sowie einer Konfliktzuspitzung, z.B. auf dem Fußballplatz. In den Medien ist – gerade auch in Duisburg - darüber in letzter Zeit häufig berichtet worden. Die soziale Integration von Drittstaatsangehörigen über Sportvereine braucht eine interkulturelle Sensibilität von Seiten aller Mitglieder der Vereine, aber unserer Erfahrung nach sind hier insbesondere die Übungsleiterinnen und Übungsleiter gefordert, die eine zentrale Rolle für das Miteinander und im Alltag des Vereinslebens spielen.

Das Projekt wurde in Duisburg durchgeführt und zwar in Stadtteilen, in denen besonders viele Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten leben. Dies sind insbesondere Bruckhausen, Beeck, Ruhrort, Laar, Marxloh, Neumühl, Meiderich, Hochfeld, Rheinhausen sowie Hüttenheim. Unterschiedliche Sportvereine aus diesen Stadtteilen nahmen an dem Projekt teil. In den genannten benachteiligten Stadtteilen können zivilgesellschaftliche Institutionen, und unser Blick richtet sich auf Sportvereine, zur Akzeptanz von Zuwanderern aus Drittstaaten beitragen. Der (organisierte) Sport hat eine hohe integrative Kraft. Deshalb hatte das Projekt zum Ziel, Mitarbeitende in Sportvereinen dazu in die Lage zu versetzen, interkulturell offener und versierter zu werden, um dadurch auch Drittausländerinnen und -ausländer besser zu inkludieren. Insbesondere die Übungsleiter in den Vereinen sollten lernen, auf kulturbedingte Unterschiede und ethnisch besetzte Konflikte geeignet zu reagieren, damit Toleranz und Vielfalt in der Aufnahmegesellschaft gefördert wird und Drittstaatsangehörige eine höhere soziale Akzeptanz erfahren.

Maßnahmen wurden auf zwei Ebenen geplant: Erstens, Übungsleiter und Trainer, die in ihren Kursen und Mannschaften Angehörige von Drittstaaten mitbetreuen, werden interkulturell sensibilisiert. Unter ihnen sind zurzeit noch mehrheitlich „Deutsche“ zu finden. Zweitens, so genannte Gruppenhelfer/innen, d.h. Jugendliche, die eine besondere Rolle in den Vereinen und Übungsgruppen einnehmen, werden ebenfalls interkulturell sensibilisiert. Unter ihnen sind jedoch bereits viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und besonders auch Drittstaatsangehörige zu finden. Für beide Gruppen wurden zielgruppenspezifische Sensibilisierungsmodule entwickelt und erprobt. Hierbei ist zu bedenken, dass es sich mehrheitlich um ehrenamtlich Tätige handelt, die keine mehrmonatigen Schulungen durchlaufen können. D.h., das Projekt stand vor der Herausforderung, interkulturelle Anstöße zu geben, die mittel- und langfristig zur Bildung interkultureller Kompetenz beitragen können. Ein Schwerpunkt wird deshalb darauf liegen, die

Übungsleiter/innen und Gruppenhelfer/innen bei ihrer Praxis in den Vereinen in der Umsetzung dieser Kompetenz zu begleiten und zu unterstützen. Insgesamt können diese Maßnahmen dazu beitragen, eine weitergehende interkulturelle Öffnung der Sportvereine in Duisburg voranzutreiben.

Kulturelle Angebote für Ältere mit Zuwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen (KÄZ)

(2008)

Ute Pascher, Türkan Yilmaz

Die meisten Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die als „Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter“ seit den 50er Jahren aus unterschiedlichen Regionen des südlichen Europas in die Bundesrepublik Deutschland gekommen waren, sind mittlerweile im Rentenalter. Viele von ihnen haben hier in Deutschland ihre neue Heimat gefunden und werden ihren Lebensabend auch hier verbringen wollen; lang gehegte Rückkehrabsichten wurden aufgegeben. 75 % der türkeistämmigen Älteren fühlen sich beispielsweise laut einer Studie des Zentrums für Türkeistudien „in Deutschland eigentlich sehr wohl“. Dieser Situation angemessen reagiert das Land NRW damit, die Versorgungsstrukturen älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auf unterschiedlichsten Ebenen bedarfsorientiert zu berücksichtigen. Angebote der Seniorenwirtschaft sollen sukzessiv auch auf die Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren mit Zuwanderungsgeschichte angepasst werden. Dazu gehört auch die Berücksichtigung der kulturellen Bedürfnisse.

Der Alltag älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die Strategien zur Gestaltung des Lebensabends und darin eingeschlossen der alltäglichen Sorgen und Nöte unterscheiden sich nicht so sehr von denen der Einheimischen. Was sie allerdings unterscheidet sind die Zugänge zu vielen Angeboten, die diese Gesellschaft ihren älteren Mitmenschen bereithält. Und dies gilt insbesondere für den Bereich der Kultur. Das Projekt will einen Beitrag zur kulturellen Integration älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte leisten, insbesondere soll die Zuwanderergeneration der angeworbenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren ursprüngliches Ziel das bezahlte Arbeiten war, von kulturellen Angeboten als Freizeitgestaltung profitieren. Öffentlichkeitswirksam und an den kulturellen Bedürfnissen der Zielgruppe orientiert könnten kulturelle Veranstaltungen stattfinden, die auch für Ältere mit Zuwanderungsgeschichte kulturelle Erlebnisse bieten bzw. Kultur direkt erlebbar machen. Integration kann insbesondere auch über gemeinsames kulturelles Erleben stattfinden. Wichtiger Ansatzpunkt hierbei ist allerdings, dass die Gruppe der älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nicht als Zielgruppe für „irgendein kulturelles Experiment“ sichtbar werden soll, sondern diese Menschen in ihrer Eigeninitiative und Eigenverantwortung gestärkt und da-

mit direkt als handelnde Subjekte in die Kulturausübung mit einbezogen werden sollen. Angebote sollten auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Zielgruppe eingehen und diese direkt mit einbeziehen. Damit verbunden ist auch der integrative Ansatz, dass kulturelle Angebote so gestaltet werden sollen, dass sie die gesamten früheren Belegschaften der Anwerbefirmen ansprechen. Das Kulturangebot wird so angepasst, dass sich auch Ältere mit Zuwanderungsgeschichte verstärkt von den Offerten angesprochen fühlen. Ehemalige, heute ältere, Beschäftigte der großindustriellen Unternehmen der Region – mit und ohne Zuwanderungsgeschichte – werden so gemeinschaftlich von dem Angebot profitieren.

Gründerinnen in der Chemiebranche (ExiChem) (2007-2010)

Katrin Jansen, Ute Pascher, Gabriele Thiesbrummel

Im Verbundprojekt des Rhein-Ruhr-Instituts an der Universität Duisburg-Essen und der Bergischen Universität (BUW)/ Institut für Gründungs- und Innovationsforschung sollen alle Facetten der niedrigen Gründungsquote von Frauen in der Chemiebranche exemplarisch für technologieorientierte Wirtschaftsbereiche erfasst werden. Hindernisse auf dem Weg in eine selbstständige, unternehmerische Tätigkeit für Frauen in der Branche werden aufgedeckt. Ziel ist es, einen Beitrag zum Abbau (struktureller) Barrieren in die Selbstständigkeit zu leisten.

Zur Untersuchung des Gründungsgeschehens in der Chemiebranche sowie der dortigen Gründungspotenziale werden u. a. eine Branchenanalyse, eine Analyse von Gründungswegen, von Gründungskonzepten, eine diskursanalytische Betrachtung der Fachpresse sowie Befragungen von Studierenden und Beschäftigten durchgeführt. Abschließend werden Handlungsempfehlungen entwickelt. Die Ergebnisse der Analysen sowie die Vorschläge für zukunftsorientierte Maßnahmen zur Mobilisierung der Gründungspotenziale von Chemikerinnen werden laufend in der Fachöffentlichkeit und in die Gründungspraxis kommuniziert. Einschlägige Netzwerke werden frühzeitig eingebunden, damit die Ergebnisse des Projektes für passgenauere Beratung genutzt werden können. Das Teilvorhaben des RISP nimmt typische Gründungswege von Frauen in den Blick, analysiert das typische Erwerbsverhalten von Chemikerinnen und beobachtet das mikrosoziale sowie diskursive Umfeld derjenigen, die tatsächlich gründen oder gründen könnten. Das Teilvorhaben des IGIF analysiert die makrosozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen für Gründungen von Frauen, bildet das existierende Gründungsgeschehen in der Branche ab und prüft herrschende Beratungskonzepte auf ihre Tauglichkeit für die passende Beratung von Frauen.

Selbstständige Erwerbstätigkeit – eine Chance für Berufsrückkehrerinnen (2007-2008)

Ute Pascher, Dagmar Wäscher

Immer mehr Menschen machen sich selbständig. In allen Bereichen der Wirtschaft entstehen kleinere Unternehmen, die sich mit einer guten Dienstleistung oder einem neuen Produkt im Markt behaupten können. Dabei sind es vor allem Männer, die gründen. Der Frauenanteil an den Selbständigen liegt im Ruhrgebiet nur bei 25%. Das Projekt „Selbstständige Erwerbstätigkeit – eine Chance für Berufsrückkehrerinnen“ will einen Beitrag dazu leisten, dies zu ändern.

Frauen nach der Familienphase haben häufig Schwierigkeiten, zurück in den Beruf zu finden. Eine Möglichkeit besteht darin, ein eigenes kleines Unternehmen zu gründen, die eigene Chefin zu werden. Frauen gründen anders – und brauchen aus diesem Grund eine spezifische Beratung auf dem Weg in die Selbständigkeit. Das Projekt „Selbstständige Erwerbstätigkeit – eine Chance für Berufsrückkehrerinnen“ bietet Berufsrückkehrerinnen die Möglichkeit, in einem dreimonatigen Kurs mit anschließender Betreuung Chancen und Risiken einer Existenzgründung kennen zu lernen und sich Wege in die selbständige Erwerbsarbeit zu erarbeiten. Die Teilnahme ist mit nur geringen Kosten verbunden. Aufgrund der Seminargestaltung ergeben sich durchgängige Präsenzphasen, aber auch Aufgabenstellungen, die die Teilnehmerinnen allein oder in Gruppen bearbeiten. Geplant ist eine Mischung aus Gruppenarbeit, Anlernen zum selbstständigen Arbeiten, Reflektionsanalysen, eigenständigen Recherchen, Herausarbeiten der Potentiale und Ressourcen der Frauen.

Gender Living Library – Online-Bibliothek zu “Gender und Arbeitsmarkt” (bis 2008)

Inga Conteh, Ute Pascher

WINGS (Working Integration for Non Gender Segregation) war ein Zusammenschluss von Projekten aus folgenden vier EU-Ländern: Großbritannien, Spanien (Katalonien), Italien und Deutschland. Die Beteiligten waren so begeistert vom Austausch lokaler und regionaler Projekterfahrungen und nicht veröffentlichter Arbeitspapiere, dass sie beschlossen haben, ein Instrument zu schaffen, das über die Programmlaufzeit hinaus diesen Austausch für alle Interessierten weiterhin ermöglicht.

Die „lebende“ Bibliothek ist eine Fundgrube für Graue Literatur zum Themenbereich „Gender und Arbeitsmarkt“. Die Bibliothek ermöglicht, dass Informationen und Dokumente zu diesem Themenbereich auch nach Projektende zur Verfügung stehen. Sie wird wachsen, indem auch Dokumente aus anderen, verwandten Pro-

jekten hier abgelegt werden. Dies können Benutzerinnen und Benutzer der virtuellen Bibliothek selbst tun; das Projektteam unterstützt sie dabei.

Patenschaften zwischen Unternehmen und Vereinen (2007-2008)

Ute Pascher, Türkan Yilmaz

In Stadtteilen, in denen viele Migrantinnen und Migranten leben, gibt es Sportvereine, deren Mitglieder und Kunden vorwiegend Menschen mit Migrationshintergrund sind. Diese Sportvereine können eine wichtige arbeitsmarktpolitische Funktion übernehmen. Es sind Orte, in denen bestimmte Jugendliche und ihre Familienangehörigen regelmäßig verkehren. Konzepte, die es zum Ziel haben, gerade schwierig zu vermittelnde Jugendliche in Ausbildungen zu bringen, könnten hier geeignete Ansatzpunkte finden. Für bestimmte Kinder und Jugendliche sind die Sportvereine ein wichtiges Element ihrer Lebenswelt. Hier sind sie (und ihre Eltern) erreichbar für Angebote der Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

In dem Projekt „Patenschaften zwischen Unternehmen und Vereinen“ hat der türkische Unternehmerverband MUT zusammen mit den drei Sportvereinen Rhenania Hamborn, Dersimspor und FSV Duisburg, dem Stadtportbund und dem Rhein-Ruhr-Institut an der Universität Duisburg-Essen ein Modell entwickelt, wie das arbeitsmarktpolitische Potential von Sportvereinen für diese Zwecke genutzt werden kann.

- In dem Projekt sollten Zugänge zu Ausbildungsstellen in der lokalen Ökonomie eröffnet werden.
- Kinder aus Migrantenfamilien, die noch zur Schule gehen, sollten über die Vereine Perspektiven für eine künftige Ausbildung vermittelt werden.
- Eltern, die in der Regel wenig über das deutsche Ausbildungssystem wissen, sollten von kompetenten Akteuren realistische und verständliche Informationen über die Möglichkeiten einer Ausbildung für ihre Kinder bekommen. Der Unternehmerverband MUT hat dabei eine vermittelnde Rolle zwischen den Sportvereinen und verschiedenen Unternehmen, Verbänden und Kammern, zu denen er Kontakt hat, übernommen.
- Es sollten Partnerschaften zwischen lokalen Unternehmen und den Sportvereinen entstehen.
- Kindern und Jugendlichen aus den Vereinen sollte die Möglichkeit vermittelt werden, durch Besuche oder Praktika die Berufswelt kennen zu lernen.
- Vertreter der lokalen Wirtschaft (Unternehmen, Kammern, Verbände) sollten in den Vereinen die Eltern über die beruflichen Möglichkeiten ihrer Kinder informieren.

Parallel dazu sollten die Vereine in ihrer Integrationsfunktion gestärkt werden. Der Duisburger Stadtsportbund (SSB) soll die Vereine u.a. dabei beraten, wie sie ihre Vereinsarbeit den neuen Trends im Sport anpassen können. Um Jugendliche, aber auch Ältere, gezielt ansprechen zu können, müssen sich die Vereine neuen Trendsportarten öffnen und - im Zuge des demografischen Wandels - sich auch auf die sportlichen Bedürfnisse älterer Migrantinnen und Migranten einstellen. Nur so können sie künftig ihre Integrationsfunktion im Stadtteil wahrnehmen.

Ziel war es, ein Modell zu entwickeln, wie Sportvereine (ähnlich wie Schulen) in besonders benachteiligten Stadtteilen ihre „eigentliche“ Funktion zivilgesellschaftlich erweitern können, und zwar im Eigeninteresse: Denn nur dies sichert die Nachhaltigkeit des Vorhabens: Wenn die Vereine erkennen, dass ein solches Modell ihnen nur Vorteile bringt (mehr Mitglieder, zufriedener Kunden) werden auch andere Vereine diesem Beispiel folgen.

II.3 Projektgruppe Logistik und Dienstleistung (PROLOG)

Die Projektgruppe Logistik und Dienstleistung (PROLOG) ist 1998 von Mitgliedern des Rhein-Ruhr-Instituts gegründet worden. Das Arbeitsfeld von PROLOG war zunächst der Dienstleistungssektor mit einem Schwerpunkt in der Logistik, daneben aber auch in den Feldern Migration und Altenhilfe. Das Projektvolumen und das Spektrum der Tätigkeiten haben sich ständig erweitert. Neben internationalen Projekten beschäftigt sich die Forschungsgruppe mit aktuellen Problemen der Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehören sowohl die Übergänge an der Schwelle Schule-Beruf als auch ältere Erwerbspersonen sowie das Thema Gender. Das Feld Migration gehört nach wie vor zu den zentralen Arbeitsfeldern. In verschiedenen Logistikprojekten kooperiert PROLOG mit dem Bundesverband der Transportunternehmen (BVT). Seit Januar 2008 werden die Themenfelder Gender und Migration von der Projektgruppe B&C bearbeitet.

PROLOG besteht aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit zum Teil langjähriger Projekterfahrung in den Bereichen Forschung, Weiterbildung und Organisationsberatung. Die Projektgruppe bietet ein breit gefächertes Paket wissenschaftlicher Dienstleistungen an. Dazu gehören Forschung, Beratung, Weiterbildung, wissenschaftliche Begleitung von Praxisprojekten sowie Publikationsdienstleistungen. Beim Zuschnitt unserer Projekte legen wir Wert auf sehr enge Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern außerhalb des Instituts. Unsere Erfahrungen zeigen, dass es wesentlich effektiver ist, Partnerschaften nicht nur – wie häufig üblich – über Beiräte und Workshops zu organisieren, sondern sie direkt im Projektteam zu institutionalisieren. Solche Projektzuschnitte sind organisatorisch nicht immer einfach, für die Praxisrelevanz der Ergebnisse aber sehr lohnend.

Leiter der Projektgruppe: Dr. Hans Uske

Weitere Mitglieder der Projektgruppe: Ursula Kreft, Elke Stolpe

Frühere Mitglieder der Projektgruppe (2004-2007): Dipl. Soz. Wiss. Inga Conteh, Dipl. Soz. Wiss. Türkan Yilmaz, Dagmar Wäscher, Stud. ök Idil Al-Atat

Erstellung einer Branchen- und Ausbildungspotentialanalyse für das JOBSTARTER-Projekt „Zukunft Ausbildung“ der Stadt Mülheim (2009)

Hans Uske

Im Rahmen des JOBSTARTER-Projektes führt das RISP eine wissenschaftliche Branchen- und Ausbildungsplatzpotenzialanalyse durch. Die Analyse soll Aufschluss über entsprechende Potenziale und Sichtweisen von kleinen und mittleren Unternehmen in den Bereichen „Handwerk“ und „Einzelhandel“ in Mülheim geben. Sie soll zudem mögliche Erfolgsfaktoren für die Akquisition von zusätzlichen Ausbil-

dungsstellen in diesem Feld benennen und als Nebeneffekt ein aktivierendes Element in der Gesamtstrategie des JOBSTARTER-Projektes darstellen.

Kulturkompetente Pflege in Ausbildung und Praxis (KAP) (2009-2012)

Ursula Kreft, Hans Uske

Die Projektgruppe Logistik und Dienstleistung übernimmt die wissenschaftliche Begleitung des vom maxQ im bfw-Fachseminar für Altenpflege durchgeführten Projektes. Das Projekt will die Implementation kulturkompetenter Pflege in die Ausbildung der Altenpflege und der Altenpflegehilfe in Castrop-Rauxel fortsetzen und verbessern. Konkret werden folgende Ziele verfolgt:

Das Projekt will eine seit Jahren im Rahmen von XENOS-Projekten aufgebaute kulturkompetente Ausbildungspraxis im Bereich der Altenpflegeausbildung und der Altenpflegehilfeausbildung fortsetzen und gleichzeitig erweitern bzw. verbessern. Folgende Ziele werden angestrebt:

1. Kulturkompetenz in der Altenpflegeausbildung soll ergänzt werden durch Trainings zur sozialen Kompetenz, die dabei helfen sollen, fremdenfeindliche Vorurteile der Schülerinnen und Schüler abzubauen. Eine kulturkompetente Pflege ist nur dann möglich, wenn die Pflegenden Toleranz und Respekt gegenüber ihren künftig zu Pflegenden an den Tag legen.
2. Die SchülerInnen sollen sensibilisiert werden für eine transkulturelle Haltung. Lebenswelten und soziale Netzwerke von Migrantinnen und Migranten sollen anhand von Exkursionen erkundet werden.
3. Das Theorie-Praxis-Gefälle soll vermindert werden. Kulturkompetente Pflege war bis vor kurzem weitgehend Theorie, weil noch nicht viele Migrantinnen und Migranten pflegebedürftig waren. Das hat sich in den letzten Jahren geändert. Im nördlichen Ruhrgebiet sind Pflegedienste und auch stationäre Altenhilfeeinrichtungen (Altenheime) entstanden, die genau auf diese Marktanforderungen reagiert haben. Weitere sind in Gründung. Die Erfahrungen und Konzepte dieser Pflegedienste soll in den Unterricht hineingeholt werden. Wir wollen einen Arbeitskreis mit Praktikern bilden, um die Ausbildung auch in diesem Punkt praxistauglicher zu machen.
4. Den (wechselnden) Lehrkräften muss die Sinnhaftigkeit von Kulturkompetenz für den Unterricht in der Altenpflegeausbildung und der Altenpflegehilfeausbildung stärker nahe gelegt werden. Hierzu soll ein „Set“ aus verschiedenen Bausteinen (persönliche Ansprache, geeignete Informationsmaterialien, Workshops, Fortbildung, Beratung bei Problemen im Unterricht) entwickelt und institutionalisiert werden.

5. Ein Modul für den Unterricht zur „kultursensiblen Kommunikation“ soll entwickelt werden.

Präventiver Gesundheitsschutz in der IT-Branche (ITG) (2007-2010)

Hans Uske, Ursula Kreft

Ziel des Vorhabens ist es, zusammen mit Partnern aus Unternehmen, Verbänden, Gewerkschaften und Weiterbildungsträgern Interventionsstrategien für einen präventiven Gesundheitsschutz in der IT-Branche zu entwickeln. Dies soll regional geschehen (Nordrhein-Westfalen mit Schwerpunkt auf dem Münsterland und dem nördlichen Ruhrgebiet). Es geht um jeweils passgenaue Konzeptentwicklungen für drei Branchensegmente:

1. große und mittlere IT-Unternehmen, die insbesondere Industriekunden unterstützen, für sie entwickeln und ihnen einen Wartungsservice bieten;
2. IT-Abteilungen in größeren Unternehmen verschiedener Branchen, die sich als Service- oder Entwicklungsabteilungen etabliert haben;
3. kleine und kleinste und Ein-Personen-IT-Unternehmen.

Der Verbund der Projektpartner soll im Projektverlauf noch um weitere Akteure (z. B. Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, weitere Unternehmen etc.) erweitert werden.

Wir verfolgen zwei zentrale Projektziele:

1. Die nachhaltige Implementation von Präventionspraxis in der IT-Branche der Region;
2. zusammen mit den Partnern aus der Fokusgruppe die Entwicklung eines Implementationsmodells für die Wissensökonomie.

Bausteine zur Entwicklung kulturkompetenter Pflege (2007-2008)

Hans Uske, Ursula Kreft, Türkan Yilmaz

In dem Projekt sollen Module entwickelt werden, die als Bausteine in ein Gesamtkonzept für eine kulturkompetente Pflegeausbildung integriert werden sollen. Damit knüpfen wir an unser im Februar 2007 beendetes XENOS-Projekt an, in dessen Rahmen wir Unterrichtsmodule für die Altenpflegeausbildung entwickelt und erprobt haben.

Bei dem laufenden Vorhaben sollen zwei neue Dinge entwickelt werden:

1. Seit einiger Zeit ist es möglich, mit dem erfolgreichen Abschluss einer einjährigen Ausbildung zum/r Altenpflegehelfer/in eine dreijährige Altenpflegeausbildung zu beginnen. Damit steht dieser zukunftsreiche Beruf auch Hauptschulabgänger/innen offen. Gerade für arbeitslose Jugendliche mit niedrigeren Bildungsabschlüssen eröffnet sich damit eine beruflich attraktive Alternative. Wichtig wäre es, auch in diese einjährige Ausbildung „Kulturkompetenz“ als Qualifikationsbestandteil zu integrieren. Denn die Kunden und Klienten in der Altenpflege sind zunehmend auch Menschen mit Migrationshintergrund. In dem Projekt wollen wir die Unterrichtsmaterialien, die wir im vorherigen XENOS-Projekt erarbeitet haben – mit den Modulen „Kultur“, „Migrationsgeschichte“, „Schmerz“, „Kulturkompetente Pflege“, „Migration und Krankheit im Alter“, „Migration und psychische Erkrankungen im Alter“, „Demenz und Migration“ den Gegebenheiten einer einjährigen Pflegehilfeausbildung anpassen. Dies soll dann im Unterricht erprobt werden. Zielgruppe sind arbeitslose Jugendliche mit niedrigen Bildungsabschlüssen, häufig mit Migrationshintergrund.

2. Im Gesundheitswesen sind Patienteninformationen ein wichtiges Hilfsmittel zur Bewältigung von Krankheiten und Behinderungen. Hierzu gehören auch Infos für pflegende Angehörige. In der Regel sind diese Informationen aber zugeschnitten auf deutsche Klienten mit mittleren oder höheren Bildungsgraden. Betroffene, die diese Bildungsvoraussetzungen nicht haben und viele Menschen mit Migrationshintergrund, die sprachliche Schwierigkeiten haben, sind von diesen wichtigen Informationen häufig faktisch ausgeschlossen.

In diesem zweiten Projektbaustein wollen wir vorhandenes Informationsmaterial sichten und daraufhin überprüfen, wie geeignet diese Materialien für diese Zielgruppe sind. In Form eines Projektunterrichtes sollen dann diese Materialien Gegenstand des Unterrichts werden. Die Schülerinnen und Schüler sollen dabei sensibilisiert werden für den Umgang mit Kunden und Klienten aus dieser Zielgruppe.

Ausbilden im Stadtteil (AiS) (2007-2009)

Hans Uske, Ursula Kreft

Nach wie vor braucht Duisburg mehr Ausbildungsplätze, damit alle Duisburger Jugendlichen, die dies wollen, nach der Schule einen Ausbildungsplatz finden. Ausbildung bedeutet Zukunft, sowohl für die Jugendlichen als auch für die Betriebe und somit für den gesamten Stadtteil. Qualifiziertes Personal sichert die Zukunft der Unternehmen und ihre künftige Wettbewerbsfähigkeit. Schon heute gibt es in manchen Branchen Fachkräftemangel. Der demografische Wandel wird diesen Trend noch verstärken. Andererseits: Gerade für kleine Unternehmen kann Ausbildung zum Abenteuer werden. Da ist vieles zu beachten. Ist das Unterneh-

men überhaupt ausbildungsfähig? Was ist mit dem bürokratischen Aufwand? Findet man überhaupt die oder den passende(n) Auszubildende(n)? Was kostet das alles? Unsere Vermutung ist: Viele Unternehmen, die dies bisher nicht tun, könnten ausbilden, wenn sie dabei besser unterstützt würden. Die bisherigen Angebote sollen daher durch ergänzende stadtteilnahe Angebote erweitert werden. Das unmittelbare Umfeld der Unternehmen wird dabei mit einbezogen. Das Projekt „Ausbilden im Stadtteil“ will das Ausbildungsklima in den Stadtteilen der „Sozialen Stadt“, Hochfeld, Beeck, Marxloh und Bruckhausen verbessern und Angebote zur Unterstützung der dortigen Betriebe machen. Wir gehen bewusst in die Stadtteile, in denen Jugendliche es besonders schwer haben, einen Ausbildungsplatz zu finden.

In den Stadtteilen der „Sozialen Stadt“ ist in den letzten Jahren viel erreicht worden. Mit viel bürgerschaftlichem Engagement und Unterstützung von Stadt, Land, Bund und der EU haben die Stadtteile es geschafft, die Probleme im Stadtteil anzugehen und dabei nicht nur auf Hilfe von außen zu warten, sondern die eigenen Ressourcen zu mobilisieren. In Hochfeld, Beeck, Bruckhausen und Marxloh gibt es „Runde Tische“, bei denen aktive Bürgerinnen und Bürger Probleme und Chancen ihrer Stadtteile diskutieren, Veranstaltungen organisieren, sich positiv einbringen. Es gibt Netzwerke von Initiativen und Vereinen, die sich für den Stadtteil und seine Menschen engagieren. Diese Infrastruktur wollen wir für das Projekt „Ausbilden im Stadtteil“ nutzen. Wir wollen Ausbildung zum Thema machen. Wir wollen gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern vor Ort überlegen, was getan werden kann, um die Zahl der Ausbildungsplätze in den Stadtteilen zu erhöhen. In allen vier Stadtteilen sollen „Lokale Bündnisse für Ausbildung“ entstehen.

Arbeitsbereich III: Kultur, Medien und Interkulturelle Kommunikation

analysiert den Zusammenhang von Medien- und Gesellschaftsentwicklung und konzentriert sich auf Aspekte des institutionellen, organisatorischen und inhaltlichen Wandels der Medien. Darüber hinaus befasst sich dieser Arbeitsbereich mit den aktuellen Problemen und Herausforderungen interkultureller Kommunikation sowie den Fragen des Kulturwandels.

III.1 Forschungsgruppe Politik und Kommunikation (PuK)

Die Forschungsgruppe Politik und Kommunikation (PuK) besteht seit der Gründung des RISP im Jahre 1980 und war bis 2002 eng mit dem Lehrstuhl von Prof. Dr. Heribert Schatz an der Universität Duisburg verbunden. Der Arbeitsschwerpunkt der Gruppe liegt in der Medienstruktur- und -inhaltsanalyse sowie der Rezeptions- und Nutzungsforschung, insbesondere im Bereich Fernsehen. In den 1980er und 90er Jahren wurden in der Forschungsgruppe vor allem Untersuchungen zur Veränderung des Programmangebotes des öffentlich-rechtlichen Fernsehens in Deutschland durchgeführt. Mal für Mal bestätigten sie die in verschiedenen Publikationen der Gruppe entwickelte "Konvergenzthese", wonach sich die Programme von ARD und ZDF unter dem Konkurrenzdruck der privaten Fernsehanbieter immer mehr deren Standards für eine massenattraktive, Einschaltquoten sichernde Programmgestaltung annäherten.

In den letzten Jahren stehen im Rahmen von Untersuchungen zur Medienkultur/Mediengesellschaft u.a. Fragen des Öffentlichkeitswandels im Zusammenhang mit der wachsenden Verbreitung fiktionaler Unterhaltungsangebote im Mittelpunkt des Forschungsinteresses.

Aufgrund von Vertretungsprofessuren findet die Arbeit der Projektgruppe am RISP in den letzten Jahren nur eingeschränkt statt.

Leiter der Forschungsgruppe: Prof. Dr. Udo Göttlich

Auf dem Weg zur Unterhaltungsöffentlichkeit? Zur Rolle kultureller Öffentlichkeiten in der Zivilgesellschaft

Udo Göttlich

Die Zukunft der Öffentlichkeit gilt einmal mehr als unsicher. Aus der Perspektive normativer Öffentlichkeitstheorien sind es die Funktionen öffentlicher Kommunikation, die durch die immer stärkere Verbreitung und Ausweitung unterhaltender sowie expressiver Kommunikationsformen und -foren mit ihren spezifischen Nutzungsweisen drohen, beeinträchtigt zu werden.

Eine Unterstützung erhält diese Auffassung auch von einer anderen, in der Kommunikationswissenschaft eigentlich seltener konsultierten Position, der Kulturindustriekritik Adornos. Jüngere Positionen in den Cultural Studies äußern sich nun nicht nur vermehrt kritisch gegenüber den offensichtlichen Verkürzungen der Kulturindustriekritik. Sie gehen auch auf andere Art an den Öffentlichkeitswandel heran, der sich aus dem medien- und populärkulturellen Wandel ergibt bzw. mit diesem einstellt. Da Öffentlichkeit als Horizont gesellschaftlicher und kultureller Selbstvergewisserung gilt und im Modus der kollektiven Erfahrungsvermittlung ge-

dacht wird, ist damit eine Herausforderung gegeben, die nach Lage der Dinge weiter zu analysieren ist.

Die Frage nach der Ausbildung einer "Unterhaltungsöffentlichkeit" bzw. der Rolle kultureller Öffentlichkeiten in der Zivilgesellschaft möchte darauf aufmerksam machen, dass die bestehende Ausblendung der Unterhaltungskommunikation in der Öffentlichkeitstheorie die Gefahr einschließt, den veränderten Stellenwert unterhaltender Angebote bei der Meinungsbildung nicht entsprechend berücksichtigen zu können. Die sich für eine vertiefende mediensoziologische Behandlung mit dem Problem der kulturellen Öffentlichkeiten ergebenden Fragestellungen sind im Horizont aktueller zeitdiagnostischer Konzepte zu verorten und zu behandeln, die sich als Erlebnis-, Spaß-, Inszenierungs- oder auch als Multioptionsgesellschaft darstellen.

III.2 Forschungsgruppe Migration und interkulturelle Kommunikation (mikom)

I. Forschungsbereiche und Aufgabenfelder

Die im Jahre 2001 im RISP neu gegründete Forschungsgruppe Migration und interkulturelle Kommunikation (mikom) befasst sich im weitesten Sinne mit Fragen des interkulturellen und interreligiösen Zusammenlebens aus der Perspektive der Bildungs-, Geistes- und Gesellschaftswissenschaften. Im Mittelpunkt stehen dabei die vier Forschungsbereiche: Migration und Integration, Interkulturelle Pädagogik und Qualifizierung, Religionspolitologie und kulturelle religiöse Konfliktforschung sowie internationale Hochschulforschung. Im Rahmen dieser vier Forschungsbereiche werden im Einzelnen die folgenden Aufgabenfelder bearbeitet:

- Europäische und regionale Migrations- und Integrationsforschung
- Interkulturelle Pädagogik im inner- und außerschulischen Bildungsbereich einschließlich religiöser und beruflicher Integrationsförderung
- Interkulturelle Qualifizierung von Lehrern und Lehrerinnen aller Schulformen und von sozialpädagogischen Fachkräften in Kooperation mit Bildungsträgern
- Empirische Begleitforschung und Evaluation von kommunalen und regionalen Maßnahmen für kulturelle religiöse, d. h. interkulturelle und interreligiöse Eingliederungs- und Lernprozesse
- Empirische Religionspolitologie und kulturelle religiöse Konfliktforschung
- Religionspolitologische und kulturelle religiöse Politikberatung
- Universitäre Lernkulturen im internationalen Vergleich; Europäische Vernetzung von interkulturellen Studienprogrammen

Bei allen Forschungsbereichen und Aufgabenfeldern liegt der Schwerpunkt der Tätigkeiten eindeutig in der anwendungsorientierten Forschung. Die Durchführung von Forschungsprojekten erfolgt daher jeweils in enger Kooperation mit Migrantenorganisationen und Religionsgemeinschaften sowie mit kommunalen bzw. regionalen Partnern aus Wirtschaft, Verwaltung, Politik, Bildung und Kultur. Die Entwicklung, Erprobung und Durchführung kulturelle religiöser Qualifizierungsmaßnahmen im inner- und außerschulischen Bildungsbereich erfolgt auf der Basis von empirischen Befragungen, um gewährleisten zu können, dass dabei die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt werden.

II. Kulturelle religiöser Hintergrund und religionspolitologischer Forschungsansatz

Während Europa traditionell zwischen säkularer und religiöser Kultur schwankt, ist in den USA und im größten Teil der Welt die Bevölkerung mehrheitlich religiös.

Internationale Konflikte bestehen daher u. a. zwischen dem europäischen Säkularismus, der Zivilreligion der USA und der politischen Religion des Islamismus. Jedoch ist der kulturellreligiöse Konflikt zwischen Europa und dem Islamismus nicht nur ein außenpolitischer, sondern zugleich ein innereuropäischer Konflikt zwischen dem Islamismus und dem modernen Verfassungsstaat. In vielen europäischen Gesellschaften, so auch in der Bundesrepublik, sind Spannungen zwischen traditionellen Muslimen und dem pluralistischen Modell der Gesellschaft zu beobachten. Selbstredend sind dies nicht die einzigen Konflikte in unserer Gesellschaft.

Die Verknüpfung, Vermischung oder Vereinheitlichung von säkularen mit religiösen Wirklichkeitsinterpretationen bei Phänomenen des politisch-religiösen Extremismus sind heute zwar wohl bekannt. Indes gilt dies nicht nur für den politisch-religiösen Fundamentalismus, bei dem diese Zusammenhänge evident und mittlerweile unumstritten sind. Vielmehr betrifft dies auch den so genannten Links- und Rechtsextremismus. Kulturellreligiöse Konflikte, die durch Materialismus und Pleonexie, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Transzendenzskepsis, Antireligiosität und Islamophobie, oder durch Re-Ethnisierung, Segregation, politisch-religiösen Fundamentalismus, bildungsferne Weltfremdheit und exklusive Gottesbegeisterung hervorgerufen werden, bedingen sich zumeist gegenseitig und gefährden so das gesellschaftliche Zusammenleben. Mentale und religiöse Differenzen unter Bürgerinnen und Bürgern führen insbesondere dann zu Konflikten, wenn sie durch exkludierende Nationalismen und integralistische Glaubenslehren fundiert werden. Auf der Grundlage partikularer Selbst-, Gesellschafts- und Weltdeutungen entstehen polarisierende Gegenüberstellungen von vermeintlich Gläubigen und Ungläubigen, von säkularer und religiöser Kultur. Durch positive Selbst- und negative Fremdkulturalisierung werden nationale und ethnisch-religiöse, vermeintlich homogene Kollektivgemeinschaften wie fundamental-dramatisierte Differenzen und Spaltungslinien konstruiert. Auf diese Weise werden exklusive Zugehörigkeiten imaginiert, die leicht zu Diffamierung, Dämonisierung und Ausgrenzung führen können.

Die sozialwissenschaftlichen Erklärungsversuche, die in der Vergangenheit zumeist die ökonomische und soziale Desintegration in den Mittelpunkt der Erforschung von Fremdenfeindlichkeit und Fundamentalismus stellten (vgl. u. a. W. Heitmeyer „Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland“, Ffm. 1997), greifen zu kurz. Doch gilt dies auch für kulturwissenschaftliche Forschungsansätze. Wer wie Samuel Huntington soziale Fragen ausklammert, die Kulturen mit den großen Weltreligionen identifiziert und allein in diesen die Hauptursache interkultureller Konflikte sieht (vgl. Kampf der Kulturen, München und Wien 1997, S.52), fragt nur unzureichend nach den konkreten Glaubensformen und säkularen Wertorientierungen der Menschen innerhalb einer Kultur. Die Ursache interkultureller oder interreligiöser Konflikte wird zudem aprioristisch im

Glauben bzw. spezifischen Glaubensformen verortet, während säkulare Selbst- und Weltdeutungen unbeachtet bleiben und somit im Vorhinein exkulpiert werden. Den gegenwärtigen Herausforderungen angemessener sind Konzepte von Interkulturalität und Interreligiosität, die den Zusammenhang von Religion und Gewalt nicht ausblenden, darüber hinaus jedoch den Topos der Kultur weiter fassen als das Zusammenspiel von säkularer Vernunft und Religion, wie z. B. Ratzinger, und somit auch in der Lage sind, die Frage aufzuwerfen, ob diese „sich gegenseitig begrenzen und je in ihre Schranken weisen und auf ihren positiven Weg bringen“ können (Werte in Zeiten des Umbruchs – Die Herausforderungen der Zukunft bestehen, Freiburg 2005, S. 32).

Im gegenwärtigen Prozess der globalen Begegnung und Durchdringung der Kulturen hängt die Frage nach einer ethischen Grundlage für ein kulturelles, d. h. interkulturelles und interreligiöses Miteinander nicht nur davon ab, ob es zwischen den kulturellen Räumen der Welt zu einer polyphonen Korrelationalität von Vernunft und Religion, säkularen Weltansichten und der Vielfalt der Glaubensformen kommt. Weil es auch innerhalb der kulturellen Räume keine Einheitlichkeit gibt, gilt dies vielmehr auch für die europäischen Gesellschaften. Es kommt darauf an, die gegenwärtigen Pathologien in den Religionen wie die Hybris der säkularen Weltanschauungen, gleichermaßen erkannt, zu kontrollieren. Um die Chancen und Gefährdungen der demokratischen, plural-religiösen Kultur zu verstehen, müssen daher die von den Menschen je geglaubten Existenz- und Weltdeutungen – seien sie primär religiöser oder säkularer Ausrichtung – empirisch erforscht und die vor Ort gewonnen Befunde in praktische Modellvorhaben einbezogen werden. Eine differenzierte Vorgehensweise ist notwendig, um einerseits der fundamentalistischen und fremdenfeindlichen Dramatisierung und andererseits der Verharmlosung der Herausforderungen und Probleme entgegenzuwirken, die sich aus dem interkulturellen und plural-religiösen Zusammenleben ergeben können.

Um den politischen und gesellschaftlichen Akteuren vor Ort kulturelles Handlungsalternativen jenseits rein ökonomischer, reaktiv-juridischer, säkular-kultureller oder interreligiöser Maßnahmen eröffnen zu können, ist ein neues Verständnis von Kultur erforderlich, das soziale Fragen nicht ausklammert und interkulturelle mit interreligiösen Ansätzen verknüpft. Wer den Topos der Kultur exklusiv in einem nur idealistischen oder lediglich materialistischen Sinne versteht, z. B. allein als Religion, bloß als Politik oder nur als Wirtschaft, ist mit diesem einseitigen Kulturverständnis bereits dabei, freiwillig oder nicht, einen Beitrag zum so genannten Kampf der Kulturen zu leisten. Wer hingegen den Topos der Kultur inklusiv als Religion, Politik und Wirtschaft etc. bestimmt, ist in der Gefahr, alle Bereiche des menschlichen Denkens und Tuns zu kulturalisieren und die relative Eigenständigkeit des religiösen, politischen und wirtschaftlichen Handelns zu unterschätzen. Die vermeintliche Substanz der Kultur ist weder – um den Streit zwischen Idealisten und Materialisten nicht fruchtlos fortzuführen – die Religion oder die Wirtschaft,

noch sind es – um den Streit zwischen exklusiven Reduktionisten und inklusiven Ideologen nicht zugunsten letzterer zu entscheiden – Religion, Politik und Wirtschaft. Im Sinne eines Modells der wechselseitigen Begrenzung und Abhängigkeit kommt es daher darauf an, Kultur nicht in einem substanziellen, sondern im grundbezogen-relationalen Sinne vor allem als das Verhältnis von Religion, Politik und Wirtschaft zu begreifen, wie es empirisch vorherrschend ist und ethisch sein sollte. Auf der Grundlage eines solchen Kulturverständnisses ist es zudem erforderlich, kulturreligiöse Bildungs- und Begegnungskonzepte zu entwickeln und zu erproben, nicht zuletzt, weil in der praktischen Kulturarbeit bisher oftmals die säkular orientierten Freunde der Aufklärung zumeist eben so unter ihresgleichen geblieben sind wie die Freunde der Religion. Während erstere vornehmlich den interkulturellen Dialog pflegten, blieben letztere im interreligiösen Dialog allzu oft unter sich. Wer indes Religion verkennt, kann Kultur nicht erkennen. Wer hingegen Kultur auf Religion reduziert, dem dürfte es schwer fallen, die relative Eigenständigkeit der säkularen Sphäre anzuerkennen.

Da bei Phänomenen wie Fundamentalismus, Nationalismus und Rassismus der Zusammenhang zwischen säkularer und religiöser Wirklichkeitsinterpretation evident ist, ist es in der kulturreligiösen Forschungspraxis unumgänglich, auch religionspolitologische Forschungsansätze aufzugreifen (vgl. Bärsch: Zweck und Inhalte der Religionspolitologie. In: ders. et.al.: Wer Religion verkennt, erkennt Politik nicht - Perspektiven der Religionspolitologie, Würzburg 2005).

Im Zentrum der Religionspolitologie steht der Zusammenhang zwischen dem Bewusstsein von Mensch, Gesellschaft und Geschichte und der Religiosität oder deren Negation. Erforscht wird deshalb auch nicht nur, „ob und wie die Menschen ihre Existenz religiös deuten“, sondern darüber hinaus, „ob sie ein religiöses Bewusstsein von der gesellschaftlichen Ordnung haben und ob ihre Entscheidungen über die Ordnung der Gesellschaft unbewusst durch ihre Religiosität beeinflusst werden“ (ebenda, S. 15).

Im Unterschied zu bisherigen Forschungen ist daher nicht die Religion allein der Gegenstand der Religionspolitologie, sondern das Verhältnis von Politik und Religion. Der religionspolitologische Forschungsansatz ist deshalb auch nicht primär an der Beziehung zwischen den Kollektivsubjekten ‚Staat‘ und ‚Kirche‘ – mit anderen Worten: der kollektiven Identität des ‚Staates‘ und der ‚Kirche‘ – orientiert. Denn die vorschnelle Verwendung des Begriffes ‚Staat‘ bzw. primäre Orientierung am Staat stünde im Widerspruch zu Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes. Nach Artikel 20 Absatz 2 Satz 1 ist nicht der ‚Staat‘ maßgebend, sondern das Volk: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ und (Satz 2): „Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt“. Das Volk wiederum ist mit der Kategorie des Pluralismus wahrzunehmen. Es besteht aus vielen voneinander zu unterscheidenden Menschen. Im Unterschied zu anderen Forschungskon-

zeptionen wird daher von der Religionspolitologie auch die Differenz zwischen Regierenden und Regierten berücksichtigt. Daraus folgt, dass nicht nur erforscht wird, wie die Bevölkerung das Verhältnis von Politik und Religion wahrnimmt, sondern auch erfasst wird, wie dieses Verhältnis von politischen Entscheidern und Parlamentariern gedeutet wird.

Von der Religionspolitologie wird also nicht nur die Religiosität der Menschen bzw. das erforscht, woran die Herrschenden und Beherrschten, die Regierenden und Regierten sowie die Befehlenden und Gehorchenden gemeinsam oder nicht (mehr) gemeinsam glauben. Die Besonderheit des religionspolitologischen Forschungsansatzes besteht vielmehr darin, dass vor allem nach der kulturellen und politischen Bedeutung der Religiosität (oder deren Negation) der Menschen für ihr jeweiliges Bewusstsein von der gesellschaftlichen Ordnung gefragt wird. Ausgehend von der religiösen ebenso wie der areligiösen Selbstwahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger kommt es der Religionspolitologie sowohl darauf an, zu ermitteln, welche politischen Implikationen die unterschiedlichen Formen ihrer Religiosität haben, als auch darauf an, herauszufinden, welche kulturelle und politische Bedeutung ihre Religionskritik oder Areligiosität haben, um darauf aufbauend eine religionspolitologische und kulturreligiöse Politikberatung etablieren und empirisch fundierte Bildungs- und Begegnungskonzepte für die Bevölkerung und politische Entscheider entwickeln und erproben zu können.

Jenseits der Frage, ob man für oder wider eine Religion oder gar die Religion ist, kann von der Religionspolitologie – was im Zeitalter der Mondialisierung von besonderer Bedeutung ist, da an immer mehr Orten der Welt Menschen mit unterschiedlichen Glaubensformen und säkularen Weltansichten leben und daher neue, interkulturelle und interreligiöse Regeln der Koexistenz finden müssen – erstmals in vergleichender Perspektive erfasst werden, wie Gläubige, Andersgläubige und Nicht-Gläubige das Verhältnis von Religion und Politik deuten. Weder Religion noch Religionskritik oder Säkularität werden dabei ausschließlich im Modus des Konflikts und eines erneuerten Kulturkampfes als Dispositive politisch oder religiös motivierter Gewaltbereitschaft wahrgenommen. Gefragt wird mithin sowohl danach, welche Inhalte des Glaubens als auch danach, welche Gehalte des säkularen Bewusstseins der demokratischen Kultur förderlich sind bzw. diese bereichern und welche Glaubens- oder säkularen Bewusstseinsformen abträglich sind, zu Fanatismus und Fatalismus tendieren und die politisch oder religiös motivierte Gewaltbereitschaft begünstigen. Ausgehend von einer Korrelationalität von Vernunft und Glaube kann sowohl danach gefragt werden, welche säkularen Deutungsmuster, als auch danach, welche Formen der Religiosität mit Fremdenfeindlichkeit einhergehen und das interkulturelle und interreligiöse Miteinander gefährden. Erstmals kann in vergleichender Perspektive erfasst werden, wie verbreitet einerseits religiöse Pathologien und andererseits säkulare Hybris sind. Denn gerade im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen der Integration kommt es

darauf an, nicht isoliert die – möglicherweise nicht vorhandene – Verfassungsloyalität z. B. von Muslimen (vgl. hierzu Brettfeld und Wetzels, *Muslime in Deutschland*, Hamburg 2007), sondern auch diejenige von Säkularisten zu erfassen. Erst in vergleichender Perspektive kann eine politische Gewichtung der Befunde vorgenommen werden, die sich nicht leichtfertig dem Vorwurf der Dramatisierung oder Verharmlosung aussetzt.

Um die Chancen und Gefährdungen der freiheitlich-demokratischen und plural-religiösen Kultur heute erkennen zu können, ist es erforderlich, die sozialdominanten Selbst-, Gesellschafts- und Weltdeutungen der Bürgerinnen und Bürger – seien diese primär religiöser oder säkularer Ausrichtung – empirisch zu erforschen und die wahrscheinlichen Folgen dieser Deutungen für das kulturelle Mit- oder Gegeneinander bzw. deren jeweilige Vor- und Nachteile für ein gelingendes Miteinander herauszustellen. Es kommt je nach kultureller Konstellation und empirischer Verbreitung darauf an, sowohl den fundamentalistischen und fremdenfeindlichen Dramatisierungen als auch der pseudo-liberalen Verharmlosung der Herausforderungen entgegenwirken zu können, mit denen gegenwärtig auf das interkulturelle und plural-religiöse Mit-, Neben-, Durch- und Gegeneinander reagiert wird.

Zwecks Grundlegung einer präventiv ausgerichteten Politikberatung ist es nicht zuletzt erforderlich, auch die Wechselbeziehungen von Gläubigen zu Andersgläubigen und Nicht-Gläubigen zu erfassen. Denn damit kann ein Beitrag zu einer nicht allein reaktiven, sei es nun juristisch oder polizeilich, sondern präventiv ausgerichteten religionspolitologischen Politikberatung geleistet werden, die auf eine Förderung des kritisch-loyalen Bewusstseins der Bürgerinnen und Bürger sowohl für die politischen Implikationen ihrer Religiosität als auch für die religiösen Implikationen ihres politischen Handelns abzielt, zumal das Bewusstsein für die religiösen Implikationen säkularer Selbst- und Weltdeutungen mäßig ausgeprägt ist. Unter den Bedingungen des religiösen und weltanschaulichen Pluralismus in (post)säkularen Gesellschaften, in denen der Glaube an Gott zu einer Option neben vielen anderen geworden ist, erfordert eine lebendige Verfassungskultur einen zivilen Wettbewerb der Weltansichten und Wettstreit um Werte unter den gläubigen, andersgläubigen und nichtgläubigen Bürgerinnen und Bürgern um die Vor- und Nachteile religiöser und säkularer Selbstdeutungen. Darum ist es, auch aufgrund der praxisorientierten Zielsetzung unserer Forschungen, notwendig, weder die Religiosität noch die Areligiosität der Bürgerinnen und Bürger vorschnell zu bewerten, sondern zunächst einmal empirisch nachzuvollziehen und zu verstehen. Nur wenn die religiösen, religionskritischen und areligiösen Motive und Voraussetzungen ihrer politischen Entscheidungen eruiert werden, können darauf basierend religionspolitologische und kulturreligiöse Politikberatungs- und Bildungskonzepte entwickelt werden, die das gegenwärtige Bewusstsein der Menschen, wie sie sich selbst und ihre gesellschaftliche Existenz wahrnehmen und deuten, und ihre jewei-

ligen Handlungsorientierungen zum Ausgangspunkt nehmen. Da eine Politikberatung empirisch fundierte Kenntnisse voraussetzt, wie sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch Mandatsträger und Parlamentarier das Verhältnis von Politik und Religion wahrnehmen, sind stets auch die Regierenden, also politische Entscheidungsträger, in die Forschungen und Projekte mit einzubeziehen.

Im Hinblick auf das stets relevante Problem der Konstituierung kollektiver Identität – mag sie als vernünftig oder unvernünftig gelten – wird mit Hilfe der Kategorien Differenz, Negation, Inklusion oder Exklusion deutlich, wie es zu einer Verknüpfung von Politik und Religion kommen kann und welche Folgen wiederum wahrscheinlich sind. Mit anderen Worten: wenn Menschen aufgrund ihrer religiösen Weltanschauung zu der Überzeugung gelangen, dass zur Herstellung ihrer eigenen Identität die Negation des anderen zwingend erforderlich ist, so hat dies in jedem Fall politische Folgen. Es kann sein, dass eine Zivilreligion das Gebot der Gleichheit aller Menschen und Gesellschaften vor Gott enthält. Es ist hingegen auch möglich, dass sich positive Selbstbestimmung und negative Fremdbestimmung wechselseitig ergänzen. Wird z. B. bei einer politischen Religion an einen Kampf zwischen Gott und dem Bösen geglaubt und ist die exklusive Beziehung zwischen Gott und dem eigenen Kollektiv konstitutiv für die kollektive Identität, so muss die Differenz zu den Mitgliedern anderer Kollektive nicht nur den Charakter der Negation haben; sondern es kann fest daran geglaubt werden, dass das jeweils andere Kollektiv vom Bösen unterminiert ist und deren Mitglieder bekämpft oder sogar vernichtet werden müssen. Im Anschluss an die Forschungsergebnisse von Claus-E. Bärsch (vgl. ders., Die politische Religion des Nationalsozialismus, München 2002) schlagen wir folgende allgemeine Merkmale zur Kennzeichnung einer Pathologie des Religiösen vor:

1. Der unerschütterliche Glaube an die Übereinstimmung des jeweils eigenen, konkreten Willens mit dem Willen Gottes.
Die Grundlagen solchen fundamentalen Größenwahns sind das vermeintliche Wissen, zu dem allmächtigen Gott eine außerordentlich-unmittelbare Beziehung zu besitzen, Gott im eigenen Selbst zu haben sowie an die Gottgleichheit der eigenen Seele oder des eigenen Kollektivs zu glauben.
2. Der Glaube an die vom Satan oder dem Teufel bewirkte Personifikation des metaphysisch Bösen im einzelnen Menschen oder in menschlichen Kollektiven.
3. Der Glaube, zukünftiges Heil schon in dieser Welt durch die Vernichtung der Bösen durch menschliche Taten herbeiführen zu können oder zu müssen.
Dies hat eine fatale Konsequenz: der total heilige Zweck der zukünftigen Erlösung vom Bösen heiligt alle Mittel. Darüber hinaus ist die Vernichtung der Bösen nicht nur eine Option, sondern wird zum Zwang.

In der religionspolitologischen Forschung geht es indes nicht nur um die empirische, historische und theoretische Erforschung politischer Aussagen und Symbole

in Glaubensformen, Religionen und Theologien. Gegenstand des Interesses sind auch religiöse Implikationen politischer Ideen, säkularer Handlungen und Ordnungen. Ein Verständnis kulturellreligiöser, d. h. vor allem politisch-religiöser oder religiös-politischer Konflikte ist heute nur möglich, wenn bei säkularen Weltdeutungen die religiösen Implikationen ebenso beachtet werden wie bei religiösen Selbstdeutungen die säkularen.

Es gilt daher zu berücksichtigen, dass politisch-religiöse oder religiös-politische Konflikte und Kulturkämpfe auch aus vordergründig säkularen Selbst-, Gesellschafts- und Weltdeutungen resultieren können. Dies ist z. B. dann der Fall, wenn innerweltliche Bezugspunkte an die Stelle von transzendentelem Sein und Seinsgrund gerückt und kryptoreligiös oder traditionelle Religionen substituierend verabsolutiert werden. Wenn die eigene Existenz beispielsweise allein autonom, lediglich sozionom oder nur physionom gedeutet wird, führt dies leicht dazu, dass auch die politischen Handlungsmöglichkeiten und -grenzen entweder grob über- oder aber unterschätzt werden. Die Pluralität und wechselseitige Ergänzung wie Begrenzung der Grundwerte der Verfassung kann dann nicht mehr erkannt werden. Es kann in Extremfällen sein, dass die Meinung vertreten wird, dass entweder das Leben des Einzelnen durch die Gesellschaft, in der man lebt, oder durch die Tradition und Geschichte des Volkes, dem man sich zurechnet, oder aber durch die Gesetze der Natur bzw. physischen Welt vollständig bestimmt sind oder werden sollten. Es ist indes auch möglich, dass das Selbstbewusstsein der Menschen nicht ausschließlich in Abhängigkeit von ihrem Bewusstsein von Gesellschaft, Geschichte oder Welt und Natur bestimmt wird. Vielmehr kann diesen Haltungen entgegengesetzt die Meinung vertreten werden, dass der Mensch frei von allem sei und sein Leben in jeder Hinsicht selbst bestimmen könne und solle, wenn er es nur wolle und durch andere nicht daran gehindert werde.

Wie dem auch sei: Aus der Perspektive der Religionspolitologie gilt es zu bedenken, dass im malumtypologisch zugespitzten Sinne Welt und Existenz – je nachdem ob diese religiös oder säkular gedeutet werden, ob Gott, Götter, überirdische Wesen oder höhere Mächte, der einzelne Mensch, die Gesellschaft oder die Natur das Kristallisationszentrum der Realitätsauffassung bilden – allein theo-, auto-, sozio- oder physionom gedeutet werden können. Im Extremfall könnte es sein, dass beispielsweise geglaubt wird, Gott sei jenseits der Welt ohne jedweden Bezug zu einer für den Menschen ganz bedeutungslosen Welt. Wenn geglaubt wird, dass diese eher früher als später untergehen werde, dann liegt der Gedanke nahe, dem Fall dessen, was ohnehin in seiner Hinfälligkeit und Verdorbenheit dem Untergang geweiht sei, tatkräftig nachzuhelfen. Es kann aber auch die Meinung vertreten werden, dass der letzte Grund nur in der Welt, in Teilen der Welt oder im eigenen Selbst zu verorten sei. Es muss, mit anderen Worten, einerseits damit gerechnet werden, dass der Glaube an eine Bestimmung durch Gott die Gläubigen dazu verführt, die Selbstbestimmung der Menschen in kultureller, ge-

sellschaftspolitischer und ökonomischer Hinsicht zu substituieren; und andererseits damit, dass die Grenzen der Selbstbestimmung übergangen oder die Abhängigkeit von der Natur im Übermaß hervorgehoben wird, indem man sich dem Bewusstsein und Gefühl „schlechthinniger Abhängigkeit“ (Schleiermacher 1889, 27) bzw. dem, „was uns unbedingt angeht“ (Tillich 1956, 19ff.), verschließt.

Es muss jedoch nicht nur damit gerechnet werden, dass eine unvollständige, nicht allen Seinsdimensionen und Daseinssphären gegenüber offene Selbstdeutung ausgebildet wird und damit die Handlungsmöglichkeiten grob über- oder unterschätzt werden. Vielmehr dürfte es im Zeitalter der Globalisierung eher selten der Fall sein, dass im gänzlich ohne Kenntnis anderer Glaubens- und Weltanschauungsformen die eigene Existenz auf nur eine oder wenige Dimensionen reduziert gedeutet wird. Da die rigide Apperzeptionsverweigerung in Anbetracht der weltweiten Vernetzung der Menschen eher die Ausnahme, und das Befremden, die Geringschätzung oder Abwertung als Kompensationsstrategie eher die Regel sein dürfte, muss heute vor allem damit gerechnet werden, dass politisch-religiöse Konflikte aus einer bestimmten Konnexität von erfahrenen oder konstruierten Glaubens- und Existenzdeutungsdimensionen und seltener aus einseitig-reduktionistischen Weltanschauungen ohne ausdrücklichen Bezug auf andere resultieren. Wenn Weltanschauungsdifferenzen verstärkt zur Kenntnis genommen und damit bisherige Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt werden, dürfte es vor allem dann zu Konflikten kommen, wenn in Reaktion hierauf vermeintliche oder tatsächliche Differenzen nicht mehr schlicht verleugnet und ausgeblendet werden, sondern wenn diese - zum Zwecke der Stabilisierung bisheriger Selbstverständlichkeiten bzw. der Wiederherstellung der Geschlossenheit und Homogenität der eigenen Weltanschauung - einseitig oder gar wechselseitig fundamentalisiert und auf vermeintlich homogene Kollektive bezogen werden und ein Prozess der positiven Selbst- und der negativen Fremdkulturalisierung in Gang gesetzt wird.

Kurzum: Nur wenn vordergründig säkulare wie religiöse Entgleisungen im Kontext aufeinander bezogener Diskurse beachtet werden, können ein- oder wechselseitige Fundamentalierungen von Differenzen angemessen erkannt und in ihrer empirischen Relevanz bzw. Verbreitung unter den Bürgerinnen und Bürgern überhaupt erfasst und gewichtet werden. Ohne Rezeption des theoretischen Hintergrunds der Religionspolitik ist ein Verständnis von kulturreligiösen Konflikten in religiös wie säkular pluralen Gesellschaften, in denen Religiosität zu einer Option unter vielen geworden ist, nicht mehr möglich.

Die aktuellen Herausforderungen des interkulturellen und plural-religiösen Zusammenlebens, die ökonomische, soziale, politische und religiöse Dimensionen und ihre globale wie regionale Interdependenz umfassen, machen es erforderlich, diese zugleich aus einer bildungs-, kultur- und gesellschaftswissenschaftlichen Perspektive zu erforschen. Da hierbei insbesondere die Fragen der interkulturellen und interreligiösen Bildung nicht losgelöst von den gesellschaftlichen und politi-

schen Konstellationen erörtert werden können, arbeiten in der Abteilung Migration und Kommunikation vor allem Bildungs- (Interkulturelle Pädagogik), Geistes- und Gesellschaftswissenschaftler (Politikwissenschaft, Religionspolitologie und Sozialwissenschaften) zusammen.

*Leiter der Forschungsgruppe: Prof. Dr. Manfred Bayer
Stellvertretender Leiter: Dipl. Soz. Wiss. Peter Krumpholz
Mitarbeitende der Forschungsgruppe: Dipl. Soz. Wiss. Alexander Schmidt,
Björn Ochs und Lukas Twardowski*

Ideenführer Europa: Reise nach Jerusalem, Athen, Rom und Paris (2007-2010)

Manfred Bayer, Peter Krumpholz und Alexander Schmidt

Das Modellprojekt Ideenführer Europa wird vom BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) im Rahmen des Bundesprogramms VIELFALT TUT GUT – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie gefördert.

*Das Leitziel des Modellprojekts ist die Entwicklung eines kulturellreligiösen
Bildungskonzepts.*

Übergeordnetes Leitziel des Modellprojekts ist es, auf der theoretischen Grundlage der Religionspolitologie ein neues, empirisch gestütztes Bildungs- und Begegnungskonzept zu entwickeln, mit dem Ansätze der interkulturellen Pädagogik aufgegriffen und mit denen des interreligiösen Lernens didaktisch verknüpft werden. Das Bildungs- und Begegnungskonzept wird gemeinsam mit Jugendlichen und Lehrkräften entwickelt, erprobt und durch die Fortbildung von Pädagogen und die Publikation von Arbeitsmaterialien mit Arbeitsblättern verbreitet. Letztere werden so gestaltet, dass der Ideenführer Europa ohne zusätzliche Vorbereitungszeit von Pädagogen in der schulischen und außerschulischen Jugendbildung eingesetzt werden kann.

Mit dem Ideenführer Europa wird erstmals ein kulturellreligiöses Bildungs- und Begegnungskonzept entwickelt, das religiöse und religionskritisch eingestellte Jugendliche anregt, sich sowohl über die Vor- und Nachteile verschiedener Glaubensformen als auch über die Stärken und Schwächen von säkularen Selbstdeutungen auszutauschen. Unabhängig von Herkunft, Staatsan- und Religionszugehörigkeit wird ihnen deshalb auf kognitiv und emotional abwechslungsreiche Art und Weise Gelegenheit geboten, sich zunächst untereinander und anschließend mit lokalen Persönlichkeiten aus Religion, Politik, Kultur und Arbeitswelt über die

kulturelle Bedeutung von Glauben und Säkularität für das interkulturelle und interreligiöse Mit-, Neben- oder Gegeneinander vor Ort auszutauschen.

Auf diese Weise trägt das Modellprojekt nicht zuletzt dazu bei, dass Jugendliche die Attraktivität und die Integrationsstärke Europas entdecken. Daher steht die Idee einer wechselseitigen Ergänzung wie Begrenzung von weltlicher und religiöser Orientierung im Mittelpunkt, die im gegenwärtigen Prozess der globalen Begegnung und Durchdringung der Religionen und Kulturen an Aktualität gewonnen hat. Hängt die Frage nach einer ethischen Grundlage für ein interkulturelles und interreligiöses Miteinander doch vor allem davon ab, ob es zu einer polyphonen Korrelationalität von Vernunft und Religion, säkularen Weltansichten und der Vielfalt der Glaubensformen kommt. Es kommt darauf an, gegenwärtige Pathologien der Religiosität und Hybris oder Fatalität bei säkularen Weltanschauungen gleichermaßen zu erkennen. Vor dem Hintergrund ihrer eigenen Selbstdeutungen und Wertorientierungen sollen Jugendliche und junge Erwachsene deshalb die Vielfalt und Spannungshaftigkeit der europäischen Prinzipien und die Werte des Grundgesetzes kennen lernen. Denn nur sofern diese als ideale Maßstäbe und Ordnung der eigenen Lebensziele wahrgenommen werden, können sie auch lebensweltnah Orientierung bieten und einen neuen Umgang mit kulturreligiösen Konflikten eröffnen, die aus einer Ablehnung, unreflektierten Hinnahme oder Dramatisierung religiöser oder säkularer Differenzen resultieren.

Zur Idee Europas gehören Jerusalem, Athen, Rom und Paris. Als ideale Orte des Glaubens, der Vernunftkultur, der Politik und der Aufklärung versinnbildlichen diese vier Städtenamen symbolisch die Spannungen zwischen religiöser, wissenschaftlicher, politischer und sozialer Lebensweise. Durch gedankliche Ausflüge in die europäische Ideenwelt und konkrete Reisen zu Persönlichkeiten und Orten, von und an denen heute in unmittelbarer Umgebung der Jugendlichen die verschiedenen Formen des Glaubens ausgeübt, Kultur betrieben, Politik gemacht und soziale Fragen erörtert werden, sollen sie die Spannungen innerhalb und zwischen idealen und konkreten Orten kennen lernen. Durch die Begegnungen sollen sie zudem Einblicke erhalten, wie im öffentlichen Raum um Macht und Einfluss und damit zugleich um die ideale Rangordnung von Glauben und Wissen, Kunst, Politik und Wirtschaft gestritten wird. Pädagogisches Leitziel des Modellprojekts ist es, Jugendlichen vor Augen zu führen, dass es in und zwischen Religionen, Kultur, Politik und Arbeitswelt immer auch um die richtige Lebensweise, die Ziele, Zwecke, Güter und Werte des Lebens und deren Rangordnung bzw. um die Frage geht: Wie soll ich leben? Indem im öffentlichen Raum für, mit und von Jugendlichen kontrovers über die Vor- und Nachteile von unterschiedlichen Glaubensformen und Weltansichten, Wertorientierungen und Lebensweisen für das gesellschaftliche Miteinander gestritten wird, soll mit dem Modellprojekt ein Beitrag dazu geleistet werden, dass die europäischen Prinzipien und Werte des Grundgesetzes von

Jugendlichen als ideale Maßstäbe und Rangordnung ihrer eigenen Lebensziele wahrgenommen werden können.

Handlungskonzept des Ideenführers Europa

Bei der Entwicklung, Erprobung und Verbreitung des kulturellen Bildungs- und Begegnungskonzepts Ideenführer Europa stehen stets die empirisch zu ermittelnden Selbst-, Gesellschafts- und Weltdeutungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Mittelpunkt. Diese – und nicht kollektive Zugehörigkeiten – bilden den Ausgangs- und Angelpunkt des Modellvorhabens.

Unter der Verknüpfung von Konzepten der interkulturellen Pädagogik mit Ansätzen des interreligiösen Lernens verstehen wir zudem in praktisch-topischer Hinsicht zunächst einmal schlicht, dass Menschen mit unterschiedlichen oder ähnlichen Selbstdeutungen – seien diese nun primär religiös oder säkular – pädagogisch angeregt werden, sich untereinander und mit anderen darüber auszutauschen, welche (kulturelle) Bedeutung ihre Religiosität (oder deren Negation) für ihr jeweiliges Bewusstsein von Mensch, Gesellschaft und Welt und damit auch für ihr kulturelles Mit-, Neben-, Durch- und Gegeneinander hat. Daher kommt es uns nicht allein auf Form und Inhalt der Religiosität der Jugendlichen an, sondern vor allem auf die kulturelle Bedeutung ihrer Religiosität, sondern zudem um die Bedeutung von Religionskritik, Areligiosität und Säkularität für ihr Miteinander. Entwickelt, erprobt und verbreitet wird somit eine kulturelle und keine *bloß* religiöse, *allein* soziale, *lediglich* politische oder *ausschließlich* ökonomische Präventionsmaßnahme.

Indem wir Jugendliche unterschiedlichen Glaubens und solche, die auf eher auto-, sozio- oder physischer Weise säkular orientiert sind, untereinander und mit Erwachsenen ins Gespräch bringen, wollen wir auch, dass junge Erwachsene sich selbst und andere jenseits kollektiver Stereotypen und dichotomer Wahrnehmungsmuster (z. B. ‚Deutsche‘ vs. ‚Türken‘, ‚Muslime‘ vs. ‚Christen‘ oder ‚Gläubige‘ vs. ‚Ungläubige‘) erleben und kennenlernen, die sie leider allzu häufig ausbilden. Trotz dichotomer Selbst- und Fremdzuschreibungen anhand o. g. Differenzen weisen Jugendliche und junge Erwachsene – dies haben unsere Befragungen gezeigt – jedoch im Hinblick auf ihre konkreten Selbst-, Gesellschafts- und Weltdeutungen mehr Gemeinsamkeiten auf, als ihnen selbst bewusst ist. Dies gilt es pädagogisch zu nutzen.

Das Modellvorhaben gliedert sich dabei formal in drei Phasen und sieben Meilensteine:

Phase 1: Empirisch-kooperative Entwicklung

Zum Zwecke der Gewinnung von Pädagogen und von lokalen Persönlichkeiten, die Orte des Glaubens, der Kultur, Politik und Arbeit repräsentieren, wurden zunächst Expertengespräche geführt (Meilenstein 1a). Um die Hauptzielgruppe von Beginn an aktiv in das Vorhaben einbinden zu können, wurden zudem narrative Interviews mit Jugendlichen realisiert. Dies geschah in Ergänzung zu der quantitativen Befragung zu ihren Weltdeutungen und Wertorientierungen, die das RISP bereits durchgeführt hatte (Meilenstein 1b). Die Ergebnisse der Interviews wurden zusammen mit einem ersten Curriculum-Entwurf ausgewählten Kooperationspartnern und der lokalen Fachöffentlichkeit vorgestellt und mit ihnen erörtert (Meilenstein 1c).

Phase 2: Curriculumentwicklung und Erprobung des Vorhabens

Auf der Grundlage der Experteninterviews, der quantitativen Befragung und der narrativen Interviews mit den Jugendlichen wurde im zweiten Jahr das kulturreligiöse Bildungs- und Begegnungskonzept Ideenführer Europa entwickelt (Meilenstein 2) und mit Jugendlichen und Lehrkräften erprobt und überarbeitet (Meilenstein 3).

Phase 3: Regionale Implementierung und Übertragung des Vorhabens

Das letzte Jahr dient nun der regionalen Umsetzung des Vorhabens, der Herstellung der Serienreife und der Vorbereitung der Weiterführung des Projektvorhabens über die Förderlaufzeit hinaus. Zu diesen Zwecken werden Fortbildungen mit Pädagogen durchgeführt (Meilenstein 4), die bei ihrer ersten Durchführung der Maßnahme mit Jugendlichen begleitet und supervisiert werden (Meilenstein 5). Schließlich wird das Konzept Ideenführer Europa weiteren Bildungs- und Begegnungsstätten angeboten (Meilenstein 6) und mit pädagogischer Anleitung schriftlich dokumentiert und publiziert (Meilenstein 7).

Die Internationale Stadt Mülheim an der Ruhr auf dem Weg von der multikulturellen zu einer inter- und transkulturellen Stadtgesellschaft – Wissenschaftliche Begleitforschung (2006-2010)

Manfred Bayer, Raphael Gareis, Peter Krumpholz, Björn Ochs und Alexander Schmidt

Seit dem Jahre 2006 unterstützt und begleitet das RISP die Stadt Mülheim an der Ruhr auf ihrem Weg zur internationalen Stadtgesellschaft.

Hintergrund: Interkulturelle Vernetzung und transkulturelle Vermischung

Dass Mülheim, wie die anderen Städte der Metropole Ruhr auch, längst zu einer internationalen Stadt geworden ist, lässt sich mittlerweile leicht an der Vielzahl internationaler Kontakte und der Vielfalt der Beziehungen der hier ansässigen Organisationen und der in Mülheim lebenden Menschen auf geschäftlicher, gesellschaftlicher und privater Ebene mit dem europäischen wie außereuropäischen Ausland erkennen. Dass im Verlaufe des vorigen Jahrhunderts nicht nur Weltstädte wie Berlin, Paris, London, Istanbul, New York oder Sydney, sondern auch die Mehrzahl der Groß- und Mittelstädte in metropolitanen Ballungsräumen international geworden sind und hierzu längst auch Mülheim an der Ruhr mit seinen kommunalen Besonderheiten im Ruhrgebiet zählt, mag daher inzwischen eine banale Feststellung sein: Jedenfalls ist das eine Tatsache, die im Zeitalter der Mondialisierung auch konservative, heimat- und traditionsbewusste Bürgerinnen und Bürger nicht mehr grundlos verschreckt. Ungeachtet des Umstands, ob sie nun seit vielen Generationen oder erst in jüngster Vergangenheit hier ansässig geworden sind. Oder ob sie nur – wie dies zukünftig immer häufiger und für immer mehr Menschen der Fall sein wird – vorübergehend und jenseits ihrer Familienbande und Freundschaftsstrukturen im Rahmen eines beruflichen Projekts, eines Praktikums im Ausland oder eines Auslandsaufenthalts im Kontext ihres Studiums hier bei uns leben werden.

Die Vielzahl und Vielfalt der internationalen Beziehungen führt allerdings nicht immer und keineswegs ohne zusätzliche Begegnungsformen, kulturelle Reflexion und neue Bildungsanstrengungen zu der Feststellung, dass diese Städte im 21. Jahrhundert auch im Hinblick auf die im Alltag habitualisierten Lebensstile und Kommunikationsformen ihrer Bevölkerung inter- und transkulturelle Städte sein werden.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass man, wie dies in der Vergangenheit oftmals der Fall war, der Vielfalt der multikulturellen Städte in der Einwanderungsgesellschaft wieder schlicht mit bloßem Misstrauen oder ungetrübter Begeisterung begegnet. Die real vorgefundene Vielfalt allein durch Toleranz und einen Dialog

zwischen den Kulturen vermeintlich überbrücken zu können, reicht jedoch nicht aus. Vor allem dann nicht, wenn dabei die ‚Kulturen‘ als solche unter Bestandschutz gestellt und als in sich unveränderlich betrachtet werden. Erst recht wird man die Vielfalt – zum Ausgleich von sprachlichen, ökonomischen und sozialen Defiziten – nicht durch Integrationsbemühungen in eine vorgeblich homogene Nationalkultur wieder rückgängig machen können.

Ob künftig auch die Internationalität einer mittleren Großstadt als städtisches Entwicklungspotenzial erkannt wird, hängt deshalb in einem ganz entscheidenden Maße davon ab, dass sich die Einwohner dieser Städte im Hinblick auf ihr Miteinander mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen auch als Bewohner inter- und transkultureller Städte begreifen. Denn wohl erst dann wird man über die bisherigen politischen Gegensätze hinaus die internationale und multikulturelle Vielfalt in den Städten selbst primär als ein Potenzial betrachten können, das durch interkulturelle Vernetzungen und transkulturelle Vermischungen im Außen- wie im Binnenverhältnis innovative Lebensweisen, neue Partizipations- und Arbeitsformen, kreativen Unternehmensgeist und ideenreiche Marktzugänge aus sich selbst hervorzubringen vermag. Dies mag dann auch als eine adäquate Antwort auf die immensen Herausforderungen und sozialen Verwerfungen zu verstehen sein, die der Prozess der Mondialisierung und Europäisierung zweifelsohne gerade für die Kommunen mit sich bringt.

Begegnung und transkulturelle Bildung in Mülheim

Hier sei nur in praktischer Hinsicht kurz angedeutet, wie die Kommune und das Team „Internationale Stadt“ der Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe mikom damit begonnen haben, vor Ort die Voraussetzungen und Bedingungen zu verbessern, damit künftig die inter- und transkulturellen Kompetenzen insbesondere von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Mülheim stärker als bisher gefördert werden können.

Zu diesem Zweck wurde zunächst eine Auftaktkonferenz zur „Internationalen Stadt Mülheim an der Ruhr“ in der Akademie „Die Wolfsburg“ im Februar vergangenen Jahres durchgeführt. Da die Internationalität künftig alle Bereiche der Gesellschaft, Dimensionen der Kultur und Ressorts der Politik betrifft, war es wichtig, dass zur Auftaktkonferenz auch Teilnehmende aus Mülheim gewonnen werden konnten, die internationale Erfahrungen aus ganz unterschiedlichen Betätigungsfeldern mit einbrachten, u. a. aus den Bereichen: Bildung, Kultur, Wirtschaft und Beruf, Zivilgesellschaft, Migration und Integration, Religion und Glaubensgemeinschaften sowie Jugendarbeit. Auf diese Weise konnten von den Teilnehmenden ressortübergreifende Entwicklungspfade für die Stadt Mülheim auf ihrem Weg zur internationalen Stadtgesellschaft des 21. Jahrhunderts gesucht und auch gefunden werden, wobei die Förderung der interkulturellen Bildung als zentrales Ak-

tionsfeld zukunftssträchtigen kommunalen Engagements identifiziert wurde. Die Kommunen wurden nicht zuletzt als wichtige Akteure im vereinten Europa der Bürgerinnen und Bürger identifiziert. Als interaktives Bindeglied zwischen den Institutionen dieser Europäischen Union und ihren Bürgerinnen und Bürgern tragen sie vor allem durch die Städtepartnerschaften zum zwischenmenschlichen Austausch und zur grenzüberschreitenden Begegnung bei. Die Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld hob auf der Konferenz hervor, dass seit dem EU-Reformvertrag von Lissabon die Städte, Gemeinden und Kreise als unverzichtbare Mittler zwischen den Menschen in der Europäischen Union gesehen werden. Sie betonte überdies, dass sich EU-Parlament, EU-Ministerrat und EU-Kommission darin einig sind, dass Städtepartnerschaften auf dem Weg zum vereinten Europa einen wichtigen Beitrag zur gelingenden Integration leisten, die notwendige interkulturelle Kompetenz durch Begegnung erwerben helfen und so eine europäische Identität herausbilden sollen, die das Friedensprojekt Europa dauerhaft zukunftsfest macht. Diese Aufgabe müssen wir auch und vor allem unseren jungen Menschen vermitteln: Am einfachsten geschieht das im Austausch mit anderen Jugendlichen – über Ländergrenzen hinweg.

Ein weiterer Meilenstein, um künftig inter- und transkulturelle Kompetenzen fördern zu können, war daher auch die internationale Berufsbildungskonferenz vom 07. bis 10. Mai 2009 in Mülheim. Ziel dieser Konferenz war es, die Mülheimer Berufsschulen mit denen der Partnerstädte intensiver zu vernetzen und den Praktikantenaustausch zu einer festen und regelmäßigen Institution zu machen. Der Informationsaustausch für die Mülheimer Schülerinnen und Schüler soll auf internationaler Ebene erreicht, ein gemeinsames Lernen in Projekten ermöglicht sowie die interkulturelle Kompetenz gefördert werden. Die Teilnehmenden der Konferenz waren sich darin einig, dass zunächst eine gemeinsame Internetplattform zu schaffen ist, die von den Schulen und Unternehmen in den Partnerstädten als Praktikumsbörse und Informationsplattform für multilaterale Austauschprojekte genutzt werden kann. Alle Teilnehmenden erklärten überdies in einer gemeinsamen Abschlusserklärung ihre Bereitschaft, den Schüler-/Praktikantenaustausch zwischen den Partnerstädten zu einer festen und regelmäßigen Institution zu machen und gemeinsam Austauschprojekte für Lehrer, Schüler und Mitarbeitende aus Unternehmen mit dem Ziel zu entwickeln, die interkulturelle und sprachliche Kompetenz insbesondere von Jugendlichen zu verbessern und sie fit zu machen für die Anforderungen des europäischen Ausbildungs- und Arbeitsmarktes.

Um es künftig bei internationalen Begegnungen im Rahmen von Städtepartnerschaften und Schüler-/Praktikantenaustauschen nicht bei schlichten Begegnungskonzepten zu belassen, ist es allerdings erforderlich, dass diese durch inter- und transkulturelle Bildungsmodule ergänzt werden. Es empfiehlt sich daher, bereits bestehende Bildungsprogramme aus der inter- und transkulturellen Pädagogik auf europäische Jugendaustauschprogramme zu übertragen.

Anknüpfungspunkte hierzu bietet das transkulturelle Begegnungs- und Bildungskonzept „Ideenführer Europa“, das zurzeit von uns (RISP) im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Programms „Vielfalt tut gut“ entwickelt wird. In Zusammenarbeit mit dem Team „Internationale Stadt“ der Stadtverwaltung Mülheim und der Gustav Heinemann Gesamtschule – Europaschule in NRW – wurde das von uns entwickelte Curriculum inzwischen von Schülerinnen und Schülern der Klasse 11 und ihrer Lehrerin Frau Mewenkamp in diesem Frühjahr erfolgreich erprobt. Es ist geplant, die Module dieses Curriculums künftig auch in Austauschprogramme und internationale Projekte mit Schulen aus europäischen Partnerstädten Mülheims zu integrieren. Das Coaching des Jugendstadtrats und des Teams „Internationale Stadt“ der Stadtverwaltung hat zur Konzipierung des Vorhabens „Jugendstadtrat meets friends - Multilaterale Begegnung in 2010“ geführt. Im Jahr 2010 wird der Mülheimer Jugendstadtrat aus den Partner- und Cousinenstädten Mülheims Jugendstadträte oder interessierte Jugendliche einladen, sofern diese noch nicht über einen Jugendstadtrat verfügen. Auf einem mehrtägigen Kongress zum Thema „Politisches Engagement und europäisches Bewusstsein von Jugendlichen - Jugendstadtrat meets friends“ sollen Partizipationsmodelle von Jugendlichen aus den verschiedenen Ländern vorgestellt werden, Erwartungen Jugendlicher an Politik und EU sowie Mitwirkungsmöglichkeiten an europäischen Entscheidungen in der Jugendpolitik diskutiert werden. Ziel dieses Vorhabens ist es u. a., den interkulturellen Dialog zwischen den Jugendlichen zu fördern und in Europa Werbung für das Mülheimer Partizipationsinstrument „Jugendstadtrat“ zu machen.

Entwicklung und Erprobung eines Master-DUO Studienmodells für die Universitäten Danzig und Duisburg im Rahmen Internationaler Studiengänge mit Master-Abschluss in der EU unter Einbeziehung der Studienkomponente ‚Interkulturelle Kommunikation / Cultural Studies‘ (2009 - 2011)

Manfred Bayer, Peter Krumpholz, Alexander Schmidt, Björn Ochs und Lukas Twardowski

Unter den veränderten Rahmenbedingungen, die mit der Implementierung der Agenda von Lissabon und der europäischen Neuordnung von Studienregelungen zum Bologna-Prozess entstehen, hat die Forschungsgruppe mikom ein Master-DUO-Studienmodell mit erweiterten internationalen Studienmöglichkeiten im Verbund mit den beiden Partneruniversitäten Danzig und Duisburg-Essen entwickelt und erprobt.

Diese Neukonzeption bietet den teilnehmenden Studierenden die Möglichkeit, ihren auswärtigen Studienaufenthalt wie folgt zu planen und zu realisieren:

1. Bereits zu Beginn des ersten Masterstudienjahres können sie eine Förderung für die Teilnahme am Master-DUO-Programm im Rahmen der beantragten DPWS-Förderung für die laufende „Erprobungsphase“ im Studienjahr 2010/11 ff. an den kooperierenden Universitäten Danzig und Duisburg-Essen beantragen.

2. Die Bewerber können sich jeweils im 1. und 2. Semester des Master-DUO-Studiums auf einen einsemestrigen Auslandsstudienaufenthalt im 3. Semester an der Partnerhochschule mit entsprechenden Sprachkursen und durch ihre empfohlene Teilnahme am Zusatzstudium der „Interkulturellen Kommunikation / Cultural Studies“ vorbereiten.

3. Vom ersten MA-Studiensemester an lernen die Studierenden die für beide Partnerhochschulen vereinbarten Studien- und Prüfungsregelungen kennen und können dadurch ein Zusatz-Studienprogramm einschließlich des an beiden Partnerhochschulen vorbereiteten fachlichen Auslandsstudiums auch für den integrierten Studienschwerpunkt Interkulturelle Kommunikation / Cultural Studies individuell gestalten.

4. Die im Master-DUO-Studienprogramm integrierte Komponente der „Interkulturellen Kommunikation / Cultural Studies“ wird bereits seit Beginn des ersten MA-Studienjahres, bei Bedarf gemeinsam mit Visiting-Professoren, in der heimatlichen Hochschule für alle dafür angemeldeten Studierenden eingeführt. Im daran anschließenden dritten Studiensemester wird dieser modularisierte Teil-Studiengang auch an der Gasthochschule studiert und mit einem besonderen Prüfungs-Zertifikat absolviert, das in den Master-Abschluss einbezogen wird; wobei auch bei einer möglichen Themenwahl für die Master-Arbeit aus diesem Bereich alle in- und ausländischen Studienleistungen berücksichtigt werden.

5. Die beschlossenen Rahmenvereinbarungen über die koordinierte Studienplanung für die Studierenden beider Partnerhochschulen über dieses variable Master-DUO-Studienmodell, dem sich nach erfolgreicher Evaluierung und Modell-Implementierung auch weitere europäische Universitäten im Netzwerk-Verbund wunschgemäß anschließen können □ erhält durch die nunmehr gemeinsam ermöglichte interkulturelle Studien-Komponente zusätzliche, wissenschaftlich begleitete Wahlmöglichkeiten lokaler Cultural Studies an der Gasthochschule unter vollständiger Anrechnung auf den Masterabschluss.

6. Demnach werden durch die nunmehr vorhandenen Wahlmöglichkeiten sowie durch die garantierte, im Studienaustausch zwischen beiden Partneruniversitäten geförderte Anerkennung der interkulturellen Studienanteile und -abschlüsse auch erheblich erweiterte Berufseinstiegsmöglichkeiten im europäischen Kontext für die Studierenden geschaffen. Diese günstigen Chancen und Voraussetzungen gilt es in den kommenden Jahren während der Erprobungsphase zu realisieren und zu evaluieren.

Die projektverantwortlichen Dekane und Koordinatoren Prof. Dr. Andrzej Ceynowa (Dekan an der Danziger Fakultät für Sprachwissenschaften), Prof. Dr. Erhard Reckwitz (Dekan an der UDE-Fakultät für Geisteswissenschaften) sowie Prof. Dr. Manfred Bayer in seinen Funktionen als Koordinator und Danziger Gastdozent leiten im ständigen persönlichen Kontakt und im Einvernehmen mit ihren jeweiligen Hochschulpartnern das Kooperationsprojekt. Dieses kollegiale Leitungsteam ist auch für die empirische Evaluierung und für die curriculare Weiterentwicklung des Master-DUO-Studienprogramms verantwortlich und stellt gemeinsam die hierfür notwendigen Förderanträge (u. a. im Einvernehmen mit der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung / DPWS).

Dadurch soll nach einer mehrjährigen Erprobungsphase die anschließende Implementierung nicht nur an beiden Hochschulstandorten gewährleistet, sondern auch die erwünschte Übertragbarkeit auf weitere Universitäten im europäischen Netzwerk-Verbund ermöglicht werden.

Arbeitsbereich IV: Sicherheit, Kriminalität und Polizei

beschäftigt sich mit dem Wandel von Staat und Demokratie in einer zunehmend von Sicherheitsfragen geprägten Gesellschaft. Zu den bearbeiteten Themen zählen: die Entwicklung einer neuen Sicherheitsarchitektur, Verwaltungsreformen in der Polizei, Perspektiven der lokalen Sicherheit und Prävention, Analysen zur Inneren Sicherheit, zur Organisierten Kriminalität und zum Terrorismus.

IV.1 Die Forschungsgruppe Politische Steuerung und Konfliktregelung (polikon)

Die Forschungsgruppe Politische Steuerung und Konfliktregelung (polikon) wurde am 1. Mai 2001 als gemeinsame Forschungsgruppe des Rhein-Ruhr-Instituts für Sozialforschung und Politikberatung (RISP) an der Mercator-Universität Duisburg und des Zentrums für Konfliktforschung (ZFK) der Philipps-Universität Marburg gegründet. Im Oktober 2008 erfolgte eine Neuausrichtung der Forschungsgruppe.

Die Forschungsgruppe untersucht den Wandel von Staat und Demokratie in einer zunehmend von Sicherheitsfragen geprägten Gesellschaft. Besonders interessiert hier, wie sich die politischen Steuerungskonzeptionen und Staatsverständnisse ändern. Diese wirken sich wiederum aus auf die innergesellschaftlichen Konfliktregelungsverfahren, verbunden mit einer Neuformulierung des Sicherheitsbegriffs. Im Vordergrund der Forschungsarbeiten bis 2008 stehen zum einen die gegenwärtigen Staats- und Verwaltungsreformen, die unter der Leitkonzeption des „New Public Managements“ bzw. des „Neuen Steuerungsmodells“ sowohl die tradierten Staatskonzeptionen als auch die Formen demokratischer Beteiligung umstrukturieren. Das Untersuchungsinteresse richtet sich zum anderen auf die sicherheitsrelevanten Politikfelder, insbesondere auf das Politikfeld Innere Sicherheit. Dort vollziehen vor allem die Polizeien der Länder und des Bundes unter dem Vorzeichen der „Neuen Steuerung“ weitreichende Reformen, die die staatliche Sicherheitsproduktion erheblich verändern. Perspektivisch schließen sich daran vergleichende Studien zum erweiterten Sicherheitsbegriff an, der die zunehmende Verknüpfung von äußerer und innerer Sicherheit ebenso wie die Einbeziehung gesellschaftlicher Akteure in die Sicherheitsproduktion (Privatisierung, bürgerschaftliche Ansätze u. a.) zum Inhalt hat.

Leiter der Forschungsgruppe: Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange

Die Mitglieder der Forschungsgruppe: Dipl.-Soz.-Wiss. Christian Endress, Dipl.-Soz.-Wiss. Matthias Gasch, Dr. Stephan Heinrich, Bettina van Megern (Düsseldorf), Dr. Volker Mittendorf (Wuppertal), Katrin Prinzen (Januar 2003 – Juni 2005), Dipl.-Soz.-Wiss. Jean-Claude Schenck (bis Oktober 2006), Dipl.-Soz.-Wiss. Jasmin Seiwert, Dipl.-Soz.-Wiss. Aline Wybranietz (bis Dezember 2009).

Neuausrichtung der Forschungsgruppe

Mit der Berufung des Forschungsgruppenleiters, apl. Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange (bis 2008 Philipps-Universität Marburg), auf den Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Sicherheitsforschung und Sicherheitsmanagement an der Universität Wit-

ten/Herdecke zum 1. Juli 2008 ist eine strukturelle und inhaltliche Neuausrichtung der Forschungsgruppe polikon verbunden.

In einem ersten Schritt hat das Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung (RISP) mit der Fakultät für Kulturreflexion der Universität Witten/Herdecke einen Kooperationsvertrag über die gemeinsame Fortführung der Forschungsgruppe polikon geschlossen. Die Forschungsgruppe ist dort seit Oktober 2008 dem Lehrstuhl von Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange angegliedert. Mit der Kooperation soll einerseits die Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen im Ruhrgebiet vertieft, andererseits die Arbeit der Forschungsgruppe am RISP fortgeführt werden.

In einem zweiten Schritt wurde das Forschungsprofil der Forschungsgruppe polikon fortgeschrieben. Zukünftige Arbeitsschwerpunkte sind die Bereiche Sicherheitsforschung und Sicherheitsmanagement.

Sicherheitsforschung

Sicherheitsforschung vollzieht sich in einer breiten interdisziplinären Zusammenarbeit geistes-, sozial-, kultur- und technikkwissenschaftlicher Disziplinen. Die Sicherheitsforschung in der Forschungsgruppe polikon versteht sich als eine sozialwissenschaftlich fundierte Forschung zu den Ursachen, Verläufen und Auswirkungen der gesellschaftlichen und politischen Sicherheitsentwicklung. Im Fokus der Forschungsarbeiten stehen Analysen zu den sich ausdifferenzierenden Säulen der inneren Sicherheit (staatliche Sicherheit, kommunale Sicherheit, Katastrophenschutz, Sicherheitswirtschaft, Unternehmenssicherheit), zugleich aber auch die zunehmenden Tendenzen eines erweiterten Sicherheitsverständnisses, welches vor allem eine Vernetzung der Belange von innerer und äußerer Sicherheit zum Inhalt hat.

Sicherheitsmanagement

Sicherheitsperzeptionen prägen immer deutlicher die Entwicklung von Gesellschaft. Sowohl die Nachfrage als auch die Angebote an Sicherheitsleistungen nehmen stetig zu. Die Steuerung und das Management vernetzter Sicherheitssysteme gewinnen in der Konsequenz zunehmend an Bedeutung. Jede Organisation von Sicherheit greift im Regelfall aber tief in die Freiheits- und Bürgerrechte der davon betroffenen Menschen ein. Ein Sicherheitsmanagement steht von daher vor der Notwendigkeit, sowohl die politischen und rechtlichen als auch die kulturellen und ethischen Aspekte mitzudenken, die mit der Entwicklung von Sicherheitssystemen verbunden sind – sei es für die Belange eines Unternehmens, die Zielsetzung einer lokalen Sicherheitspolitik oder für die Planungen neuer nationalstaatlicher ebenso wie europäischer Sicherheitsarchitekturen, wie sie derzeit in der Diskussion sind. Die Forschungsgruppe polikon setzt sich zur Aufgabe, ein solches politisch und kulturell reflektiertes Sicherheitsmanagement zu entwickeln.

Übersicht der Forschungsthemen:

Theorie und Empirie der Sicherheitsforschung und des Sicherheitsmanagements bilden den Schwerpunkt in der Forschung. Die nachfolgende Übersicht zeigt einige Themen, die damit verbunden sind:

- Politische Steuerung, Governanceformen und Konfliktregelung
- Staats- und Verwaltungsreformen (insbes. in der Sicherheitsverwaltung)
- Demokratie und Sicherheit (Parlamente, Parteien, Verbände, Zivilgesellschaft)
- Politikfeldanalyse Innere Sicherheit
 - o Akteure
 - o Institutionen
 - o Entscheidungsprozesse
 - o Politikprogramme
- Bereichsanalysen Innere Sicherheit
 - o Staatliche Sicherheit (Polizei, Verfassungsschutz)
 - o Kommunale Sicherheit (Ordnungsbehörden, Prävention)
 - o Katastrophenschutz
 - o Sicherheitswirtschaft
 - o Unternehmenssicherheit
- Europäisierung der Inneren Sicherheit
 - o Mehrebenensysteme
 - o EU-Sicherheitsverbund
 - o Europäische Sicherheitsarchitektur
- Erweiterung des Sicherheitsbegriffs
 - o Vernetzungen der Inneren und Äußeren Sicherheit
 - o Veränderungen im Verhältnis Polizei und Militär
 - o „Versicherheitlichung“ von Politik und Gesellschaft
- Polizeiforschung
 - o Polizei und Politik
 - o Polizei und Verwaltungsreform
 - o Polizei und Management
- Sicherheitsmanagement
 - o Konzepte
 - o Organisations- und Personalentwicklung
 - o Neue Steuerungsinstrumente
 - o Sicherheitskulturelle Ansätze
- Theorieentwicklung der Sicherheits- und Polizeiforschung

Forschungsdokumentation Innere Sicherheit

Hans-Jürgen Lange

Zusammen mit dem Sozialwissenschaftlichen Informationszentrum GESIS in Bonn arbeitet die Forschungsgruppe daran, eine Forschungsdokumentation zur Inneren Sicherheit aufzubauen. Diese bereitet alle relevanten Forschungsergebnisse zum Sicherheitsthema auf und stellt diese öffentlich zugänglich in einem Internetportal zur Verfügung. Nutzer sind neben Wissenschaftlern und Studenten insbesondere Journalisten und Lehrer.

Forschungsprojekt zum Katastrophenschutz

Hans-Jürgen Lange, Christian Endress, Jasmin Seiwert

Das vom BMBF seit April 2009 geförderte Projekt „Prioritätenbildung bei Rettungsmaßnahmen“, durchgeführt an der Universität Witten/Herdecke, beinhaltet zwei Schwerpunkte: Die verwaltungs- und organisationsanalytische Zielsetzung richtet sich darauf, die Zusammenarbeit, Koordination und Steuerung der verschiedenen Behörden und Organisationen von Bund, Ländern und Kommunen bei länderübergreifenden Großschadensereignissen zu untersuchen, dabei Schwachpunkte aufzuzeigen, die Erfahrungen, Positionen und Prioritätensetzungen der beteiligten Akteure zu erschließen und einzubringen sowie Lösungsoptionen zu entwickeln. Die rechtswissenschaftliche Zielsetzung, die vom Verbundpartner, Prof. Dr. Christoph Gusy vom Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Universität Bielefeld, bearbeitet wird, richtet sich darauf, die unterschiedlichen Rechtsnormen zu prüfen und ihre möglichen Kollisionen mit verfassungsrechtlichen und verfahrensbezogenen Prinzipien und Regelungen aufzuarbeiten, insbesondere der Frage nachzugehen, nach welchen Verfahrensweisen und Normen entsprechende Prioritäten für die Durchführung von Rettungsmaßnahmen festgelegt und umgesetzt werden sollen.

In thematischer Hinsicht behandelt das Projektvorhaben Fragen der Sicherheitsarchitektur: wie entwickelt sich der Katastrophenschutz in einem integrierten Konzept der Inneren Sicherheit? Die Grundlage dafür liefern ausführliche Organisationsanalysen der Behörden und Organisationen, die in diesem Feld tätig sind. Im Fokus des Projektvorhabens stehen Fragen aus dem Bereich der Sicherheitskulturen: welche Werte- und Normenbildungen liegen im Katastrophenschutzsystem vor und wie werden diese insbesondere unter den Bedingungen von Großschadensereignissen gesteuert und koordiniert?

Das Projektvorhaben soll insgesamt also dazu beitragen, Defizite und davon ausgehende Gefahren für die Konzepte der zivilen Sicherheit zu erkennen. Es soll die Praxis dabei unterstützen, geeignete Strukturen, Entscheidungsprozesse und inhalt-

liche Strategien entwickeln und so präventiv möglichen Katastrophenfällen besser begegnen zu können.

IV.2 Projektgruppe Abweichendes Verhalten und soziale Kontrolle (ASK)

Die Projektgruppe Abweichendes Verhalten und soziale Kontrolle (ASK) arbeitet vorrangig im Bereich der Kriminologie. Ihr gehören neben diplomierten Sozialwissenschaftlern eine Vielzahl engagierter Studenten an, die die Arbeit der Projektgruppe tatkräftig unterstützen. Ziel der Projektgruppe ist es, praxisorientierte kriminologische Forschung zu betreiben. Dabei stehen folgende Arbeitsschwerpunkte im Vordergrund:

- -empirische Polizeiforschung
- -Organisierte Kriminalität
- -Gewaltforschung
- -Suchtforschung
- -Drogenpolitik
- -Extremismusforschung
- -Geo-Profilung

Die Finanzierung der Forschungsprojekte erfolgt einerseits über die Einwerbung von Drittmitteln (Förderung durch Stiftungen, Social Sponsoring), andererseits werden Auftragsarbeiten für verschiedene Institutionen, vornehmlich aus dem öffentlichen Sektor, durchgeführt.

Leiter der Forschungsgruppe: Dr. Thomas Schweer

Mitglieder der Projektgruppe: Sascha Hodjati, Jenny Höhn, Armin Keivandarian, Carola Raffel, Christina Slomka, Laura Specht, Pia Sabrina Wagner, Jutta Thomas-Biefang

Extremisten in biografischer Perspektive (EbiP) – Auftragsarbeit für das Bundeskriminalamt Wiesbaden (2004-2009)

Thomas Schweer, Sascha Hodjati, Armin Keivandarian, Carola Raffel, Christina Slomka, Jutta Thomas-Biefang

Das Projekt „Extremisten in biografischer Perspektive“ wurde von der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamts konzipiert und in Kooperation mit dem Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e.V. der Universität Duisburg-Essen durchgeführt. Im Fokus der qualitativen Studie standen biografische Verläufe von Extremisten und Terroristen, die in Form von lebensgeschichtlichen Interviews erhoben wurden. Als konzeptionell-methodische Besonderheit der Studie ist deren systematisch-vergleichender Ansatz herauszustellen, der sowohl Rechts- und Linksorientierte als auch Personen aus islamistischen Umfeldern integriert. Den Beobachtungen folgend, zeichnen sich ideologie-

übergreifend Gemeinsamkeiten in den Dynamiken der einzelnen Radikalisierungsverläufe ab, wenngleich bei aller Ähnlichkeit bestimmter psychosozialer Grundmuster doch auch sehr unterschiedliche Motivlagen und Wege in den Extremismus offenkundig werden.

**Organized Crime in the common criminal-geographical area of Belgium, the Netherlands and North Rhine-Westphalia: A European interdisciplinary analysis project (TRIAS) – Kooperationsprojekt mit dem Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen
(2008-2010)**

Thomas Schweer

Beginnend im Oktober 2008 hat das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit der Belgischen Föderalen Polizei, der Polizei des Königreiches der Niederlande sowie den Universitäten Gent, Tilburg und Duisburg/Essen (Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung) das interdisziplinäre Analyseprojekt 'TRIAS' durchgeführt, welches Ende April 2010 seinen offiziellen Abschluss fand ... Dieses von der Europäischen Kommission im Rahmen des ISEC-Förderprogramms ko-finanzierte polizeiliche Projekt befasst(e) sich mit der Organisierten Kriminalität in dem gemeinsamen kriminal-geografischen Raum Belgien, Niederlande und Nordrhein-Westfalen. Mit Hilfe einer Trendanalyse wurden auf das Jahr 2015 ausgerichtete, mögliche Entwicklungen der Organisierten Kriminalität beschrieben. Die so gewonnenen Vorstellungen von der Zukunft dienten den das Projekt begleitenden Experten als Basis für praktikable Handlungsempfehlungen zur weiteren Verbesserung der Bekämpfung Organisierter Kriminalität.

**14plus – Gesellschaftliche und berufliche Integration von jungen Menschen aus Zuwandererfamilien
(seit 2007)**

Thomas Schweer, Pia Sabrina Wagner, Jutta Thomas-Biefang

„Nordrhein-Westfalen ist ein Einwanderungsland. Jeder vierte Einwohner des Landes hat inzwischen einen Migrationshintergrund. Das sind mehr als vier Millionen Menschen – Tendenz steigend. Die zweite und dritte Generation der Zugewanderten ist allerdings nicht so gut integriert wie erwartet. Sie haben schlechtere Bildungschancen. Fast ein Fünftel der jungen Männer ohne deutschen Pass in Nordrhein-Westfalen bleibt ohne Schulabschluss.

Hier setzt häufig eine auch für die Gesellschaft folgenschwere Abwärtsspirale ein: Ohne Job und attraktive Zukunftsperspektiven fühlen sich Jugendliche, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, ausgegrenzt. Manche neigen zu „kompensatorischen Fehlorientierungen“: Besonders deutlich zeigt sich das bei einigen jungen Männern, die zu Frust, Macho-Verhalten und Gewaltbereitschaft neigen. Solche Verhaltensweisen sind mit einem demokratischen Zusammenleben nicht vereinbar und stehen den Jugendlichen bei der Suche nach einer Lehrstelle und Anerkennung in der Gesellschaft im Weg. Die eigene Lage erscheint dann aussichtslos und das Potenzial dieser Jugendlichen geht für die Gesellschaft verloren. Das Handwerk kann auf dieses Potenzial nicht verzichten. Bereits heute herrscht in vielen Sektoren der Wirtschaft Fachkräftemangel. Angesichts der demografischen Entwicklung werden in absehbarer Zeit Qualifikationspotenziale knapp. Die Konkurrenz um gut qualifizierbaren Nachwuchs wird erheblich steigen.

Das Modellprojekt unterstützt Jugendliche in Schulen mit besonders hohem Zuwanderungsanteil. Innerhalb eines integrierten Ansatzes zielt es darauf ab, die beruflichen Chancen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern, sie bei der Suche nach ihrer künftigen Rolle in der Gesellschaft zu unterstützen und ihr Verständnis für die Grundlagen unserer Gesellschaft und des demokratischen Zusammenlebens zu stärken.

Die Schulen bündeln Gesellschaftskunde, berufliche Orientierung, Wahlpflichtunterricht und Projekttag etc., um unabhängig vom 45-Minuten-Takt eine größere Freiheit bei der Wahl von Lernort und Methode nutzen zu können.

Ziel ist es, die Jugendlichen auf drei Ebenen zu unterstützen:

- a. persönliche Ebene
- b. berufliche Ebene
- c. gesellschaftspolitische Ebene

Das Modellprojekt wird zunächst an vier Schulen in Nordrhein-Westfalen durchgeführt:

Gesamtschule Berger Feld in Gelsenkirchen

Geistschule in Münster

Fürstenbergschule Münster

Geschwister-Scholl-Schule in Ahlen

An der Entwicklung des Projektes beteiligen sich Korrespondenzschulen auch außerhalb des Kammerbezirkes Münster. Die Zusammenarbeit der Projektbeteiligten wird durch die internetbasierte Arbeitsplattform (BSCW) des Fraunhofer Instituts für angewandte Informationstechnik unterstützt und mit Hilfe des Instituts für die spezifischen Bedürfnisse des Projektes weiterentwickelt.

Die Evaluation des Modellprojekts **14plus** übernimmt das Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e.V. an der Universität Duisburg-Essen (RISP).“

**Rauschfaktor Onlinespiele – Kooperationsprojekt mit der ginko Stiftung für Prävention
(2008-2009)**

Thomas Schweer, Jutta Thomas-Biefang

In Kooperation mit der ginko Stiftung für Prävention in Mülheim entwickelte die Projektgruppe ein Internetportal zur Unterstützung von Eltern, die einem problematischen Onlinespielverhalten ihrer Kinder entgegenwirken wollen. Auf der Grundlage einer Bedarfsermittlung bei betroffenen Eltern wird nunmehr Interessierten ein maßgeschneidertes Content- und Kommunikationsangebot angeboten. Weitere Informationen auf: <http://www.grenzenlos-spielen.de/>

**„RE + PRO“ – Wissenschaftliche Begleituntersuchung eines Gesprächskonzeptes für straffällig gewordene Jugendliche und Heranwachsende mit dem Ziel der nachhaltigen Selbstkontrolle
(2008-2009)**

Thomas Schweer, Pia Sabrina Wagner

2008 wurde die Projektgruppe ASK mit der wissenschaftlichen Begleitung des Kooperationsprojektes „RE + PRO“ der Interventionsstelle Oberhausen (INTOB) und des Polizeipräsidiums Oberhausen beauftragt. Ziel des Projektes war die Entwicklung und Erprobung eines Gesprächskonzeptes zur Kriminalprävention. Straffällig gewordenen Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden sowie ihren Bezugspersonen wurde zusätzlich zur Vernehmung (als Bestandteil repressiver Interventionsmodelle) das Angebot eines Gespräches mit dem Ziel der nachhaltigen Selbstkontrolle eröffnet. Im polizeinahen Umfeld sollte das Konzept des „Motivational Guiding“ für den Bereich der Tatverdächtigen in Zusammenarbeit mit den entsprechend zuständigen Kriminalkommisariaten (KK 12, KK Jugend) erprobt werden. Die pädagogischen und psychologischen Fachkräfte verfolgten dabei einen proaktiven Ansatz, da die Gespräche im Präsidium nach der Vernehmung erfolgten.

Wie gesagt war es Ziel von „RE + PRO“, mit Hilfe einer motivationspsychologischen Intervention die Rückfallquote bei jugendlichen Straftätern zu senken. Konzipiert war das Projekt für delinquente Kinder, Jugendliche und Erwachsene bis 21 Jahren, wobei das Interventionsgespräch nur

Jugendliche in Anspruch nehmen konnten, die zum Zeitpunkt des Beratungsangebotes nicht in der Datei „Jugendliche Intensivtäter“ geführt wurden. Insgesamt nahmen an der Evaluation 196 Jugendliche teil.

Literatur und Forschungsberichte:

Forschungsgruppe Systemanalyse für Verwaltung und Politik (SVP):

- FELDER, Michael (2007): Wie vollzieht sich der (bürokratische) Wandel von Staatlichkeit? – das Beispiel der Europäisierung des Mehrebenenverwaltungssystems Deutschland, TranState Working Papers, SFB 597 "Staatlichkeit im Wandel" Bremen, (im Erscheinen).
- GRUNOW, Dieter (2007): Bürokratieforschung. In: KAINA, Viktoria; RÖMMELE, Andrea (Hrsg.), Politische Soziologie, Wiesbaden: VS-Verlag, (im Erscheinen). GRUNOW, Dieter (2006): Die Auswirkung der europäischen Integration auf die Rolle der Kommunen im politischen Mehrebenensystem. In: DIFU (Hrsg.), Brennpunkt Stadt, Berlin, S. 137-153.
- GRUNOW, Dieter (2003): Die Verwaltung im Spiegel von Bürgerumfragen. In: ders. (Hrsg.), Verwaltung in Nordrhein Westfalen, Münster, S. 143-166.
- GRUNOW, Dieter; KÖHLING, Karola; PAMME, Hildegard; WIBING, Sandra (2008): Assuring binding decisions in a complex administrative environment: Empirical findings from a decentralization process. In: SCHMITT-BECK, Rüdiger (Hrsg.) (2008): Governance and Legitimacy in a Globalized World, Baden-Baden, (im Erscheinen).
- GRUNOW, Dieter; HEBERER, Thomas (2007): Germany's Administrative Reforms and Their Usefulness for China's Administrative Reforms: The Cases of Citizens' Participation and the Relationship between Public and Private Sector. Policy Papier zur Beratung der Chinesischen Regierung. Duisburg/Beijing 2006; veröffentlicht in: Comparative Economic and Social Systems 1/2007, S. 76-81.
- GRUNOW, Dieter; HEBERER, Thomas (2006): Erneuerung lokaler Verwaltung in der VR China und in Deutschland im Vergleich. In: Rhein-Ruhr Magazin 3/2006, S. 24-27.
- GRUNOW, Dieter; Böhret, Carl; Ziekow, Jan (2005): Überprüfung ausgewählter Aspekte zu einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt (KOM 2004/2). Gutachten Speyer, Duisburg, Düsseldorf.
- GRUNOW, Dieter; FELDER, Michael; KEIVANDARIAN, Armin; REUTER, Rüdiger (2005): Gestaltungsoptionen und Anforderungen an "Einheitliche Ansprechpartner" der EU-Dienstleistungsrichtlinie im föderalen Bundesstaat". Gutachten für das BMWA Duisburg/Berlin.
- GRUNOW, Dieter; FELDER, Michael; WOLFSWINKLER, Günther (2005): Der aktivierende Staat und die europäische Union. In: BEHRENS, Fritz. u.a. (Hrsg.), Ausblicke auf den aktivierenden Staat. Von der Idee zur Strategie, Berlin: Sigma Verlag, S. 241-260.
- GRUNOW, Dieter; KÖHLING, Karola (2003): Abschlußbericht der Begleitforschung zum Modellversuch "Neustrukturierung der Förderung sozialer Hilfen in Hessen", Duisburg/Wiesbaden.
- KÖHLING, Karola; PAMME, Hildegard; WIBING, Sandra (2006): Governance, Lernen und Verbindlichkeit am Beispiel der Kommunalisierung sozialer Hilfen in Hessen. In: DJI-Institut. "Tagungsdokumentation Governancestrategien und lokale Sozialpolitik" Workshop des Deutschen Jugendinstitutes am 23.5. 2006 in Halle/Saale, (im Erscheinen).
- REUTER, Rüdiger; KELLETER, Kai (2005): Risiken und Ressourcen von Rehabilitanden mit Blick auf die Teilhabe an Beruf und Gesellschaft. Ergebnisse einer multinominalen logistischen Regressionsanalyse. (unveröffentlichte Forschungsergebnisse der RISP GmbH Duisburg).

Projektgruppe Arbeit, Beruf und sozialer Wandel (ABS)

- BEYERSDORFF, B.; LIESENFELD, J.; LOSS, K. (2006): Prospect – Regionales Monitoring für Arbeitspolitik - Branchenreport Gesundheitsdienstleistungen. Hrsg. Stadt Duisburg. Materialien zur Stadtforschung. Arbeitsmarktpolitische Werkstattberichte. Heft 23. Duisburg.
- BEYERSDORFF, B.; LIESENFELD, J.; LOSS, K. (2006): Prospect – Regionales Monitoring für Arbeitspolitik - Branchenreport Urban Entertainment und Städtetourismus. Hrsg. Stadt Duisburg. Materialien zur Stadtforschung. Arbeitsmarktpolitische Perspektiven in Duisburg. Heft 22. Duisburg.

- BEYERSDORFF, B.; LIESENFELD, J.; LOSS, K. (2006): Prospect – Regionales Monitoring für Arbeitspolitik - Branchenreport Einzelhandel. Hrsg. Stadt Duisburg. Materialien zur Stadtforschung. Arbeitsmarktpolitische Werkstattberichte. Heft 21. Duisburg.
- BEYERSDORFF, B.; BÖCKLER, M.; LIESENFELD, J.; LOSS, K.; MATHEJCZYK, W. (2005): Strategische Ausrichtung der regionalisierten Arbeitsmarktpolitik - Branchenreport Material- und Werkstofftechnologien. Hrsg. Stadt Duisburg. Materialien zur Stadtforschung. Arbeitsmarktpolitische Werkstattberichte. Heft 18. Duisburg.
- BEYERSDORFF, B.; BÖCKLER, M.; LIESENFELD, J.; LOSS, K.; MATHEJCZYK, W. (2005): Strategische Ausrichtung der regionalisierten Arbeitsmarktpolitik - Branchenreport Unternehmensbezogene Dienstleistungen. Hrsg. Stadt Duisburg. Materialien zur Stadtforschung. Arbeitsmarktpolitische Werkstattberichte. Heft 19. Duisburg.
- BEYERSDORFF, B.; LIESENFELD, J.; MARSCHALL, H.; MATHEJCZYK, W. (2004): Arbeitsmonitoring in Duisburg - Branchenreport Logistik. Hrsg. Stadt Duisburg. Materialien zur Stadtforschung. Arbeitsmarktpolitische Werkstattberichte. Heft 10. Duisburg.
- BEYERSDORFF, B.; LIESENFELD, J.; MARSCHALL, H.; MATHEJCZYK, W. (2004): Arbeitsmonitoring in Duisburg - Branchenreport IT und Medien. Hrsg. Stadt Duisburg. Materialien zur Stadtforschung. Arbeitsmarktpolitische Werkstattberichte. Heft 11. Duisburg.
- LIESENFELD, J. (2010): Geschäftsmodelle für Dienstleistungen im Bereich Telemedizin und E-Health@Home. 3. AAL-Kongress 26.-27.01.2010 in Berlin.
- LIESENFELD, J. (2010): Technik-Organisation-Geschäftsmodelle: Treiber von Dienstleistungsinnovationen im demografischen Wandel. In: Liesenfeld, J.; Loss, K.; Gabriel, R.; Gersch, M. (Hrsg.), Technologien und Geschäftsmodelle für den Gesundheitsstandort „Zu Hause“. Multimediale Dokumentation der 1. Jahrestagung im Rahmen des Projektes E-Health@Home am 5.11.2009.
- LIESENFELD, J. (2010): E-Health@Home. Auf neue Geschäftsmodelle kommt es an. In: ipp info Ausgabe 8 Winter 2009/2010. Seite 10-12.
- LIESENFELD, J. (2009): Der Wasserwirtschaftssektor, zentrale Dienstleistungen und deren Internationalisierung In: Hirschl, B.; Weiß, J.; Konrad, W. (Hrsg.), Umwelt-Dienstleistungen. S.115-131. Oekom Verlag, München.
- LIESENFELD, J. (2009): Auf neue Geschäftsmodelle kommt es an. Verbundvorhaben Entwicklung von Geschäftsmodellen zur Unterstützung eines selbstbestimmten Lebens in einer alternden Gesellschaft „E-Health@Home“. In: Tagungsband des 2. AAL-Kongresses 27.-28.01.09 Berlin. S. 192-196.
- LIESENFELD, J. (2009): Internationalisierungsperspektiven der deutschen Wasserwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung von Südosteuropa. In: Hirschl, B.; Weiß, J.; Konrad, W. (Hrsg.), Umwelt-Dienstleistungen. S.152-167. Oekom Verlag, München.
- LIESENFELD, J.; KRÄTZIG, T. (2008): Knappes Gut Wasser – Wasserversorgung als Dienstleistung. In: Gatermann, I.; Fleck M. (Hrsg.), Technologie und Dienstleistung. Beiträge der 7. Dienstleistungstagung des BMBF. S. 517-525. Campus Verlag: Frankfurt.
- LIESENFELD, J.; LOSS, K.; GABRIEL, R.; GERSCH, M. (Hrsg.) (2010): Technologien und Geschäftsmodelle für den Gesundheitsstandort „Zu Hause“. Multimediale Dokumentation der 1. Jahrestagung im Rahmen des Projektes E-Health@Home am 5.11.2009 in Duisburg.
- LIESENFELD, J.; LOSS, K. (2010): Geschäftsmodelle für Dienstleistungen im Bereich Telemedizin und E-Health@Home. In: AAL-Kongress 2010. Assistenzsysteme im Dienste des Menschen – zuhause und unterwegs, Tagungsband des 3. Deutschen AAL-Kongresses, Berlin, 26.-27.01.2010 (im Druck).
- LIESENFELD, J.; PAUL, G.; KONRAD, W. (2009): Auf zu fernen Ufern oder bleibe im Lande und nähre Dich redlich? Eine empirische Bestandsaufnahme. In: Hirschl, B.; Weiß, J.; Konrad, W. (Hrsg.). Umwelt-Dienstleistungen. S.93-114. Oekom Verlag, München.
- LIESENFELD, J.; PAUL, G. (2006): Dienstleistungsexport der deutschen Wasserwirtschaft. Ergebnisse der Unternehmensbefragung, Duisburg/Göttingen.
- LIESENFELD, J.; PAUL, G. (2007): Internationalisierung von Umwelt-Dienstleistungen am Beispiel Wasserwirtschaft. Der Einstieg ins Auslandsgeschäft als Sprung in kalte Wasser? In:

Ökologisches Wirtschaften. Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (Hrsg.). Oekom Verlag: Berlin 4/2007 S. 26-27.

LOSS, K. (2010): Kleinräumige Integration von Pflegedienstleistungen. In: Liesenfeld, J.; Loss, K.; Gabriel, R.; Gersch, M. (Hrsg.), Technologien und Geschäftsmodelle für den Gesundheitsstandort „Zu Hause“. Multimediale Dokumentation der 1. Jahrestagung im Rahmen des Projektes E-Health@Home am 5.11.2009 in Duisburg.

Projektgruppe Beschäftigung und Chancengleichheit (B&C)

- HEHN, Elke Maria (2009): Selbstständige Erwerbstätigkeit – Eine Chance für Berufsrückkehrerinnen. Eine Handreichung zur Beratung von Wiedereinsteigerinnen, (<http://www.risp-duisburg.de/abtpro/b&c/Handreichung.pdf>)
- PASCHER, Ute; USKE, Hans (2010): Migration und Alter. Stellungnahme zum Antrag der SPD Fraktion. Sachverständigengespräch des Ausschusses für Generationen, Familie und Integration am 25.02.2010, (<http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST14-3243.pdf>).
- PASCHER, Ute; USKE, Hans; YILMAZ, Türkan (2010): Impulspapier. Kulturelle Angebote für ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in NRW. Schriftenreihe des Rhein-Ruhr-Instituts für Sozialforschung und Politikberatung e.V. (RISP) an der Universität Duisburg-Essen, (http://www.risp-duisburg.de/abtpro/b&c/KAEZ_Bericht_finish.pdf).
- PASCHER, Ute (2009): Ergebnisse des Werkstattgesprächs zum Thema „technologieorientierte/ chemiebezogene Gründungen unter Gendergesichtspunkten. Arbeitspapier Nr. 2 zum Projekt „Gründerinnen in der Chemie (ExiChem)“, (http://www.risp-duisburg.de/abtpro/b&c/AP2_ExiChem_final_110110.pdf).
- PASCHER, Ute; THIESBRUMMEL, Gabriele (2008): Geschlechtergerechtigkeit in den Zukunftsfeldern der Region Emscher-Lippe. EQUAL-Entwicklungspartnerschaft von 2005 bis 2007. In: G.I.B. Info 2/08, S. 20-23.
- Verbundprojekt ExiChem (Hrsg.) (2008): Dokumentation zur Auftaktveranstaltung im Projekt „Gründerinnen in der Chemie“ am 2. April 2008 in Duisburg, (http://www.risp-duisburg.de/abtpro/b&c/Dokumentation_Kick-Off_ExiChem.pdf)
- WÄSCHER, Dagmar (2009): Selbstständige Erwerbstätigkeit – Eine Chance für Berufsrückkehrerinnen. Projektbericht zur Modellmaßnahme, (<http://www.risp-duisburg.de/abtpro/b&c/AbschlussberichtBCmod.pdf>)

Projektgruppe Logistik und Dienstleistung (Prolog)

- BECKE, Guido; KLATT, Rüdiger; SCHMIDT, Burkhard; STIELER-LORENZ, Brigitte; USKE, Hans (Hrsg.) (2010): Innovation durch Prävention. Gesundheitsförderliche Gestaltung von Wissensarbeit, Bremerhaven (NW, Verlag für neue Wissenschaft) (im Erscheinen)
- KLATT, Rüdiger; BECKE, Guido; SCHMIDT, Burkhard; STIELER-LORENZ, Brigitte; USKE, Hans (2010): Gesundheitliche Belastungen in der Wissensarbeit als Innovationsbremse, in: Heike Jacobsen; Burkhard Schallock (Hrsg.): Innovationsstrategien jenseits traditionellen Managements. Beiträge zur Ersten Tagung des Förderschwerpunkts des BMBF, 8. – 9. Oktober 2009, Berlin, Fraunhofer-Verlag, S.59-81
- KREFT, Ursula (2008): Burnout in der IT-Branche. ITG-Arbeitspapier 2/08, (http://www.risp-duisburg.de/abtpro/prolog/ap2_itg_final.pdf).
- KREFT, Ursula; USKE, Hans (2010): Die Kultur der IT-Arbeit, in: Guido Becke; Rüdiger Klatt; Burkhard Schmidt; Brigitte Stieler-Lorenz; Hans Uske (Hrsg.): Innovation durch Prävention. Gesundheitsförderliche Gestaltung von Wissensarbeit, Bremerhaven (NW, Verlag für neue Wissenschaft) (im Erscheinen)
- KREFT, Ursula; MEYER, Elisabeth; SCHRÖDER, Hartmut; USKE, Hans (2010): „Wachsen statt Wuchern“. Gesundheit als Querschnittsthema im Organisationsentwicklungsprozess eines wachsenden Kleinstunternehmens in der IT-Branche, in: Guido Becke; Rüdiger Klatt; Burkhard Schmidt; Brigitte Stieler-Lorenz; Hans Uske (Hrsg.): Innovation durch Prävention.

- Gesundheitsförderliche Gestaltung von Wissensarbeit, Bremerhaven (NW, Verlag für neue Wissenschaft) (im Erscheinen)
- KREFT, Ursula; MEYER, Elisabeth; SCHRÖDER, Hartmut; STOCK, Ralf; USKE, Hans (2009): Die Entwicklung von Präventionskonzepten in Unternehmen – Beispiele aus der Praxis, in: Henning, Klaus; Leisten, Ingo; Hees, Frank (Hrsg.): Innovationsfähigkeit stärken – Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Präventiver Arbeits- und Gesundheitsschutz als Treiber, Aachen, S.326-339
- KREFT, Ursula; USKE, Hans (2010): Darf man als IT-Spezialist psychisch krank werden? Diskursive Rahmenbedingungen für einen präventiven Gesundheitsschutz in Unternehmen der IT-Branche, (erscheint 2010 in der Zeitschrift Wirtschaftspsychologie)
- maxQ. – im bfw – Unternehmen für Bildung; RISP (Hrsg.) (2010): Kulturkompetente Pflege in Ausbildung und Praxis (KAP). Bausteine zur Entwicklung kulturkompetenter Pflege, (http://www.risp-duisburg.de/abtpro/prolog/Broschuere_KAP_Internet.pdf).
- USKE, Hans; KREFT Ursula; MEYER, Elisabeth (2010): Immer „Erste Liga“ – Welche Leistung ist eigentlich „normal“?, in: praewin – Zeitschrift für innovative Arbeitsgestaltung und Prävention 1/2010, S.8-9
- USKE, Hans (2008): Welche gesundheitlichen Problemfelder der IT-Branche werden zurzeit diskutiert? ITG-Arbeitspapier 1/08, (<http://www.risp-duisburg.de/abtpro/prolog/ArbeitspapierITG1.pdf>).
- USKE, Hans; KREFT, Ursula; SCHRÖDER, Hartmut (2008): Präventiver Gesundheitsschutz in der IT-Branche. Erschienen im Tagungsband der GfA zur Herbstkonferenz der Gesellschaft für Arbeitswissenschaften e.V., 10.-11. September 2008 an der TU Illmenau, S. 267-274.
- USKE, Hans (2008): Werden wir alle Unternehmer? In: DISS-Journal 17, 2008. S.1 und S. 8-13, (<http://www.diss-duisburg.de/DISS-Journale/diss-journal-17-2008.pdf>).

Forschungsgruppe Politik und Kommunikation (PuK)

- GÖTTLICH, Udo (2010): Media Event Culture and Lifestyle Management, in: Couldry, Nick; Hepp, Andreas; Krotz, Friedrich (eds.), Media Events in a Global Age, London, New York: Routledge, S.172-183.
- GÖTTLICH, Udo (2009): Auf dem Weg zur Unterhaltungsöffentlichkeit? Aktuelle Herausforderungen des Öffentlichkeitswandels in der Medienkultur, in: ders. u. Porombka, Stephan (Hrsg.), Die Zweideutigkeit der Unterhaltung. Zugangsweisen zur Populären Kultur, Köln: Herbert von Halem Verlag, S.202-219.
- GÖTTLICH, Udo (2008): Zur Kreativität des Handelns in der Medienaneignung. Handlungs- und Praxistheoretische Aspekte der Rezeptionsanalyse, in: Hepp, Andreas; Krotz, Friedrich; Winter, Carsten (Hrsg.), Theorien der Kommunikations- und Medienwissenschaft, Wiesbaden: VS-Verlag, S.383-399.
- GÖTTLICH, Udo (2007): Von der Fernseh- zur Netzwerkgesellschaft: Mobile Privatisierung als kulturelle Kontinuität in der Mediengesellschaft, in: Hieber, Lutz; Schrage, Dominik (Hrsg.), Technologieentwicklung und Massenmedien, Bielefeld: Transcript Verlag, S.181-195.
- GÖTTLICH, Udo (2007): Symbolische Kreativität und Kreativität des Handelns in der Medienaneignung. In: ders.; Müller, Renate et al. (Hrsg.), Arbeit, Politik und Religion in Jugendkulturen, Weinheim und München: Juventa Verlag, S. 27-39.
- GÖTTLICH, Udo (2006): Die Kreativität des Handelns in der Medienaneignung. Zur handlungstheoretischen Kritik der Wirkungs- und Rezeptionsforschung, Konstanz: UVK.
- GÖTTLICH, Udo (2006): Regionale Medien und europäische Identität. Zu einigen Aspekten des Zusammenhangs von kultureller und politischer Identität am Beispiel von tagesaktuellen Zeitungen in der Euregio Maas-Rhein. In: Filzmeier, Peter; Karmasin, Matthias, Klepp, Cornelia (Hrsg.), Politik und Medien - Medien und Politik, Wien, S. 214-225.
- GÖTTLICH, Udo (2005a): Medienrezeption zwischen Routine und Widerstand. Zu einigen handlungstheoretischen Aspekten bei der Analyse von Rezeptionsmodalitäten. In: Gehrau, Volker; Bilandzic, Helena; Woelke, Jens (Hrsg.), Rezeptionsstrategien und Rezeptionsmodalitäten, München: R. Fischer Verlag, S.77-88.

- GÖTTLICH, Udo (2005b): Öffentlichkeitswandel, Individualisierung und Alltagsdramatisierung. Aspekte der Theatralität von Fernsehkommunikation im Mediatisierungsprozeß. In: Fischer-Lichte, Erika et al. (Hrsg.), *Diskurse des Theatralen*, Tübingen: Francke, 2005, S. 291-309.
- GÖTTLICH, Udo (2004a): Kreativität in der Medienrezeption? Zur Praxis der Medienaneignung zwischen Routine und Widerstand. In: Hörning, Karl-Heinz; Reuter, Julia (Hrsg.), *Doing Culture. Zum Begriff der Praxis in der gegenwärtigen soziologischen Theorie*, Bielefeld: transcript Verlag, S.169-183.
- GÖTTLICH, Udo (2004b): Selbstausslegung – Anerkennung – Kreativität. In: Hoffmann, Dagmar; Merckens, Hans (Hrsg.), *Jugendsoziologische Sozialisationstheorie. Impulse für die Jugendforschung*. Weinheim u. München: Juventa Verlag, S.173-188.

Forschungsgruppe Migration und interkulturelle Kommunikation (mikom)

- BÄRSCH, Claus-E.; BAYER, Manfred; BERRETZ, Ursula; KRUMPHOLZ, Peter, SCHLETTE, Nicole (2004): *Interkulturelle Qualifizierung – RISP Zwischenbericht – Duisburg*, 116 S.
- BAYER, Manfred (2009): *Danziger Zeit-Gestalten / Gdanskie kształty czasu*. (Hrsg.): Uniwersytet Gdanski, Danzig 2009.
- BAYER, Manfred (2008): Vermittlung von Interkultureller Kompetenz: Die permanente Aufgabe für Pädagogen und Philologen. In: E. Rodziewicz (Ed.): *ARS EDUCANDI*, Tom V, Gdansk 2008, S. 89 – 99.
- BAYER, Manfred Bayer (2007): Probleme und Herausforderungen durch die Vermittlung interkultureller Kompetenzen im europäischen Kontext. Ein deutsch-polnischer Erfahrungsaustausch. In: OBRACHT-PRONDZYNSKI, Cezary (Hrsg.), *Probleme und Herausforderungen der interkulturellen Bildung – Deutsche und polnische Erfahrungen (deutsch-polnische Ausgabe)*, Gdansk-Wiezycza, S. 30-52.
- BAYER, Manfred (2004): *Interkulturelle Brückenstudien zwischen den Universitäten Duisburg-Essen und Danzig, Abschlußbericht*, Duisburg, 45 S.
- BAYER, Manfred; KRUMPHOLZ, Peter zus. m. d. Stadt Duisburg (2006): *Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation von jungen Migrantinnen und Migranten für den öffentlichen Dienst der Stadt Duisburg. Abschlußbericht des gleichnamigen Forschungsprojekts, das im Rahmen des BMWF-Bundesprogramms "Kompetenzen fördern – Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf" durchgeführt wurde*, Duisburg, 55 S.
- BAYER, Manfred; LOSEMANN, Vera; SOJA, Eva-Maria (2006): *Anforderungen an die Kommune: Chancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund – Aktuelle Wegweiser für den Übergang von der Schule in die Berufsausbildung*. In: Reiberg, Ludger (Hrsg.), *Berufliche Integration in der multikulturellen Gesellschaft – Beiträge aus Theorie, Schule und Jugendhilfe zu einer interkulturell sensiblen Berufsorientierung*, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 138-148.
- BAYER, Manfred; KRUMPHOLZ, Peter; LABABIDI, Tarek zus. m. e. internationalen Forscherteam aus Norwegen, Schweden und Polen (2005): *Students as Journeymen Between Communities of Higher Education and Work – Final Report*, European Commission Bruxelles, 112 pp.
- BAYER, Manfred; KRUMPHOLZ, Peter; LABABIDI, Tarek zus. m. e. internationalen Forscherteam aus Norwegen, Schweden und Polen (2003): *Senior Students on Higher Education and Work Life – Work-Package One Report of Students as Journeymen Between Communities of Higher Education and Work*, Bruxelles, 125 pp.
- BAYER, Manfred; KRUMPHOLZ, Peter; LABABIDI, Tarek zus. m. e. internationalen Forscherteam aus Norwegen, Schweden und Polen (2002): *Freshmen Students on Education and Work – Work-Package One Report of Students as Journeymen Between Communities of Higher Education and Work*, Bruxelles, 198 pp.
- BAYER, Manfred; HAMMELSTEIN-EROGLU, Gülten; DIEHRING, Silke; KIRSTEN, Tobias; LOSEMANN, Vera (2005a): *Ergebnisse der von Schülern und Schülerinnen erbrachten Leistungen im Trainingstest der Stadt Duisburg, Trainingstestauswertung im Rahmen des Modellprojekts Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation junger Migrantinnen*

- und Migranten im öffentlichen Dienst der Stadt Duisburg (VBÖ), Zwischenbericht, Duisburg, 10 S.
- BAYER, Manfred; HAMMELSTEIN-EROGLU, Gülten; DIEHRING, Silke; KIRSTEN, Tobias; LOSEMANN, Vera (2005b): Bericht zur Auswertung der Schüler-, Eltern und Lehrerbefragungen im Rahmen des Modellprojekts Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation junger Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst der Stadt Duisburg (VBÖ), Duisburg 2005, 57 S.
- BERRETZ, Ursula; KRUMPHOLZ, Peter; SCHLETTE, Nicole (2005a): Interkulturelle Kompetenz: Weltdeutungen und Wertorientierungen – Kultur(en), Konflikte und Konfliktminderung – RISP Abschlußbericht des XENOS-Projekts Interkulturelle Qualifizierung, hrsg. von Bärsch, Claus-E.; Bayer, Manfred, Duisburg, 146 S.
- BERRETZ, Ursula; KRUMPHOLZ, Peter; SCHLETTE, Nicole (2005b): RISP Dokumentation der Fortbildungskonzepte "Brückenbauer und kulturelle Kompetenz" und "Brauchen wir ein neues pädagogisches Leitbild? Weltdeutung und Wertorientierung bei Schülern und Lehrern", Duisburg, 126 S.
- KRUMPHOLZ, Peter (2005a): Verkörperung der Götter und Vergottung des Körpers – Zur religionspolitologischen Bedeutung von Gottesvorstellung und Körperbewusstsein. In: Bärsch, Claus-E.; Berghoff, Peter; Sonnenschmidt, Reinhard (Hrsg.), Wer Religion verkennt, erkennt Politik nicht. Perspektiven der Religionspolitik, Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 51-77.
- KRUMPHOLZ, Peter (2005b): Kultur und Kulturen – RISP Materialienband I zur Fortbildung Kulturelle Kompetenz, Duisburg, 52 S.
- KRUMPHOLZ, Peter (2005c): Weltdeutungen und Wertorientierungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Duisburg – RISP Materialienband II zur Fortbildung Kulturelle Kompetenz, Duisburg, 242 S.
- KRUMPHOLZ, Peter (2005d): Multiplikatorenschulungen – Weltdeutung und Wertorientierung als Schwerpunkte interkultureller Kompetenz. In: XENOS-Newsletter Nr. 8, November, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, S. 7f.
- KRUMPHOLZ, Peter (2009): Die Selbst- und Weltdeutungen von Jugendlichen als Ausgangs- und Angelpunkt bei der Konzeption und Erprobung des kulturpädagogischen Bildungs- und Begegnungskonzepte „Ideenführer Europa“. Zur kulturellen Bedeutung von Religiosität und Areligiosität für das interkulturelle/-religiöse Mit-, Neben- und Gegeneinander sowie der Bestimmung von Zielgruppen bei Präventionsmaßnahmen – Zwischenbericht des Vielfalt Projekts Ideenführer Europa für das BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) im Rahmen des Bundesprogramms VIELFALT TUT GUT – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, 26 S.
- KRUMPHOLZ, Peter (2009): IDEENFÜHRER EUROPA: REISE NACH JERUSALEM, ATHEN, ROM UND PARIS - Ein kulturreligiöses Bildungs- und Begegnungskonzept für Jugendliche und junge Erwachsene; Unterrichtsmaterialien des Vielfalt Projekts Ideenführer Europa für das BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) im Rahmen des Bundesprogramms VIELFALT TUT GUT – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, RISP Materialien Duisburg 2009, 83 S. (ausleihbar unter: www.migration-online.de/biblio._aWQ9MzU3MyZhXA7bmV3X3NIYXJjaF9waWQ9MzUx_.html)
- KRUMPHOLZ, Peter; Bayer, Manfred und Schmidt, Alexander (2010): Die Internationale Stadt Mülheim auf dem Weg von der multikulturellen zu einer inter- und transkulturellen Stadtgesellschaft. In: Mülheim an der Ruhr, Jahrbuch 2010, 27 S.
- KRUMPHOLZ, Peter (2010): Zum Verständnis von Kultur und Interkulturalität unter der Perspektive der Philosophie und Religionspolitik. In: Christoph Hungeling (Hrsg.): Anthropologie - Bildung - Demokratie: Kulturkritische Befunde, Verlag Königshausen & Neumann Würzburg, S. 20 - 50 (erscheint demnächst).
- SCHMIDT, Alexander (2010): Literarische Propädeutik - Über den gesellschaftlichen Wert publizistischer Essayistik im Hinblick auf die Ausbildung einer Philosophie der Freiheit. In: Christoph Hungeling (Hrsg.): Anthropologie - Bildung - Demokratie: Kulturkritische Befunde, Verlag Königshausen & Neumann Würzburg, S. 107 - 126 (erscheint demnächst).

Forschungsgruppe Politische Steuerung und Konfliktregelung (polikon)

- HEINRICH, Stephan; LANGE, Hans-Jürgen (2009): Erweiterung des Sicherheitsbegriffs, in: Lange, Hans-Jürgen; Ohly, Peter; Reichertz, Jo (Hrsg.): Auf der Suche nach neuer Sicherheit. Fakten, Theorien und Folgen, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009, S. 253 - 268
- LANGE, Hans-Jürgen; OHLY, Peter; Reichertz, Jo (Hrsg.) (2009): Auf der Suche nach neuer Sicherheit. Fakten, Theorien und Folgen, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009, 2. Auflage, 469 Seiten
- LANGE, Hans-Jürgen; FREVEL, Bernhard (2009): Innere Sicherheit im Bund, in den Ländern und in den Kommunen, in: Lange, Hans-Jürgen; Ohly, Peter; Reichertz, Jo (Hrsg.): Auf der Suche nach neuer Sicherheit. Fakten, Theorien und Folgen, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009, S. 115 - 148
- LANGE, Hans-Jürgen; OHLY, Peter; Reichertz, Jo (2009): Ausblick zur Sicherheitsforschung, in: Lange, Hans-Jürgen; Ohly, Peter; Reichertz, Jo (Hrsg.): Auf der Suche nach neuer Sicherheit. Fakten, Theorien und Folgen, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009, S. 393 - 399
- LANGE, Hans-Jürgen (2008): Der Wandel des föderativen Sicherheitsverbundes, in: Huster, Stefan; Rudolf, Karsten (Hrsg.): Vom Rechtsstaat zum Präventionsstaat, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 2008, S. 64 - 81
- LANGE, Hans-Jürgen (2008): Innere Sicherheit, in: v. Winter, Thomas; Mittendorf, Volker (Hrsg.): Perspektiven der politischen Soziologie im Wandel von Gesellschaft und Staatlichkeit, Festschrift für Theo Schiller, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S. 203 - 220
- LANGE, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2008): Kriminalpolitik, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, 469 Seiten
- LANGE, Hans-Jürgen; HEINRICH, Stephan (2008): Kriminalpolitik, politische Steuerung und wissenschaftliche Politikberatung, in: Lange, Hans-Jürgen (Hrsg.): Kriminalpolitik, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S. 431 - 450
- LANGE, Hans-Jürgen; SCHENCK, Jean-Claude; HEINRICH, Stephan (2008): Formulierung, Implementation und Evaluierung von kriminalpolitischen Programmen, in: Lange, Hans-Jürgen (Hrsg.): Kriminalpolitik, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S. 137 - 154
- LANGE, Hans-Jürgen (2007): Das Sicherheitsdilemma der SPD, in: Berliner Republik, Heft 6/2007, S. 20 - 25
- LANGE, Hans-Jürgen (2007): Mehr Staat – Mehr Sicherheit? in: Moderner Staat im Dialog. Vom Wandel der Grundlagen zu einem neuen Staatsverständnis, Reihe der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin November 2007, S. 75 - 92
- LANGE, Hans-Jürgen (2007): Eckpunkte einer veränderten Sicherheitsarchitektur für die Bundesrepublik. Gutachten für die Konferenz der FDP-Fraktionsvorsitzenden in den Landtagen, im Deutschen Bundestag und im Europaparlament,
- a) in: Möllers, Martin H. W.; van Ooyen, Robert Chr. (Hrsg.): Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006/2007, Verlag für Polizeiwissenschaften, Frankfurt a. M. 2007, S. 179 – 209 (Abdruck)
- b) in: Möllers, Martin H. W.; van Ooyen, Robert Chr. (Hrsg.): Politischer Extremismus, Bd. 2: Terrorismus und wehrhafte Demokratie, Reihe: Studienbücher für die Polizei, Verlag für Polizeiwissenschaften, Frankfurt a. M. 2007, S. 243 – 285 (Abdruck)

Projektgruppe Abweichendes Verhalten und soziale Kontrolle (ASK)

- SCHWEER, Thomas u. Steffen ZDUN (2010): Medi.Peer – Mediation durch Peer Groups: Mediatorenprogramm zur stadtteilbezogenen Gewaltprävention bei jungen Migranten. In: *projugend: Fachzeitschrift der Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstelle Bayern e.V.*, Nr. 2, S. 20-22.
- SCHWEER, Thomas (2010): Spurensuche – Lebensläufe von Mitgliedern extremistischer Milieus: Feldforschung im Rahmen der Studie „Extremismen in biografischer Perspektive“ (EbiP). In: Lützing, Saskia, *Die Sicht der Anderen: Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen*. Polizei und Forschung Bd. 40. Herausgegeben vom Bundeskriminalamt (BKA), Kriminalistisches Institut, Luchterhand, S. 93-104.
- SCHWEER, Thomas (2009): Zivile Einsatztrupps in ethnisch segregierten Stadtteilen. In: Liebl, K. (Hg.), *Polizei und Fremde – Fremde in der Polizei*, Wiesbaden, S. 69-76.
- SCHWEER, Thomas, STRASSER, Hermann u. Steffen ZDUN (2008): „Das da draußen ist ein Zoo, und wir sind die Dompteure“: Polizisten im Konflikt mit ethnischen Minderheiten und sozialen Randgruppen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- SCHWEER, Thomas u. Hermann STRASSER (2008): Einblick: Cop Culture und Polizeikultur. In: Schweer, Thomas, Strasser, Hermann u. Steffen ZDUN, „Das da draußen ist ein Zoo, und wir sind die Dompteure“: Polizisten im Konflikt mit ethnischen Minderheiten und sozialen Randgruppen, Wiesbaden, S. 11-38.
- SCHWEER, Thomas (2008): Die Drogenabhängigen. In: Schweer, Thomas, Strasser, Hermann u. Steffen ZDUN, „Das da draußen ist ein Zoo, und wir sind die Dompteure“: Polizisten im Konflikt mit ethnischen Minderheiten und sozialen Randgruppen, Wiesbaden, S. 153-164.
- STRASSER, Hermann u. Thomas SCHWEER (2008): Ausblick: Auf den Weg in die Präventionsgesellschaft. In: Schweer, Thomas, Strasser, Hermann u. Steffen ZDUN, „Das da draußen ist ein Zoo, und wir sind die Dompteure“: Polizisten im Konflikt mit ethnischen Minderheiten und sozialen Randgruppen, Wiesbaden, S. 165-182.
- SCHWEER, Thomas (2008): Rauschgiftkriminalität. In: Lange, H.-J. (Hg.), *Kriminalpolitik*, Wiesbaden, S. 173-190.
- SCHWEER, Thomas u. Nathalie SCHERER (2007): Soziale Kontrolle am Rande der Gesellschaft. Polizisten und Prostituierte in Duisburg. In: Nollmann, G. (Hg.), *Sozialstruktur- und Gesellschaftsanalyse. Sozialwissenschaftliche Forschung zwischen Daten und Fakten*, Wiesbaden, S.304-322.